

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr... beträgt für die sechsgelbte Kolonne... je nach Art und Umfang.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das preußische Antikultur-Parlament.

Der urreaktionäre Charakter des preußischen Geldparlamentes offenbart sich besonders auch in den Debatten über den Kultusetat. Das die ganze dritte Lesung des Kultusetats am Montag in knapp zwei Stunden durchgeführt wurde, wobei natürlich auch dem Vertreter der Sozialdemokratie in der rücksichtslosesten Weise das Wort abgeschnitten wurde...

Wie vollständig die bürgerlichen Abgeordneten aller Parteien das Volksschulwesen zu ignorieren gewöhnt sind, beweist die Art, wie die umfangreiche Modernisierungsdebatte geführt wurde. Ueber die weltbewegende Frage, ob ein Geistlicher, der durch Ablegung des Modernisteneides sich auf bestimmte Glaubenssätze festgelegt hat, in seiner Eigenschaft als Professor der Theologie noch als Vertreter der unabhängigen, voraussetzungslosen Wissenschaft zu betrachten sei...

Diese rücksichtslose Preisgabe der Interessen der Volksschule wird denn auch begreiflicherweise von der Lehrerschaft als eine so große Unterlassungssünde empfunden, daß die „Pädagogische Zeitung“, das Organ des „Deutschen Lehrervereins“, die klägliche Haltung der Liberalen mit den folgenden Worten feststellt:

„Es ist bezeichnend, daß in dieser Debatte die Volksschule nur von einer Seite erwähnt wurde, und doch wird sie gerade durch den Modernisteneid näher berührt, als die Universitäten und die höheren Schulen. Die Lokal- und zum Teil auch die Kreis- und Provinzialverwaltung liegt in der Hand katholischer Priester. Die Inspektion bezieht sich auf den gesamten Unterricht dieser Kinder.“

Wie hier bei der Modernisierungsdebatte, bei dem Kampf um freie Wissenschaft, um Geistes- und Gewissensfreiheit der

Freisinn vollständig versagte, so versagte er auch bei den Verhandlungen des Kultusetats überhaupt. Die Schulideale der fortschrittlichen Kreise der Lehrerschaft fanden durch seine Redner keinerlei ernsthafte Vertretung. Es blieb dem sozialdemokratischen Redner vorbehalten, die Erziehungsideale der modernen Pädagogik mit Schärfe und Nachdruck zu vertreten. Und es ist interessant festzustellen, daß die Kritik, die von sozialdemokratischer Seite im Dreiklassenparlament an unserer Volksschule wie der Gestaltung des Kultusetats überhaupt geübt wurde, in der Schrift eines liberalen Volksschullehrers beinahe wortwörtliche Unterstützung findet.

Auf einen preußischen Volksschüler kommen bei achttägiger Schulzeit ganze 424 M., auf einen bayerischen Volksschüler 448 M., also nicht sehr viel über die Hälfte des Jahresaufwandes für einen Besucher der Hochschule. Diese Tatsachen bedeuten einerseits eine offenkundige finanzielle Unterstützung und berufliche Privilegierung der vermögenden Klasse, andererseits eine finanzielle Vernachlässigung und geistige Zurückhaltung der ärmeren Klasse.

Aber mehr noch. Wähler stellt auch gleich den sozialdemokratischen Rednern im preußischen Abgeordnetenhaus die Ausgaben für den Militarismus, die rund 1600 Millionen betragen, in Parallele mit den gesamten Ausgaben für das Schulzwangsbildungswesen, die nur 600 Millionen Mark betragen. Für den Militarismus betragen also die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung 25 M., für das Schulwesen nur 10 M. Für 63 Soldaten stünden 2 Offiziere und 5 Unteroffiziere zur Verfügung, für 63 Volksschüler nur eine einzige Lehrkraft!

So der Lehrer F. Bühler, der übrigens selbst liberaler Landtagsabgeordneter ist, allerdings in Bayern, nicht in Preußen. In Preußen wird solche einschneidende Kritik von liberaler Seite niemals geübt, sondern es sind einzig die Sozialdemokraten, welche die Forderungen der modernen Pädagogik und der Mehrheit der Volksschullehrer eindringlich vertreten. Ja mehr noch! Der fortgeschrittene Teil der Lehrerschaft verlangt die Einheitschule, den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens, damit die Befähigten aller Bevölkerungsklassen in die höheren Schulen eintreten und an allen Bildungsgelegenheiten, die der Staat bietet, teilzunehmen vermögen.

„So fassen sich die Schul- und Schülerkategorien nicht nach der höheren Befähigung, sondern nach der sozialen Schichtung ab. Das sind keine gesunden Zustände. Preußen degradiert seine Volksschule zur Armenschule, indem es seine höheren Schulen als Domäne der reicheren Klassen privilegiiert.“

Nach solchen Auslassungen sucht man in den Reden der Freisinnsabgeordneten im Dreiklassenparlament vergebens. Ja, wenn von sozialdemokratischer Seite in dieser Weise Kritik geübt wird, sind es gar freisinnige Abgeordnete, wie seinerzeit Herr Cassel, die das als verheerende und ungerechte Uebertreibung zurückweisen!

So ergibt sich aus der Haltung des Liberalismus bei den wichtigsten Kulturfragen die Richtigkeit des Wortes des sozialdemokratischen Redners zur Modernisteneiddebatte, daß der Freisinn selbst auf diesem Gebiet vollständig versagt, daß er als Kulturpartei vollständig abgedankt und darauf verzichtet hat, selbst die Kultur- und Erziehungsideale ernsthaft zu vertreten, für die die deutsche Lehrerschaft kämpft! Manchem liberalen Lehrer mag diese beschämende Tatsache schmerzhaft und befremdend sein. Wer jedoch die Triebkräfte unseres politischen Lebens genauer zu erkennen gelernt hat, wer da weiß, daß die Vertreter der besitzenden Klassen ihre Energie für solche Interessen einsetzen, die ihnen ihrer eigenen Klassenlage wegen am Herzen liegen, der begreift durchaus, weshalb auch unsere liberalen Parteien trotz aller liberalen Phraseologie für die Vertiefung der Einheitschule und anderer moderner pädagogischer Ideale nur lässig und widerstrebend eintreten können. Ein lebendiges Interesse an der Erhebung der Volks-

schule, dem Bildungswesen der großen Masse der Bevölkerung, hat eben nur die Klasse der Besitzlosen, das klassenbewußte Proletariat. Diejenigen Lehrerkreise, denen ihre Schulideale mehr sind als ein hübscher theoretischer Aufputz, werden sich also ernstlich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß das Wohl und Wehe der Volksschule, daß die Entwicklung unseres modernen Bildungswesens zusammenfällt mit der Entwicklung und der politischen Machtentfaltung der Sozialdemokratie!

Ultramontane Scharfmachereien.

Der soeben veröffentlichte Jahresbericht vom Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nennt unter den Hindernissen, die der christlichen Bewegung entgegen stehen, auch das Verhalten des Scharfmachertums. Gegenüber dem Drängen der gewerkschaftlichen Organisationen nach weiteren sozialpolitischen Fortschritten werde in jüngster Zeit wieder die große sozialpolitische Belastung der deutschen Industrie mit großer Planmäßigkeit herbeigeführt. Nun will der Berichterstatter die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung nicht verkennen oder herabsetzen, trotzdem aber sei es „als eine Uebertreibung anzusehen, wenn mit den sozialen Lasten die Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie einseitig an die Wand gemalt wird.“

Zur selben Zeit, wo die Zeitung der christlich organisierten Arbeiter das Vorsitzende veröffentlicht, erscheint im Verlage von J. P. Bachem in Köln die Schrift eines ultramontanen Industriellen in Aachen: „Die Industrie, ihre Bedeutung und ihre Lasten“, die dem Nachweis dient, daß die deutsche Industrie übermäßig belastet ist durch Aufwendungen für sozialpolitische Zwecke, daß es Zeit ist, im weiteren Ausbau der Sozialpolitik Halt zu machen und daß zu diesem Zweck mehr industrielle als bisher in den Reichstag hineingeschickt werden müssen.“

Die Wettbewerbsfähigkeit der ultramontanen Sozialpolitik ist so alt wie das Bestreben, durch gesetzgeberische Maßnahmen den allzu offensichtlichen Schäden des Kapitalismus und der allzu brutalen Vergeudung menschlicher Arbeitskraft Einhalt zu tun. Allemal ist dann das Unternehmertum aufgefunden, um über die Belastung der Industrie und die gefährdete Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markte zu jammern. Das war immer so und wird immer so sein, so lange es einen Kapitalismus gibt. Und daran werden auch die Lehren der Erfahrung nichts ändern, die dartun, daß die Industrie die sozialpolitischen Lasten, von denen sie ihren Ruin fürchtete, sehr wohl erträgt, daß sie dabei immer noch die fettesten Profite abwirft.

Herr Albert Kern ist um die Wettbewerbsfähigkeit nicht verlegen. Er zitiert, was andere Scharfmacher zu dieser Frage gesagt haben. Und so kommt er denn dazu, vor weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen zugunsten der Arbeiter dringend zu warnen, eine Maßnahme, für die ihm gegenwärtig „besonders dringende Veranlassung“ vorzuliegen scheint, da die politischen Parteien zu einem gewissen, auf sozialpolitische Verbesserungen gerichteten Wettstreit gelangt sind, in dem leicht erklärlichen erhöhten Bestreben, einen möglichst großen Einfluß in den weitesten Kreisen sich zu sichern. In einer Uebertreibung dahingehender Anträge darf und muß man zweifellos eine nicht zu unterschätzende erhebliche Gefahr erblicken. Immer neue Erschwerungen und Belastungen treten der Industrie, in ihrer Gesamtheit betrachtet, besorgniserregend vor die Augen.“

Der Verfasser erinnert an die Reichsversicherungsordnung, die Privatbeamtenversicherung, die geplante Einführung des Maximalarbeitstages, die angelegte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, und zum Schluß beruft er sich angesichts einer solchen „Uebertreibung“ sozialpolitischer Pläne auf die Aeußerung einer christlichen Verfassungskonferenz, daß Grund genug vorliegt, die weitere Belastung der deutschen Industrie durch den weiteren Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung vorläufig und so lange in mäßigen Grenzen zu halten, bis sich deutlicher überschaen lassen wird, ob und inwieweit nicht nur einzelne Industriezweige, sondern auch die übrigen bedeutungsvollen und auf den Export angewiesenen Zweige der Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zu erhalten imstande sein werden.“

Herr Kern hat seine Schrift vor allem zu Ruß und Frommen der Zentrumspartei ausgegeben. Zunächst nimmt er das Zentrum, dem er sich zugehört, in Schutz vor der Beschuldigung, daß es industriefeindlich sei; dann legt er seiner Partei ans Herz, mehr Industrie als bisher in ihre Reichstagsfraktion aufzunehmen, und drittens soll sie ihre Industrie-feindlichkeit dadurch betätigen, daß sie sich in Zukunft nicht mehr an dem „sozialpolitischen Weltstreit“ der Parteien beteiligt. „Mit großer Verechtung und allseitiger Befriedigung ist die Zentrumspartei seit einer längeren Reihe von Jahren für den Schutz und die Hebung der wirtschaftlich Schwächeren in jeder Beziehung eingeschritten. Zweifellos ist nunmehr aber der Zeitpunkt gekommen, da auch sie in konsequenter Wahrung ihres Standpunktes (die Interessen aller Berufsstände gleichmäßig zu vertreten) den Interessen der Industrie erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen berufen ist.“

Also Unternehmerschutz statt Arbeiterschutz! — das soll in Zukunft der Leitstern der Zentrumspolitik sein. So fordert es der neueste Stern am Himmel ultramontaner Sozialpolitik, der in echter Scharfmachermanier die Interessen der Industrie nur als die Interessen der Unternehmer auffaßt. Was kann recht sein, wenn das Zentrum den scharfmacherischen Anweisungen aus der frommen Stadt Kaden folgt und sich offen bekennet als das, was es immer war: als die Partei der Rückständigkeit auf allen Gebieten.

Stolypins Staatsstreich.

Zugleich mit der Nachricht, daß Stolypin bleibe, kam die andere, daß Reichsrat und Reichsduma auf drei Tage „inhibiert“ seien. Diese Inhibierung hat den Zweck, Stolypin zu ermöglichen, den im Reichsrat abgelehnten Entwurf der Landratsverwaltung in den Westgouvernements auf Grund des Artikels 87 der Grundgesetze, das heißt auf antikonstitutionellem Wege zu verwirklichen. Dieser Artikel, der schon einmal, nach der gewalttätigen Auflösung der ersten Duma, von Stolypin benutzt wurde, um seine verderbliche Agrarpolitik gegen den Willen der Volksvertretung in die Wege zu leiten, besagt ausdrücklich:

„Wenn nach der Einstellung der Sitzungen der Reichsduma außerordentliche Umstände die Notwendigkeit einer Maßnahme hervorrufen, die auf legislativem Wege beraten werden muß, so reicht der Ministerat über diese Maßnahme unmittelbar bei Seiner Majestät dem Kaiser eine Vorstellung ein.“

Die jetzige Praxis, die die Sitzungen der beiden Kammern künstlich unterbricht, um den erwähnten Artikel wenigstens den äußeren Schein der Zulässigkeit zu geben, bedeutet also eine schamlose Umgehung der Grundgesetze, die Proklamierung des Staatsstreiches in Permanenz. Diese Gewaltmittel, die zur Beilegung der Ministerkrise erforderlich waren, charakterisieren am greiflichsten den ganzen Ernst der Situation, die durch die jüngsten Ereignisse heraufbeschworen wurde.

Die Anhänger Stolypins suchen jetzt sein Verbleiben im Amt als einen glänzenden Sieg über seine Gegner darzustellen. Eine solche Darstellung ist nicht nur in ihren Prophezeiungen grundfalsch, da sie die Konsequenzen der jetzt unternommenen Maßnahmen übersehen, sie ist auch bewußt unrichtig, da sie den ganzen Kern der Krise geflissentlich zu vertuschen sucht. Stolypins Sieg verwandelt sich bei näherer Betrachtung in einen Pyrrhus-sieg, der dem Weiter der russischen Politik nicht wenig Schwierigkeiten verleiht und seine ohnehin erschütterte Stellung außerordentlich erschwert. Man mag sich gegenüber den Drohungen der Oktoberisten, die beschloffen haben, die Stolypinschen Entwürfe abzulehnen und eventuell ihre Mandate niederzulegen, ziemlich skeptisch verhalten, es ist aber trotzdem klar, daß die permanente Staatsstreichspraxis, die Stolypin jetzt — diesmal gegen den Willen der Oktoberisten — proklamiert hat, selbst in der gefügigen dritten Duma Enttäuschung auslösen muß, und das um so mehr, als Stolypin bei dieser Gelegenheit auch den Marineetat auf Grund des Art. 87 verwirklichen will, der bisher auf den Widerstand der Oktoberisten stieß. Stolypin hat zwar der Deputation der Nationalistenfraktion der Duma, die ihren hohen Protektor zu seinem „Sieg“ beglückwünschte und bei ihm Instruktionen einholte, in der hochmütigen Weise erklärt, die Opposition der Dumamehrheit berühre ihn nicht im geringsten, da die Duma aufgelöst werden würde, wenn sie sich ihm gegenüber widerspenstig zeigen sollte. Diese rein hausrechtsmäßige Behandlung der von ihm ins Leben gerufenen „gemäßigten Volksvertretung“ wie die beabsichtigten Revisionen gegen den frontierenden Reichsrat müssen aber unausbleiblich zu einer noch größeren Isolierung und Schwächung seiner Position führen als sie jetzt schon offen zutage getreten sind.

Man darf aber nicht glauben, daß die Ministerkrise den Intrigen der hochgestellten Gegner Stolypins allein zuzuschreiben ist. Der „Vollbesitz der Macht“ war zwar niemals in den Händen Stolypins, der seit Beginn seiner Ministerkarriere stets den hinter ihm stehenden Junkerclique zu vollstrecken hatte. Er hatte stets gegen die Atmosphäre der Intrigen, gegen die verschiedentlichen Strömungen am Hofe, gegen die ehrgeizigen Pläne dieser oder jener Mitglieder der Hofkamarilla anzukämpfen. Aber einen so fähigen Vorkämpfer wie jetzt, konnten seine Gegner innerhalb der Bureaucratie und der feudalen Kreise nur deshalb unternehmen, weil der „Emporkömmling“, der sich als Diktator gebärdete, offensichtlich am Ende seiner Karriere angelangt war. Die unarmbrüstige Zeit hatte gezeigt, daß es nicht ausreichend war, nur die Revolution zu bekämpfen und das Land mit Hilfe der Galgen und der Knute zu „beruhigen“. Es trat immer deutlicher zutage, daß Stolypins „Reformbestrebungen“ unfruchtbar und schädlich waren, während sich seine Polizeifäust als unzureichend erwies, um dem Wiederaufleben der revolutionären Bewegung vorzubeugen und die Stabilität des herrschenden Galgenregiments zu sichern. Auch der Mißerfolg seiner Politik in der Duma, die sich immer mehr nach rechts bewegte und die großkapitalistischen Kreise der Gesellschaft von der Regierung abließ, mußte seiner Populartät Abbruch tun. In dieser Atmosphäre der allgemeinen Unzufriedenheit, wo er selbst die moralische Unterstützung der Oktoberisten nicht mehr besaß und von oben nur geduldet wurde, mußte ein Vorkämpfer seiner Gegner aus den Reihen der hohen Bureaucratie zu einer Katastrophe führen. Diese Gelegenheit bot sich bei der Beratung der Vorlage über die Landratsverwaltung in den Westgouvernements. Das Reichsratsmitglied Trepow hatte die Version verbreitet, daß das Projekt der nationalen Studien, das von Stolypin als Kernpunkt der Vorlage angesehen wurde, keinen Anklang am Hofe findet. Dies genützte, um der Gruppe der Rechten den Wunsch einzugehen, durch die Ablehnung der nationalen

Kurien Stolypin zu Fall zu bringen. Stolypin hätte auch nie infolge des Durchfalles eines Punktes seiner Vorlage seine Demission eingereicht, wenn er nicht aus dem ganzen Sachverhalt die Überzeugung gewonnen hätte, daß die einzige Stütze seiner Macht, die Gunst von Zarsoje Sefel, so schwankend war, daß sie jeden Augenblick auf die Seite seiner Widersacher übergehen konnte.

Auch aus dem jetzigen Ausgang der Krise kann Stolypin keine Sicherheit für die Zukunft schöpfen. Tatsache ist, daß seine Demission nur deshalb abgelehnt wurde, weil der Zeitpunkt sehr ungeeignet erschien und keine genügende Anzahl von Handslangern bei der Hand war, die an die Stelle der auscheidenden Minister in die Bresche springen konnten. Wäre die Demission Stolypins angenommen worden, so hätten nicht nur der Minister des Auswärtigen Sazonow und der Unterrichtsminister Rasso, die in Wirklichkeit nur die Kreaturen Stolypins sind, zurücktreten müssen, es wären auch der Justizminister Schliagelowitow, der Verkehrsminister Rudlow, der Handelsminister Timaschew und der Reichskontrollleur Charitow zurückgetreten, die an ein enges Zusammenarbeiten mit Stolypin gewöhnt waren. Der im Ausschicht genommene Premierminister Sokolowzew bot auch, trotz seiner ausgesprochenen reaktionären Gesinnung, nicht die genügende Garantie dafür, daß die innere und äußere Politik in denselben chauvinistischen und reaktionären Bahnen weiter geführt würde. Höchst charakteristisch ist z. B., daß in den reaktionären Kreisen die Befürchtung geäußert wurde, Sokolowzew würde als Finanzminister, der für den russischen Kredit sorgen müsse, zu sehr dem Einfluß der europäischen Staaten unterliegen. Für die innere Politik suchte man also einen Handslinger, dessen antikonstitutionelle Gesinnung auch in der Zukunft seinem Zweifel unterliegen konnte. Diese Sicherheit bot Stolypin, und da außerdem die verworrenen Zustände an den höchsten Regierungsstellen keine umfassenden Personalveränderungen zuließen, so wurde vorläufig der alte Diktator im Amt behalten. Nicht umsonst schrieb das Organ der Bureaucratie „Nowoje Wremja“, Stolypin dürfe nicht fortgehen, ehe eine solche Frage, wie die finnländische, zu Ende geführt sei; er dürfe nicht fortgehen, wo in den Hochschulen die Unruhen herrschten und die neuen Duma-wahlen vor der Tür ständen. „Auch der neue Kurs der auswärtigen Politik sei noch nicht gesichert, der unter der nächsten Mitwirkung Stolypins eingeleitet worden sei. Mit dem Fortgang des erfahrenen Steuerministers würden die nationalen Fragen in der Luft hängen bleiben, und wir würden zu der Politik zurückkehren: einen Schritt vorwärts, einen Schritt rückwärts.“ Diese Worte geben vorzüglich die Furcht der maßgebenden Kreise wieder, durch den Rücktritt Stolypins in eine Position gedrängt zu werden, wo eine Neuorientierung in der gesamten inneren und äußeren Politik erforderlich sein müßte.

Für die Öffentlichkeit ist die russische Ministerkrise insofern sehr bedeutend gewesen, als sie den Kampf zweier widerstrebender Tendenzen an den höchsten Regierungsstellen zeigte: einerseits das Bestreben einflussreicher Kreise, die Gewalt an sich zu reißen, andererseits die Furcht, durch plötzliche Änderungen die ungeheure Verworrenheit aufzudecken, die im Lager der Sieger vom 10. Juni herrscht. Der „Sieg“ Stolypins ist alles weniger als ein Sieg seiner Politik. Sein Beharrungsvermögen hängt nur von der Intenität der politischen Kämpfe ab, deren Herannahen sich bereits durch recht deutliche Symptome bemerkbar macht und durch die Ra-banque-Politik Stolypins noch beschleunigt wird.

Petersburg, 27. März. Ein kaiserlicher Ukas gibt die Einführung der Semstwo für die Westgouvernements auf Grund des Artikels 87 der Grundgesetze bekannt. Gutschow hat heute die offizielle Erklärung eingereicht, daß er sein Amt als Präsident der Reichsduma niederlege.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. März 1911.

Vereinfachtes Verfahren.

Das Abgeordnetenhaus hat nun endlich die dritte Lesung des Etats beendet. Den Kamern einer Beratung freilich verdient das, was sich in der Prinz-Albrecht-Straße abspielte, nicht. Vier so wichtige Etats, wie den des Kultus, der Eisenbahnverwaltung, der Bauverwaltung und der Justizverwaltung er einer Sitzung zu erledigen, das ist ein Kunststück, das so leicht niemand der preussischen „Volksvertretung“ nachmachen dürfte. Allerdings bedient sich auch kein anderes Parlament so kostbarer Mittel. Systematisch machte die konservative - liberale Mehrheit die sozialdemokratische Minderheit am Montag mundtot; weder zum Kultus-etat, noch zu dem Eisenbahnetat ließ sie unsere Vertreter sprechen, sodas Ströbel und Leinert in Vemerklungen zur Geschäftsordnung dies Verhalten treffend zu charakterisieren sich gestungen sahen und auf das Stundalöse eines solchen Verhaltens hinwiesen.

Erst beim Justizetat war man so gnädig, unseren Redner zu Worte kommen zu lassen. Es war eine kurze, aber gründliche Abrechnung, die Liebknecht mit der Reaktion, namentlich mit den reaktionären Bestrebungen auf Einschränkung der Rechte der Angestellten hielt. An zahlreichen Beispielen zeigte er dem Justizminister, wo der Hebel anzusetzen ist, wenn man wirklich reformieren will: der Essener Fall, der Fall Dreuer, wo das Reichsgericht, obwohl es sich um Leben und Tod handelt, eine so lächerliche Auslegung des Wahrheits der Geschworenen gegeben hat, die unwürdige Stellung der Rechtsanwältinnen — all das gab unserem Genossen Anlaß zu scharfer Kritik, deren Gipfel die Verurteilung des für die Polizei so verdienstlichen Artells im Moabit-Prozess bildete. Wie die Staatsanwaltschaft es verabsäumte, gegen Beamte einzuschreiten, die bewußt ihr Amt mißbrauchen, und wie man systematisch die Politik in den Gerichtssaal hineinträgt, auch das konnte unser Genosse aus der Fülle seines Materials zahlreiche Beispiele beibringen.

Wie recht Liebknecht hatte, als er am Schluß seiner Ausführungen der Ansicht Ausdruck gab, daß vom Junkerparlament eine Besserung in keinem Punkte zu erwarten sei, das bewies der Justizminister Weseler durch seine Erwiderung, die man kurz dahin charakterisieren kann: Paßt alle Hoffnung draußen!

Noch reaktionärer gebärdete sich der konservative Abgeordnete Boehmer, der sich berufen fühlte, die Gerichte im allgemeinen gegen die „Verunglimpfungen“ durch die Linke des Reichstages in Schutz zu nehmen und ein Loblied auf die Justiz anzustimmen.

Der Etat im ganzen gelangte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme.

Am Dienstag fällt die Plenarsitzung aus, damit die Kommissionen arbeiten können.

Mittwoch: kleinere Vorlagen und Pflichtfortbildungsgesetz.

Auf der Spur des Mörders?

Die „Berliner Volks-Zeitung“ teilt in ihrer Nummer vom Sonntag mit: „Im Laufe der nächsten Woche soll, wie wir erfahren, eine Untersuchung im Fall des von zwei Polizisten am 27. September v. J. getöteten Arbeiters Herrmann eingeleitet werden. Zu diesem Zweck werden fünf Zeugen aus dem Publikum, die gesehen haben, wie zwei Schugleute auf Herrmann eindrangen und ihn durch Säbelhiebe töteten, einer Reihe von Schugleuten gegenübergestellt. Es kommen fünfzig Schugleute in Betracht, die während der fraglichen Zeit Dienst taten. Die Konfrontation soll im Kriminalgericht Moabit stattfinden und mit aller Gründlichkeit durchgeführt werden.“

Die Ausführungsbestimmungen über die Gewährung von Veteranenbeihilfen

werden soden veröffentlicht. Die hauptsächlich in Betracht kommenden Bestimmungen lauten:

Eine unterstützungsbedürftige Lage des Kriegsteilnehmers wegen dauernder gänzlicher Erwerbsunfähigkeit (Artikel 1 Nr. 3) ist als vorhanden anzusehen, wenn er infolge von Alter, schwerem Stetium, unheilbarer Krankheit oder anderer Gebrechen dauernd außerstande ist, durch seine eigenen Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter Billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, den notwendigen, nicht durch sonstige Einkommensabzüge oder Leistungen unterhaltspflichtiger Verwandten gedeckten Lebensunterhalt zu verdienen.

Bei Prüfung der Frage, was zum notwendigen Lebensunterhalt gehört, ist ohne Bindung an eine bestimmte Einkommensgrenze unter gewissenhafter Würdigung der gesamten Umstände des Einzelfalles auf die persönlichen und die Familienverhältnisse des Kriegsteilnehmers sowie auf die wirtschaftlichen Lebensbedingungen an seinem Wohnorte Rücksicht zu nehmen. Für die Würdigung dieser Lebensbedingungen kann die von der höheren Verwaltungsbehörde für die reichsgesetzliche Krankenversicherung getroffene Festsetzung des ordentlichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner zum Anhalt dienen.

Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, z. B. infolge von Krankheit genügt nicht.

Bei Prüfung der Frage, ob ein Antragsteller nach seiner Lebensführung der bestmöglichen Fürsorge als unwürdig anzusehen ist (Artikel 3 § 2 a u. b), hat sein politisches Verhalten außer Betracht zu bleiben.

Ob ein Antragsteller wegen Bestrafung als der Fürsorge unwürdig anzusehen ist, hängt von der Art und Schwere der Straftat sowie von der Zeit ihrer Begehung und der späteren Lebensführung ab.

Eine wirkliche Unterstützung aller bedürftigen Kriegsveteranen wäre nur dann zu erwarten, wenn ausdrücklich wäre, daß alle Kriegsveteranen, die ein gewisses Einkommen nicht erreichen, der Unterstützung teilhaftig würden. So wie jetzt die Dinge liegen, ist zu befürchten, daß nur im Falle der allerschlimmsten Not eine Unterstützung gewährt wird, viele wirklich Bedürftige aber ohne jede Beihilfe leer ausgehen.

Lächerliche Drohungen.

Die bürgerlichen Kompromißparteien, die sich zu brutaler Arbeiterentzweiung zusammengefunden haben, scheinen unter allen Umständen entschlossen zu sein, die Reichsversicherungsordnung mit beschleunigter Eile zum Abschluß zu bringen. In der „Post“ führt Abg. Dr. Arendt in einem Artikel zur parlamentarischen Lage aus:

„In dem Augenblick, wo entschieden war, daß die Reichswahlen erst 1912 vorgenommen werden, löst die Möglichkeit eines legalen Widerstandes gegen die Reichsversicherungsordnung auf. Eine Obstruktion aber ohne eine obstruktionartige passive Resistenz, die ja selbstverständlich nur von der Sozialdemokratie getrieben werden könnte, da die bürgerliche Linke hier niemals sich beteiligen würde — kann im Deutschen Reichstage nach der Niederwerfung der Postarbeits-Obstruktion auf Erfolg nicht mehr rechnen. Ein Mißbrauch der Geschäftsordnung hat noch immer deren Änderung zur Folge gehabt.“

Nach dieser offenen Drohung, eine gründliche und sorgfältige Durcharbeitung der Reichsversicherungsordnung eventuell durch neue Vergewaltigungsmaßnahmen zu verhindern, fährt Arendt fort:

„Reinliche Fraktions- und Eigeninteressen dürfen dieses große soziale Reformwerk nicht vereiteln. Scheitert diese Vorlage, so ist eine Reihe von Jahren nötig, um sie zu erneuern. Wer aber übernimmt die Gewähr, daß noch einmal, wie jetzt, die verbündeten Regierungen und eine große Mehrheit des Reichstages zu einer Verständigung gelangen? ... Für die Reichsversicherungsordnung wird nach Ostern die alte Postarbeitsmehrheit geschlossen eintreten. ... Wenn die Versicherungsordnung auch nahe an 2000 Paragraphen umfaßt, so ist ihre Erledigung vor Pfingsten doch sicher, wenn die Mehrheit, der Wichtigkeit der Vorlage entsprechend, am Platze ist, und die verbündeten Regierungen keinerlei andere Vorlage zur Erledigung stellen, den Reichstag aber auch nicht verabschieden, ehe die dritte Lesung zu Ende ist.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich durch diese albernen Drohungen nicht abhalten lassen, eine möglichst genaue Beratung der Gesetzesmaterie zu fordern.

Die Nationalliberalen als Arbeiterfreunde.

Dem Reichstage ist eine nationalliberale Resolution zugegangen, die die verbündeten Regierungen erucht, „alsbald“ dem Reichstage noch einen Antrag zum Reichshandelsabsetz zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen, durch den hinreichende weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um entsprechend den Bestimmungen des Art. 11a des Tabakenergesetzes vom 15. Juni 1909 den infolge des Gesetzes arbeitslos gewordenen oder durch Einschränkung der Betriebe geschädigten Hausgewerbetreibenden oder Arbeitern des Tabakgewerbes die bis zum 15. August 1911 zuziehende Unterstützung zu gewähren.

Dr. Heim und die Zentrumsfraction.

Dr. Heim brütet Rache gegen seinen Gegner, den Domkapitular Dr. Pöhl. Nach einer Münchener Meldung wird Dr. Heim am 28. März in einer großen öffentlichen Versammlung in Regensburg Abrechnung mit dem Reichstagszentrum halten. Er kündigt einen Vortrag: „Ich und die Zentrumsfraction im Reichstage“ an.

Die mecklenburgischen Dürchlächtlinge.

Die Regierungen beider Mecklenburgs sind für den 3. April zu einer gemeinsamen Sitzung nach Schwerin einberufen. Nach einer Meldung der „Magdeburger Zeitung“ wird Mecklenburg-Schwerin einen Antrag auf Einführung einer Verfassung auf Grund freier Entschliessungen der Landesherren stellen.

Nach dem bisherigen Verhalten beider Regierungen im Verfassungsstreit ist nicht darauf zu rechnen, daß aus der großen Staatsaktion der beiden Großherzöge irgend etwas von politischer Bedeutung herauspringt.

Leg. Wagner.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ behauptet, daß die Leg. Wagner, die eine ganz erhebliche Erhöhung der Beleidigungsstrafen vorsieht, im Reichstag nicht mehr zur Erörterung gelangen wird. Auch die Regierung habe kein Interesse am Zustandekommen der Leg. Wagner.

In diesem Sinne kann die Notiz unmöglich richtig sein. Die Leg. Wagner ist in die Strafprozessnovelle aufgenommen worden und muß ganz selbstverständlich bei der dritten Lesung erörtert werden, denn um diese Bestimmung aus der Novelle herauszubringen, ist es notwendig, daß ein Antrag auf Streichung gestellt wird. Allerdings scheint richtig zu sein, daß der Abg. Wagner, wie das genannte Blatt meint, sich der Tragweite seines Antrages nicht bewußt gewesen ist. Das kennzeichnet aber nicht nur ihn, sondern gleichzeitig die ganze konservative Gesetzespulscherei.

Westfälische Soldatenquälerei.

Ein fast unglaublicher Fall von Soldatenquälerei bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht. Die Unteroffiziere der 1. Kompagnie des Train-Bataillons Nr. 12 Linke und Börner hatten sich wegen Mißhandlung, Beleidigung und Ungehorsams zu verantworten. Der Rekrut Sandig war am 11. Februar dem Wachmeister gemeldet worden, weil er nicht rein gewaschen zum Dienst gekommen war. Er erhielt den Befehl, sich gründlich zu reinigen. Der Angeklagte Linke wurde beauftragt, die Aufsicht dabei zu führen. Wegen die Anordnung des Wachmeisters mußte Sandig auf Befehl Linkes in das Waschhaus gehen, wo vor Kälte die Fenster zugefroren waren, und den ganzen Oberkörper entblößen. Dann mußten zwei Soldaten den Oberkörper des Rekruten mit Bürsten abseuern und dazu das eiskalte Leitungswasser verwenden! Bei dieser furchtbaren Tortur zitterte der Rekrut am ganzen Leibe. Ihn überkam Schüttelfrost. Als das der Unteroffizier Linke sah, befahl er: „Sieh! das Dresdener Schwein wieder an!“

In diesem Moment kam der Unteroffizier Börner — ein wegen Soldatenquälerei verurteilter Mensch — in das Waschhaus. „Sieh! den Kerl ganz nackt aus und legt ihn auf die Bank!“ ertönte das Kommando. Die beiden mit Bürsten ausgerüsteten Soldaten befohlen den Befehl und dann wurde der Rekrut nochmals am ganzen Körper mit Bürsten und kaltem Wasser abgeschauert! Zum Schluß wurde über den nackten Körper des Rekruten ein Kübel eiskalten Wasser geschüttet! Der so gereinigte Rekrut fröstelte bereit, daß er in die Stube gebracht werden mußte. Am folgenden Tage mußte er sich in ärztliche Behandlung begeben und war sechs Tage krank und dienstunfähig.

Das Kriegsgericht nahm natürlich einen minderschweren Fall an und verurteilte die beiden militärischen Erzieher zu der gelindesten Strafe von — je drei Wochen mittleren Arrest!

Oesterreich.

Parlamentstriefe.

Wien, 27. März. (Privattelegramm.) Der Reichsrat ist heute infolge der slavischen Obstruktion im Budgetauschuß vertagt worden. Man erwartet, daß das Abgeordnetenhaus aufgelöst und die Neuwahlen für Ende Mai ausgeschrieben werden. In der Zwischenzeit soll mit dem Paragraph 14 registriert werden.

Ein Abrüstungsantrag.

Prag, 27. März. Das Abgeordnetenhaus nahm eine Resolution Glogwein an, auf der nächsten Haager Konferenz einen Antrag zur Beschränkung der Rüstungen zu stellen. Ministerpräsident Graf Thun-Hedervary erklärte, daß er gegen die Resolution nichts einzuwenden habe, da die Regierung alle Bestrebungen zur Einschränkung der Rüstungen bereitwillig unterstütze.

Frankreich.

Ein Kolonialparlament.

Paris, 27. März. Der Kolonialminister erklärte einem Mitarbeiter des „Journal“, er werde den höheren Rat für die Kolonien in eine Art Kolonialparlament oder Kolonialkongress umgestalten. Diese Körperschaft, der gewählte Vertreter aller überseeischen Besitzungen Frankreichs, auch Eingeborene, angehören sollen, würde dem Minister ihre Wünsche vorlegen und von ihm über alle Angelegenheiten befragt werden, die von allgemeinem oder besonderem Interesse für diese oder jene Kolonie sein könnten.

Italien.

Bissolati lehnt ab.

Rom, 27. März. Das sozialistische Blatt „Avanti“ meldet, daß Bissolati an Giolitti einen Brief gerichtet habe, in dem er seiner Zustimmung zu den großen Prinzipien des Programms, das Giolitti auszuführen vorhatte, Ausdruck gibt, aber erklärt, er könne seine natürliche Abneigung gegenüber allem, was die äußere Entfaltung der Stellung eines Ministers bilde, nicht überwinden. Er bitte daher Giolitti, nicht darauf zu bestehen, ihm ein Portefeuille anzubieten.

Auch die anderen Blätter bestätigen diese Nachricht. „Tribuna“ fügt hinzu, daß Bissolati erklärt habe, seine Entscheidung sei unwiderruflich, doch habe er hinzugefügt, er beabsichtige, das Ministerium Giolitti zu unterstützen, soweit es in seinen Kräften stehe.

Dieser Verzicht, der so spät kommt — wurde doch heute von dem Organ Giolittis, der „Tribuna“, bereits eine definitive Ministerliste mit Bissolati als Ackerbauminister veröffentlicht — ist wohl auf die ablehnende Haltung der Partei zurückzuführen. Der „Avanti“ behandelte den Eintritt Bissolatis in das Ministerium als rein persönlichen Akt, für den die Partei, die nicht befragt worden war, auch keine Verantwortung treffen könne, und aus der Provinz hatten bereits mehrere größere Parteisektionen Proteste eingeschickt.

Die Einigungsfeier.

Rom, 27. März. Mit ungewöhnlichem Glanze fand heute Formittag 11 Uhr im Senatssaal auf dem Kapitol die kaiserliche Festsetzung zur fünfzigjährigen Feier des Königreichs Italien statt. Die Fenster der drei historischen Paläste waren mit alten Gobelins geschmückt. An den Eingängen waren große Baldachine errichtet. Aus dem großen Senatsaal waren die gewöhnlichen für die Gemeinderäte bestimmten Sitze entfernt worden. Im Untergrunde erhob sich der förmliche Thron, auf den Seiten wehten die Banner der 14 Stadteile Roms und das Stadtbanner selbst. Darüber waren die Karmorbüsten Viktor Emanuels II., Mazzinis, Cavour und Garibaldis angebracht. An den Portalen und auf den glänzend geschmückten Treppen hielten die städtischen Diener in Galaform die Ehrenwache. Auf eine Ansprache des Königs antwortete der Präsident der Deputiertenkammer Marcora, indem er erwiderte, daß heute 50 Jahre verflossen seien, seitdem im ersten Parlament die Stimme Italiens sich erhoben habe, um ein Recht zu verkünden, welches Jahrhunderte der Weisheit des Heldenkums und Opfermuts zu einem geschichtlichen Befehl hätten werden lassen. Die Erlösung eines Volkes habe die Höhe der Er-

hebung einer Weltan Bedeutung nicht nach. Hier in Rom, dessen Eroberung im Urteil der Zukunft das größte Ereignis des gegenwärtigen Zeitalters und eines der erhabensten Geschehnisse in der Geschichte der menschlichen Zivilisation überhaupt sein werde, in dieser Hauptstadt, die lange und mit Ungeheuerlichkeit ersehnt worden sei, habe Italien seinem alten Streben zum Rechte verholfen. Wie Dante es prophetisch vorausgesagt, haben wir Rom für immer unser werden. In der Erinnerung an diesen Schicksalstag huldigen die Vertreter der Nation hier dem König, dem treuen Hüter freier Institutionen, der sich der Notwendigkeiten der neuen Zeit bewußt ist. Von hier aus senden Fürst und Volk dem Vaterlande ihre Wünsche für sein Glück und seine Größe.

Spanien.

Der Ferrer-Prozess.

Aus Madrid wird uns geschrieben: Die Debatte über Ferrers Mörder wird Montag in dem spanischen Parlament beginnen. Seit dem Sturz des Ministeriums Raura hat die Reaktion alles Mögliche getan, um diese Debatte aufzuschieben, denn sie hoffte, daß die Zeit die Spur ihrer Schande verwischen werde. Allein sie hatten nicht daran gedacht, daß das Volk solche Verbrechen, sogar wenn sie von der Regierung ausgeführt werden, nicht vergessen kann. Die Debatte hat unter den Monarchisten und Rauras Anhängern große Angst hervorgerufen. Jedoch die republikanisch-sozialistische Minorität im Parlament hat seit Rauras Sturz mit Entschlossenheit und Hartnäckigkeit die Diskussion über diese Handlung verlangt und erreicht. Die Folgen dieser Debatte können nur eine Verdamnung für die Monarchie sein. Es wird in Zukunft unmöglich sein, einen solchen Mann wie Raura zum Ministerpräsidenten zu berufen.

Die Debatte wird sicherlich das Verbrechen der Handlung feststellen und die Mitschuld des Militarismus und der Reaktion beleuchten. Ferrer wurde bekanntlich verurteilt, weil das Militärgericht ihn als Leiter der revolutionären Bewegung im Juli 1900 in Barcelona ansah. Nun ist festgestellt worden, daß die Bewegung von den Syndikalisten organisiert worden war, und daß sie Ferrer, den Direktor der „Modernen Schule“, gar nicht gekannt haben.

Die Debatte wird dem ohnehin so schwer erschütterten Ansehen der Monarchie einen neuen Stoß versetzen.

Rußland.

Ablehnung eines Ausschlußantrages.

Stolypin hat vor kurzem in der Duma eine recht fühlbare Niederlage erlitten. Er hatte im vorigen Herbst den Antrag auf Ausschließung unseres Genossen Tschcheidt aus der Duma gestellt, weil dieser angeblich auf Grund eines falschen Zensus gewählt worden war. War schon die Forderung selbst nach Ablauf von drei Jahren nach den Wahlen recht merkwürdig, so zeigte andererseits die Art und Weise, wie Stolypin vorging, daß es sich hier um einen brutalen Gewaltstreich handelte. Stolypin setzte einfach den Vorsitzenden der Duma in Kenntnis, daß Tschcheidt auf Grund „falscher Dokumente“ gewählt worden war und verlangte kurzer Hand dessen Ausschluß. Anstatt nun, wie es sich gebührte und wie unsere Genossen verlangten, dieses unterschämte Ansinnen abzulehnen, überwies die Duma diese Frage einer Kommission, welche beschloß, die Regierung um Zustellung des entsprechenden Materials zu ersuchen. Da Stolypin dies ablehnte, beschloß die Kommission, den Antrag über Ausschließung des Abgeordneten von Tschcheidt, „ohne Prüfung zu belassen“. Diese Antwort bedeutet eine klatschende Ohrfeige für die brutale Gewaltpolitik der Regierung.

China gibt nach.

Peking, 26. März. Das Auswärtige Amt hat nach langen wichtigen Beratungen dem hiesigen russischen Gesandten die Versicherung gegeben, daß China morgen rückhaltlos die Forderungen Rußlands bewilligen werde. Man ist hier allgemein der Ansicht, daß China keine andere Wahl habe, weil es auf einen Krieg völlig unvorbereitet sei.

Amerika.

Die Lage in Mexiko.

New York, 27. März. Wochenschafter de la Barra, der zum mexikanischen Minister des Auswärtigen ernannt wurde, ist gestern abgereist. Er wird als Premierminister die Aufstellung der großen Hacienda befürworten und Regierungsländereien für Ansiedler zugänglich machen. Ferner ist Diaz geneigt, 40 Millionen Dollar flüssig zu machen, um Bewässerungsanlagen zu errichten, wodurch große Landstriche für den Ackerbau gewonnen werden könnten. In Washington glaubt man jetzt, daß bald eine Einigung zwischen Insurgenten und Regierung erfolgen werde.

In den letzten Tagen wurden in der Stadt Mexiko noch 50 Anzuchtene verhaftet. Die „Sun“ berichtet über ein blutiges Gefecht bei Tepic, wobei 153 Rebellen und 262 Mann von den Regierungstruppen gefallen und Hunderte verwundet worden sind. Die Regierungstruppen seien geflohen.

Aus der Partei.

Webel Reichstagskandidatur.

In einer sehr zahlreich besuchten Mitgliederversammlung des Parteiverbands für den ersten Hamburger Reichstagswahlkreis, die am Sonntag in Hamburgs „Wassenschmiede“ tagte, sprach Genosse Webel, bei seinem Erscheinen jubelnd begrüßt, über die „politische Lage“. Die Sünden des gegenwärtigen Reichstages scharf geteilt, betonte er besonders, wie die bei der „Finanzreform“ aus dem Volke herausgedrungenen 500 Millionen nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten, daß dadurch Reich, Staat und Gemeinden gezwungen worden seien, bedeutende Aufwendungen für die Beamten zu machen, daß die Einziehungskosten dieser Millionen außerordentlich hohe seien und daß bald wieder ein blankes Nichts im Reichsäckel vorhanden sein werde. Mit den Gütern dieser Sünden gebührend abzurechnen, müßten sich die Massen sehr angelegen sein lassen.

Wenn nun die von freisinniger Seite der Sozialdemokratie empfohlene Taktik, in sogenannten ausläslosen Wahlkreisen keine Kandidaten aufzustellen, „um so der Reaktion nicht Vorwand zu leisten“, auch von einzelnen Genossen aufgegriffen worden sei und auch propagiert werde, so möchte er diesen Genossen nicht raten, dem Parteitage damit zu kommen, sie würden sich damit eine gewaltige Abfuhr holen. „Lieber vier Millionen Stimmen und fünfzig Mandate als drei Millionen Stimmen und hundert Mandate bei der nächsten Reichstagswahl“, erklärte der greise Führer unter der lebhaftesten Zustimmung der Versammlung.

Im Anschluß daran kam Webel auf die Reichswahl in Siegen-Ridda zu sprechen und meinte, daß die durch die Reichswahl den allzu optimistischen Genossen verabsagte Wadpfeife vielleicht zu deren Ermächtigung führe. „Die steigenden Erfolge der Arbeiterschaft

bürgen für deren Zukunft.“ Schloß Genosse Webel seinen mit minutenlangem Weisfall quillenden 1 1/2 stündigen Vortrag.

In Namen der Vertrauensleute empfahl Genosse Grundwald in feurigen Worten, dem Genossen Webel die Kandidatur für diesen Kreis wieder zu übertragen. In der Reichswahl im Jahre 1883 zum ersten Male gewählt, vertrete Genosse Webel seit nunmehr 23 Jahren den Kreis im Reichstage. Als Genosse Webel vor drei Jahren ersthinstig erkrankte, sagte er, es werde ihm wohl kaum möglich sein, seinen Pflichten als Abgeordneter so nachzukommen, wie er es gern möchte. Einstimmig erklärten aber die Vertrauensleute: „Solange Webel lebt, bleibt er unser Vertreter!“ (Lebhaftes Bravo!)

Ohne Widerspruch wird der Antrag der Vertrauensleute angenommen.

In herzlichsten Worten dankte Webel für das ihm durch die Wiederanstellung gespendete Vertrauen. „Ich bin ja mittlerweile ein alter Kerl geworden. (Widerpruch und: Aber immer noch geistig frisch!), nun, wenn man im 72. Lebensjahre steht, gehört man nicht mehr zu den Ganjungen (Heiterkeit); aber das kann ich Ihnen sagen: Die Lust zum Kampfe lebt weiter in mir und wird mich nicht verlassen. Ich werde alles tun, um Ihr Vertrauen zu rechtfertigen.“ (Bevorzugt.)

Mit der Aufforderung, schon jetzt überall Propaganda zur „großen Abrechnung“ zu entfalten, wurde die gewaltige Versammlung geschlossen.

Pollzeilichen, Gerichtliches usw.

Kein Käseblatt.

Durch den Ausdruck Käseblatt, den die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in einer Polemik gegen das „Kortorfer Anstaltsblatt“ gebraucht, schloß sich der Verleger des Blattes so beleidigt, daß er zum Kabi lief und den Verantwortlichen der „Volkszeitung“, Genossen Henschel, verklagte. Die Richter verurteilten den Sünder zu 30 R. Geldstrafe.

Jugendbewegung.

Ein neuer Vorstoß.

Der Polizeieifer gegen die freie Jugendbewegung und alles, was vielleicht damit im Zusammenhang stehen könnte, treibt immer tollere Blüten. Am Sonntagabend fand in Karlsdorf eine öffentliche unpolitische Versammlung statt, in der Genosse Reichs-anwalt Siegfried Weinberg über Alkoholismus und Verbrechen referieren sollte. Zu der Versammlung hatte sich auch eine größere Anzahl jugendlicher Personen eingefunden, was um so anerkennenswerter ist, als oft gerade Jugendliche in ihrer Entwicklung durch den Genuß alkoholischer Getränke auf Abwege geraten. Man sollte annehmen, daß die Behörden den Bestrebungen der Arbeiterschaft, Aufklärung über die Gefahren des Alkoholismus zu verbreiten, weitgehendste Förderung und Unterstützung angedeihen lassen. Aber weit gefehlt! Wer in Karlsdorf in unpolitischen Versammlungen über derartige Themen sprechen will, muß nach Ansicht der Friedrichsfelder Polizeiverwaltung — zu deren Kommando Karlsdorf gehört — einen „Unterrichtserlaubnischein“ vorweisen können. Wenigstens verlangte der zur Liebermohung kommandierte Beamte einen derartigen Erlaubnischein von dem Referenten, andernfalls würde er die Versammlung inhibieren. Erst nach längerem Verhandeln gelang es dem Genossen Dr. Weinberg, den Beamten von der Ungeheuerlichkeit seines Vorgehens zu überzeugen, so daß die Versammlung stattfinden konnte. Jedoch wurden die Namen mehrerer Jugendlichen festgehalten.

Scheinbar ist der Entschluß des Kultusministers, der im Abgeordnetenhaus versichert, daß er nach dem vorliegenden Reichsgerichtsurteil die Behörden anweisen werde, ihre Praxis mit dem Urteil in Einklang zu bringen, noch nicht bis nach Friedrichsfelde bei Berlin gelangt. Eigentlich sollte man ja erwarten, daß auch ohne obrigkeitliche Anweisung die unteren Behörden keine ungeheuerlichen Forderungen stellen.

Aus Industrie und Handel.

Das Geheimnis des Kopra-Ausfuhrzoll.

In der Budgetkommission wurde am Freitag bei der Besprechung des Stats für Neu-Guinea auf den Kopra-Ausfuhrzoll hingewiesen und seine Aufhebung verlangt. So berechtigt diese Forderung ist — nach den vorliegenden Berichten hat die Regierung noch keine Stellung dazu genommen —, so freigeist ist die Auffassung, daß der Kopra-Ausfuhrzoll der Reichskasse Einnahmen erbringt und Ansiedlern irgend welche Abgaben auferlegt.

Es handelt sich hier also um einen sehr merkwürdigen Ausfuhrzoll, denn im Etat für Neu-Guinea sind seine Erträge verzeichnet. Aber das Geheimnis des Kopra-Ausfuhrzoll ist zu lösen. Schon im Frühjahr 1900 hatte ein kolonialbegeistertes Blatt, in Erregung über den Rücktritt des damaligen Gouverneurs von Neu-Guinea, der Welt erzählt, wie wir zu dem Kopra-Ausfuhrzoll gekommen sind. Demnach, der Vater dieser Forderung, wollte zeigen, daß er nur die Hand ausstrecken brauchte, um das Defizit von Neu-Guinea zu beseitigen. Das Ziel der defizitlosen Verwaltung wurde nun dadurch erreicht, daß man den Betrag des Defizits in Form des Kopra-Ausfuhrzoll als Abgabe zunächst den Ansiedlern auferlegte. In Wirklichkeit blieb dieser Ausfuhrzoll aber nur auf dem Papier bestehen. Der Norddeutsche Lloyd hat auf Veranlassung des Kolonialamtes seine Prokrate für Neu-Guinea-Kopra um die Höhe des Ausfuhrzoll verbilligen müssen und wird dafür an seiner Subvention schablos gehalten. Da die Subvention des Reiches an den Lloyd nicht im Kolonialamt als Ausgaben erscheinen, wohl aber die Einnahmen aus den Kopra-Ausfuhrzoll, ergab sich statt des Defizits plötzlich die Rentabilität von Neu-Guinea — wenn sie auch nur errechnet war. So war der Kopra-Ausfuhrzoll nur der Vorwand zu einer Bilanzfälschung, um eine Verminderung der Ausgaben für Neu-Guinea vorzugaukeln. Die Ansiedler entrichten den Zoll, sie erhalten ihn vom Norddeutschen Lloyd durch Fruchtvermittlung wieder zurück, das Reich zahlt dem Lloyd dafür entsprechend höhere Subventionen und so am Ende vielleicht mehr, als der Reichskasse durch die Kopra-Ausfuhrzölle zufließen.

Von der englischen Genossenschaftsbewegung.

London, 23. März. Ein soeben veröffentlichtes amtliches Blaubuch gibt Angaben über die Entwicklung und den Stand der englischen Genossenschaftsbewegung im Jahre 1900. Es gab im ganzen 2331 industrielle Genossenschaften, davon waren 250 reine Produktionsgenossenschaften, 901 reine Konsumgenossenschaften und 1185 sowohl Produktiv- wie Konsumgenossenschaften. Die Mitgliederzahl dieser Genossenschaften betrug am Jahresabschluss 2 618 142, der gesamte Warenumsatz 111 414 308 Pfund Sterling, ein vorher nie erreichter Betrag. Die Ausgaben für Gehälter, Arbeitslöhne und Betriebsauslagen betragen bei der Produktionsfähigkeit der Genossenschaften 8 253 721 und bei deren Distributionsfähigkeit 5 747 632 Pfund Sterling, zusammen also über 9 Millionen Pfund Sterling, woraus die Bedeutung der englischen Genossenschaften als Arbeitgeber zu ersehen ist. Die Jahresbilanz wies bei 1974 Genossenschaften einen Gewinn von zusammen 11 085 715 Pfund Sterling, dagegen bei 240 Genossenschaften einen Verlust von 31 503 Pfund Sterling auf. Von den Gewinnen sind 88 701 Pfund Sterling auf Erziehungszwecke verwandt worden. Außer diesen industriellen Genossenschaften gab es in England noch 136 Landbauausgenossenschaften mit 18 819 Mitgliedern und 146 Kleinbauerngenossenschaften mit 7920 Mitgliedern.

Gewerkschaftliches.

Polizei und Scharfmacher diesseits und jenseits des Kanals.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns vom 25. März: Die Londoner Klatschblätter sind wieder voll von Schreckensnachrichten aus Südwales, die schleunigst dahin expedieren „eigenen Korrespondenten“ schwagen wieder von Brandstiftung, Blündern und Revolution, und schreien wie in den kritischen Wochen des letzten Winters aus vollem Halse nach mehr Polizei und Militär. Erste Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der Polizei werden täglich aus verschiedenen Orten des betroffenen Grubendistrikts gemeldet. Die bürgerlichen Blätter paradien mit Namenslisten der verletzten Schulleute; davon aber, daß auch Arbeiter verletzt worden seien, hört man nichts. Danach scheinen die süd-walisischen Schulleute zahme Lämmlein zu sein, die sich von den brutalen Streikenden widerstandslos massakrieren lassen. Diese Darstellung wäre vielleicht etwas weniger empörend, wenn nicht die gewissenlosen Lügenberichte, die bei den Novemberunruhen die Spalten der Presse füllten, nicht nur in den Parlamentsdebatten, sondern auch in offiziellen Berichten entlarvt worden wären.

Vor wenigen Tagen ist nämlich ein offizielles Glaubuch erschienen, das den Bericht des im letzten November an der Spitze des Militärs nach dem Streikgebiet entsandten Generals Macready, ferner die zwischen ihm und dem Ministerium des Innern während der Streikunruhen erfolgten offiziellen Korrespondenz enthält. Dieses Glaubuch ist ein höchst interessantes und lehrreiches Dokument. Es muß gesagt werden, daß dieser Bericht ein günstiges Licht auf den General Macready wirft, der sich während der ganzen kritischen Zeit in sehr anständiger Weise betragen zu haben scheint, ferner macht die Veröffentlichung desselben auch dem Minister des Innern Churchill Ehre, weil er zum Teil gerade auch sein eigenes Vorgehen bloßstellt. Man denke sich etwa, daß Herr Zagow die zwischen ihm und den Polizeiheldern von Moabit ausgetauschten vertraulichen Mitteilungen ungekürzt veröffentlicht! Der Bericht des Generals Macready stellt die Brutalität und die Arroganz der Grubenherren und ihrer Knechte, die die ganze Staatsgewalt für ihre privaten Ausbeuterverzwecke in Anspruch nehmen wollen, ins richtige Licht. Er zeigt ferner, wie die Alarmnachrichten über die Gewalttaten der Streikenden mit Absicht verdreht und übertrieben worden sind, um die Streikenden mit roher Waffengewalt überwältigen und zur bedingungslosen Unterwerfung zwingen zu können. Und schließlich läßt die Korrespondenz keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Zuziehung des Militärs niemals nötig war, sondern nur die Streikenden provozierete.

Einige Stellen aus dem Bericht des Generals verdienen zitiert zu werden. „Die lokale Polizei“, schreibt Macready, „betrachtet die Grubendirektorenklasse als im gewissen Sinne ihre Vorgesetzten, und es sind mehrere Fälle vorgekommen, wo die Polizei die Direktoren um Rat fragte und danach handelte, während es die klare Pflicht des Polizeibeamten gewesen wäre, auf seine eigene Verantwortung hin zu handeln. Diese eigenartige Verleugnung ihrer Pflicht rührt wahrscheinlich daher, daß die Grubenherren für die bei den Gruben beschäftigten Extrapolizei Zahlung leisten und diese in normalen Zeiten ihnen jederzeit zur Verfügung steht.“ Macready führt dann einen speziellen Fall an, wo die zweifelslos zu einer Grube requirierte Polizei „mit der freundlichen Erlaubnis des Grubendirektors“ nach einem anderen Ort geschickt wurde, wo eben eine Unruhe ausbrach. In einem anderen Fall, den das Glaubuch anführt, protestierte ein Grubendirektor gegen die Zurückziehung der unnötig gewordenen auswärtigen Schutzmannschaft mit der Bemerkung, daß er um die Polizei speziell nachgefragt habe, „und daß diese nun seine Angestellten seien, so lange er wünsche“. Diese Ausführungen des Generals zeigen so recht deutlich die Unverschämtheit, mit der die Grubenherren Polizei und Militär als ihre Diener betrachten, deren Pflicht es ist, die kämpfenden Arbeiter ins alte Joch zurückzutreiben. Ebenso vernichtend für die Grubenherren ist der Bericht des Generals Macready über die angeblichen Gewalttätigkeiten der Streikenden. Es zeigt sich, daß die Direktoren sich nicht scheuten, die blutrünstigen Gerüchte auszustreuen, um Polizei und Militär gegen die Streikenden zu hegen und die öffentliche Meinung gegen sie einzunehmen. Macready führt eine ganze Anzahl solcher Fälle an. Einmal hieß es, die Streikenden hätten Bomben fabriziert und wollten eine bestimmte Grube in die Luft sprengen. Das Militär wurde alarmiert, und alles was man finden konnte, waren zwei harmlose betrunkene Männer. In einem anderen Falle kam die Hibsdorf, daß 400 bewaffnete Streikende einen Angriff auf eine bestimmte Grube im Schilde führten und daß der Direktor sofortigen Polizeischutz verlange. „Wierzig Londoner Schulleute“, schreibt der vertrauliche Berichterstatter des Ministeriums des Innern, Mr. Moslan, wurden in großer Eile abgeschickt und erreichten omtelos den Gipfel eines steilen Abhangs, um zu finden, daß die bewaffneten Streikenden Lancashire Fusiliere waren, die ihre Parade machten.“

Diese Beispiele werden genügen. Nach alledem wird Herr Churchill das fortgesetzte Verlangen Keir Gardies nach einer gründlichen Untersuchung der ganzen Angelegenheit schwerlich noch länger verweigern können. Die reaktionäre Presse ist begreiflicherweise wütend über die Veröffentlichung dieses Berichts, der ein so helles Schlaglicht über das Kapitel Klassenkampf und Staatsgewalt wirft.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in den Geldschrankbetrieben.

Eine starkbesuchte Versammlung der Arbeiter in den Geldschrankbetrieben fand am Montagabend in „Frankes Festhalls“ statt, um den Bericht über die weiteren Verhandlungen der Kommission mit den Unternehmern zu hören. Während der Verhandlungen fanden am 21. März statt. Die Arbeiter hatten die zuerst gebotenen geringen Verbesserungen zurückgewiesen, weil diese Zugeständnisse ganz minimal waren. Es gelang nun den Vermählungen der Kommission, die Verhandlungen in der Weise fortzuführen, daß weitere Zugeständnisse gemacht wurden, die aber noch weit davon entfernt sind, den Erwartungen der Arbeiter zu genügen.

Die Unternehmer wollten die folgenden Zugeständnisse machen: Die tatsächlichen Löhne sollen sofort um 2 Pf. erhöht werden, außer den Löhnen, die 75 Pf. und mehr betragen. Vom 1. April 1912 ab sollen wieder 2 Pf. und vom 1. April 1913 nochmals 2 Pf. Zulage gewährt werden. Die Mindestlöhne für Schlosser sollen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 60 Pf. betragen. Von jetzt ab sollen die Schlosser (die nicht jung-

ausgeleiteten) 63 Pf. erhalten, vom 1. April 1912 ab 65 Pf., vom 1. April 1913 ab 67 Pf. Für sämtliche sonstigen Arbeiter, eingeschlossen die selbständigen Schlosser, sollen von jetzt ab die Mindestlöhne 2 Pf. höher sein, vom 1. April 1912 ab wieder 2 Pf. und vom 1. April 1913 nochmals 2 Pf. An diese Zugeständnisse wird aber noch die Bedingung einer vierjährigen Tarifdauer geknüpft. Der Schlichterband der Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe hat an den Deutschen Metallarbeiterverband folgende Erklärung gesandt:

Berlin, 22. März 1911.

Die unterzeichneten Mitglieder des Schlichterbandes der Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe haben sich nach Durchsicht des Protokolls der gestrigen Sitzung davon überzeugt, daß der Wortlaut, welcher die Dauer des zu schließenden Tarifvertrages behandelt, nicht straff genug gefaßt ist. Es heißt im Protokoll, die Arbeitgeber „legten Wert darauf“, daß die Dauer des Tarifvertrages auf vier Jahre bemessen wird. Die Unterzeichneten erklären jedoch, daß sie die vierjährige Dauer des Tarifvertrages für die gestern gemachten großen Zugeständnisse, welche eine Steigerung der Mindestlöhne um 10 bis 14 Prozent vorsehen, zur Vorbedingung machen.“ (Folgen sechs Unterschriften.)

In der Diskussion zeigte sich die größte Unzufriedenheit mit dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen. Man hatte mehr erwartet, die Schleifer waren besonders enttäuscht, daß nur so geringe Lohnsteigerungen eintreten sollten. Verschiedene Redner empfahlen den Verzicht auf einen Tarif überhaupt. Von einer Ausbehnung der Dauer des Tarifs wollte man nichts wissen. Im Laufe einer längeren Diskussion gewann schließlich der Vorschlag die allgemeine Zustimmung, daß die Kommission die Verhandlungen weiter führen und versuchen soll, günstigere Bedingungen zu erzielen.

Arbeiterentlassungen im Auerwerk.

Die zahllosen Entlassungen im Auerwerk beschäftigten eine Glasarbeiterversammlung. Bei der Firma Auer dürften bisher 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sein und sollen jetzt angeblich circa 3000 Arbeiter entlassen werden. Bei den Entlassungen geht die Firma in ganz eigenartiger Weise vor. Es werden Arbeiter entlassen, die schon 4-5 Jahre bei der Firma beschäftigt sind, während andere, die erst ganz kurze Zeit dort beschäftigt sind, nicht entlassen werden. Besonders werden die Vertrauensleute der Organisationen von den Entlassungen betroffen. Dabei waren es gerade diese Arbeiter, die zur Zeit der Saison dafür sorgten, daß die Firma tüchtige Arbeiter erhielt. Geheißelt wurde, daß die Firma in den letzten Jahren 60 Proz. Dividende verteilte, aber jetzt in der stillen Zeit die Arbeiter in der rückwärtslosesten Weise hinauswirft. Die bezweifelte Erregung der betreffenden Arbeiter ist außerordentlich groß.

Unzufriedenheit bei der Firma Bergmann, Elektrizitätsgesellschaft Berlin.

Unter den bei der Firma Bergmann, Elektrizitätsgesellschaft, beschäftigten Padern, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeitern sowie Chauffeuren macht sich zurzeit eine tiefgehende Unzufriedenheit bemerkbar, weil die gezahlten Löhne sehr minimal sind und einer zeitgemäßen Neuregelung dringend bedürfen. In einer Versammlung, die vor kurzem vom Transportarbeiterverband abgehalten wurde, machten sich die Klagen über die gezahlten schlechten Löhne in ganz impulsiver Weise Luft. Es wurde gefordert, in eine Bewegung sofort einzutreten. Davon wurde abgeraten und empfohlen, zunächst in die notwendigen Vorarbeiten einzutreten und erst eine durchgreifende Umfrage unter den Beschäftigten vorzunehmen, um über die gegenwärtigen Lohnverhältnisse bestimmte statistische Unterlagen zu bekommen. Später sollen dann die Forderungen formuliert und der Direktion unterbreitet werden. Kritisiert wurde, daß bei Bewegungen, die von kleinen Gruppen zur Ausführung gelangten, die Direktion eine Neuregelung der Löhne ohne jede Prüfung ablehnt, unter dem Hinweis, daß im Jahre 1906 ein Abkommen getroffen worden sei, welches heute noch zu Recht bestehe. Von einem solchen Abkommen auf so lange Jahre hinaus ist den Beschäftigten aber nichts bekannt. Von den Versammelten wurde schließlich die Ansicht vertreten, daß Herr Geheimrat Bergmann von der schlechten Lage seiner Arbeiter gar nicht richtig informiert sein könne, und daß ein großer Teil der berechtigten Wünsche der Arbeiter ernstlich entgegengestellt haben. — Der Geschäftsgang der Firma ist ein guter. Die Dividende ist in den letzten Jahren wiederholt erhöht worden und beträgt in diesem Jahre 18 Proz.

Bei der Firma Freese in Nieder-Schönhausen sind die Arbeiter, welche in der Abteilung II Straßenbau beschäftigt waren, am Montag früh in Streik getreten. Ueber die Verhandlungen, die seitens der Arbeiter veranlaßt wurden und die zu keinem Ergebnis führten, bringen wir morgen ausführlichen Bericht.

Der Betrieb Freese ist für feierorganisierte Arbeiter gesperrt. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Berlin.

Lohnbewegung der Tapezierer.

Die Situation ist für die Arbeitnehmer zurzeit sehr gut, wie in einer vollständig besuchten Versammlung J. H. W. berichtet konnte. Die Zahl der Ausgesperrten beträgt ungefähr 100. Im ganzen befinden sich außerhalb der Werkstätten (Streikende, Ausgesperrte und Arbeitslose) annähernd 500 Personen, darunter 7 ausgesperrte weibliche Arbeitskräfte. Nur ungefähr 6 Firmen haben bis jetzt ihre alte Arbeitszeit noch aufrechterhalten und im Jahr 64 Werkstätten mit 500 Arbeitern sind die Stundenlöhne im Durchschnitt um 5 Pf., die Akkordlöhne um 10 bis 20 Proz. erhöht worden. Die Firma Bollner am Rollenmarkt hatte alle Forderungen glatt bewilligt, auf Drängen der anderen Fabrikanten aber ihre Zugeständnisse wieder zurückgezogen.

Nach längerem Für und Wider wurde gegen eine starke Minorität der Vorschlag des Vorstandes, mit den Arbeitgebern erneute Verhandlungen anzubahnen, angenommen.

Die Lohnbewegung der Handelsgärtner.

In einer überaus stark besuchten öffentlichen Versammlung, die wiederum von den beiden Organisationen (Allg. Deutscher Gärtnerverein und Deutlich. (nat.) Gärtner-Verband) gemeinsam einberufen war, nahmen die Gehilfen und Arbeiter das Resultat der inzwischen gepflogenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Nach den Bekundungen des Vorsitzenden A. W. A. D. G. B., der zuerst referierte, ist das Ergebnis der Besprechung, die nach Versicherung der Arbeitgebervertreter als unverschämlich anzusehen sei, kein positives. Die Herren waren der Ansicht, daß zurzeit weder die Organisation der Arbeitnehmer, noch die der Arbeitgeber eine Gewähr bieten könnten, daß ein eventueller Tarif auch eingehalten werde.

Noch seien die Forderungen viel zu hoch. Allenfalls würden sie einer Zeitverlängerung zustimmen, daß für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. März 10 (!) Stunden in Betracht kämen. In der Lohnfrage wollten sie einem Lohnfuß das Wort reden, der für Volksgelassen 22 Pf. betragen soll, während für Junggehilfen ein noch niedrigerer, nicht näher bestimmter Lohn in Betracht käme.

Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten hierzu, daß sie auf derartige Bedingungen absolut nicht eingehen könnten, zumal diese Zugeständnisse durch den jetzt in Düsseldorf abgeschlossenen Tarif schon überholt sind.

A. W. A. D. G. B. formulierten nun in der Versammlung der Gehilfen folgende Hauptforderungen, die sich den realen Verhältnissen anpassen.

Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April bis 30. September 10 1/2 Stunden ausschließlich der Pausen. Die Arbeitszeit soll tunlichst um 6 1/2 Uhr beendet sein. Vom 1. Oktober bis 31. März nur 10 Stunden ausschließlich der Pausen und ohne Lohnabzug. Der Arbeitslohn ist um 6 Uhr abends. Als Mindestlohn für Gärtner-
H. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

gehilfen werden pro Woche 24 M. in bar bezahlt. Für Gärtnergehilfen, die sich im ersten Gehilfenjahre befinden, darf der Mindestlohn 22 M. betragen. Auch ist eine Regelung der Sonntagsarbeit vorgehen, wengleich darauf hingewirkt werden müsse, daß dieselbe mit der Zeit ganz verschwinde. Die Kündigung solle nun, je nach der Kündigungszeit, so erfolgen, daß am 8. April die Arbeit in all jenen Firmen niedergelegt werden kann, die nicht bewilligen. Sollte jedoch in der betreffenden Zeit eine günstige Wendung eintreten, so kann die Kündigung natürlich als nicht geschehen betrachtet werden. Die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber sind vom 25. März ab als gesperrt zu betrachten. Wer sie benutzt wird zum Streikbrecher.

Die Situation für einen Kampf ist günstig. Die Vorbedingungen dafür, stoffe Organisation und volle Kasse, sind vorhanden. Zu verlieren ist nichts, sondern nur zu gewinnen.

Der Vorsitzende D. W. A. D. G. B. ergänzte die Ausführungen des Vorredners und äußerte die Vermutung, daß es den Arbeitgebern mit einer Verständigung auf tariflicher Grundlage gar nicht ernst gewesen sei, sonst hätten sie derartige Angebote nicht gemacht. Der Kampf werde beweisen, daß die Gehilfen sehr wohl reif für einen Tarif seien. Wenn der D. (nat.) G. B. auch nicht über dieselben günstigen Rahmenverhältnisse verfüge wie der A. D. G. B., so erhielten die Mitglieder des ersteren doch dieselben Unterstützungslöhne wie die Kollegen vom anderen Verband.

In der Diskussion entließ sich die ganze Enttäuschung der Gehilfen über die „Zugeständnisse“ der Arbeitgeber, die als Hohn aufgefaßt werden mußten, um so mehr, als dies zum größten Teil heute schon durchgeführt ist.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab, daß die Gehilfen einstimmig mit den ausgearbeiteten Forderungen einverstanden sind.

Die Polizei im Dienste der Unternehmer. Bei dem Arbeiterstreik der Kohlen- und Hefenarbeiter der Firma Kurt Thomas in Spandau wegen Tarifbruch seitens der Unternehmer zeigte sich wieder einmal auf das eklatanteste, daß die Polizei selbst tarifbrüchigen Unternehmern zu Hilfe eilt und damit beweist, daß sie nur lediglich zum Schutze der Unternehmer vorhanden ist, abgesehen von den Mitteln der Allgemeinheit erhalten wird. Seit gestern werden die beiden Arbeitswilligen H. I. S. senior und junior zu Spandau, Weissenburgerstr. 60 wohnhaft, morgens um 6 Uhr von der Polizei abgeholt und dann unter ständiger Begleitung nach dem Umschlagshafen gebracht, damit sie ihre so mühselige Arbeit leisten können. Auch der Arbeiter Sannow aus Pichelsdorf verrichtet Streikarbeit.

Die Firma versucht auf alle Art und Weise Arbeitswillige, die nicht dem Transportarbeiterverbande angehören dürfen, heranzuziehen. Auch versucht sie allem Anscheine nach, für die Firma Reichardt Nachf. in die Kreise zu springen, indem sie in Berliner Zeitungen angeblich Möbeltransportarbeiter gegen hohen Lohn sucht, obwohl die Firma Thomas selbst Möbeltransporte nicht ausführt.

Wir erlauben deshalb die Arbeiterschaft, unter allen Umständen Zugang fernzuhalten, damit dem Herrn Thomas begreiflich gemacht werden kann, daß Tarife nicht abgeschlossen werden, damit sie der Unternehmer später willkürlich brechen kann.

Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Spandau.

Deutsches Reich.

Ein guter Erfolg des Holzarbeiterverbandes in Celle.

Mit einem glänzenden Erfolge wurde die Lohnbewegung der Tischler in Celle beendet. Wieder betrug der Stundenlohn in Celle 36 Pf. bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 57 Stunden. Die Arbeitszeit wird nun sofort auf 56 Stunden, 1912 auf 55 und am 1. April 1913 auf 54 Stunden verkürzt. Der Durchschnittslohn wird sofort auf 47, am 1. April 1912 auf 49, am 1. April 1913 auf 51 und am 1. April 1914 auf 53 Pf. pro Stunde erhöht. Sämtliche Stundenlöhne werden sofort um 3 Pf. erhöht und während der Vertragsperiode insgesamt um 9 Pf. pro Stunde. Für Nacht- und Sonntagsarbeit werden entsprechende Zuschläge gewährt. Wegen der Schlichtungskommission und der übrigen Vertragsbestimmungen wurde der zwischen den Zentralvorständen vereinbarte Mustervertrag als maßgebend anerkannt. Der Arbeitsnachweise soll gemeinsam unter städtischer Begleitung geführt werden. Bemerkenswert ist noch, daß der Vertrag mit dem neu gegründeten Bezugsverband des „Arbeitergeschützverbandes“ für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen wurde.

Ausland.

Der Reunionskongress der Gemeindegewerkschaften. Die Stadtverordnetenversammlung von Amsterdam hat in der vergangenen Woche mit 27 gegen 17 Stimmen die Einführung des durchschnittlichen neunstündigen Arbeitstages samt einigen Lohnrückführungen für die städtischen Arbeiter beschlossen. Der Durchschnitt ist so zu verstehen, daß verschiedene Gruppen der Gemeindegewerkschaft im Sommer 10 Stunden ausbedeutet werden können, ihre Arbeitszeit aber dafür im Winterhalbjahre um soviel verkürzt wird. Die Sozialdemokraten hatten den neunstündigen Maximalarbeitsstag gefordert, ihr Antrag scheiterte jedoch an dem Verhalten der liberalen und liberalen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung.

Letzte Nachrichten.

Konferenz für Sozialversicherung.

Dresden, 27. März. Die zweite internationale Konferenz für Sozialversicherung wird anlässlich der internationalen Hygieneausstellung im September in Dresden tagen.

Auflösung des österreichischen Parlaments in Sicht.

Wien, 27. März. (B. Z. W.) (Von einem Privatkorrespondenten.) In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, das Kabinett werde jetzt formell seine Demission geben, die aber der Kaiser nicht annehmen werde. Sodann erwartet man innerhalb der nächsten Zeit die Auflösung des Bundes sowie am 1. April eine kaiserliche Verordnung, die auf Grund des Paragraphen 14 die Gültigkeit des Budgetprovisoriums und die Inkraftsetzung des Rekrutenkontingents auspricht.

Der Ferrerprozess in der spanischen Kammer.

Madrid, 27. März. (B. Z. W.) In der Kammer begann heute die Debatte über den Prozess Ferrer. Die Tribunale sind nicht besetzt. Der Deputierte Soriano, Republikaner, erklärte, die Debatte werde nicht nur von dem ganzen Lande, sondern auch von Europa mit Spannung erwartet und bezwecke, eine Revision des Prozesses zu erlangen, denn Ferrer sei das unschuldige Opfer eines furchtbaren Justizirrtums gewesen.

Geplante Kulturforschritte in Westsibirien.

Petersburg, 27. März. (B. Z. W.) In der nächsten Zeit wird in der Reichsduma ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der die Ergründung von Bahngeländen vorseht, die eine zuverlässige Handelsverbindung Westsibiriens mit Westeuropa durch das sibirische Eismeer sichere. Es wird u. a. die Errichtung von vier Punktsstationen an den Gestaden des Karischen und des Weißen Meeres geplant sowie der Bau einer Eisenbahn vom Obflusse nach dem Ustade des Sibirischen Eismeeres.

Zwei Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

München, 27. März. (S. B.) Bei einem Fabrikunfall in Schongau stieß eine Brücke unter der Last beladener Rollwagen. Zwei Arbeiter wurden von den umstürzenden Wagen getroffen und lebensgefährlich verletzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Vaterhaltungsbül.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom Montag, den 27. März, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertische: v. Trotzu zu Solz. Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Kultusetat.

Hierzu liegen vor eine Resolution Dr. Seb (Z.) betreffend Erhöhung der Entschädigungen an Elementarlehrer und Lehrerinnen für die Teilnahme an amtlichen Kreisconferenzen; eine Resolution Dr. Friedberg (natl.) betreffend die Vorlegung einer Denkschrift über die Jugendpflege und ein Antrag Aronsohn (Sp.), die Regierung zu ersuchen, 1. den Fonds für Jugendpflege zunächst im Anschluß an die Fortbildungsschulen zu verwenden und der Zentralkasse für Volkswohlfahrt einen Einfluß auf die Verwendung einzuräumen, 2. auch zugunsten der schulentlassenen weiblichen Jugend Mittel bereitzustellen und 3. im nächsten Jahre eine Denkschrift über die Verwendung des Fonds mit Angabe der berücksichtigten Anträge vorzulegen.

Abg. Dr. Kaufmann (Z.) wendet sich gegen die Anträge betr. den Fonds für Jugendpflege. Die Zentralkasse für Volkswohlfahrt dürfe nicht einseitig berücksichtigt werden. Man könne von der Regierung nicht verlangen, daß sie jetzt schon wisse, wie der Fonds im einzelnen zu verwenden sei. Die Hauptsache sei, daß sie im christlichen Geiste geleitet werde als Gegenmaßnahme gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen. Bezeichnend sei, daß in den sozialdemokratischen Jugendbibliotheken sich auch Corvins „Pfaffenpiegel“ finde, gegen den sich auch ein Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ gewendet habe und auf den das Wort aus dem „Faust“ passe: „Viel Irrtum und ein flüchtiges Wahrheits.“ (Drabol im Zentrum.)

Auf Antrag des Abg. Febr. v. Hedlich (H.) werden die sämtlichen Anträge bis nach Erledigung des Etats zurückgestellt.

Abg. Dr. Hinemann (natl.) tritt für eine Reform des Unterrichts in den höheren Schulen ein.

Abg. Ernst (Sp.) führt Beschwerde über Ungleichheit in den Gehältern der Kreisinspectoren.

Abg. v. d. Groeben (L.): Wir freuen uns, wenn die Jugend mit deutschen Fahnen hinauszieht. Aber darüber darf die preussische Fahne nicht vergessen werden. Die preussische Fahne muß der Jugend die Liebe zu unserem Preussentum erhalten. (Drabol rechts.)

Abg. v. Zampczynski (Pole) fordert Unterricht der polnischen Kinder in der Dismark in ihrer Muttersprache.

Abg. Dr. Schupp (Sp.) wendet sich gegen eine amtliche Förderung des mit dem Bunde der Landwirte in Verbindung stehenden Neuen preussischen Lehrervereins und protestiert gegen die Vernehmung von Lehrern durch die vorgesetzte Behörde wegen ihrer politischen Betätigung.

Kultusminister von Trott zu Solz: Ich habe gegen die politische Betätigung der Lehrer nichts, wenn sie mit dem nötigen Takt erfolgt und mit der Reserve, die jeder Beamte sich auferlegen muß. Eine amtliche Förderung des Neuen preussischen Lehrervereins ist nicht erfolgt.

Abg. Dr. Paschke (Sp.) betont, daß seine Freunde nicht wünschen, daß der Jugendpflege der Stempel der Parteipolitik aufgedrückt werde und äußert Wünsche im Interesse der Universität Königsberg.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Strödel (Soz.): Ein Redner der Sozialdemokratie ist aberhaupt nicht zu Worte gekommen. Dabei hatte ich mich schon am Freitag gemeldet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Rednerliste hätte daher wohl so gestaltet werden können, daß auch ein Redner unserer Partei zu Worte kam. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es folgt der

Eisenbahnetat

Eine Reihe von Abgeordneten bringen Einzelwünsche vor.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) erörtert die Frage der Dotierung des Eisenbahn-Extraordinariats und betont, daß seine Freunde niemals dafür zu haben seien würden, neue Steuerzuschläge zu bewilligen, um das Extraordinariat in der gewünschten Höhe zu halten.

Minister v. Breitenbach erwidert, daß sich die Eisenbahnverwaltung jedenfalls gegen eine Kürzung des Extraordinariats entschieden wehren müsse.

Abg. Dr. Gottschall (natl.) befürwortet die Einführung der elektrischen Beleuchtung in den Eisenbahnhöfen mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Gasbehälter bei Zusammenstößen.

Kleines feuilleton.

Können die Taubstummen sprechen lernen? Die französischen Forscher Vinet und Simon haben versucht, diese Frage durch die nachträgliche Kontrolle der Ergebnisse zweier Pariser Taubstummenanstalten zu lösen. Sie ließen sich sämtliche Schüler seit 1893 bezw. 1895 aufzeichnen mit der Absicht, sie persönlich zu besuchen und zu prüfen. Obgleich sie diese Absicht nur zum kleinsten Teile ausführen konnten, ergaben ihre Prüfungen ein durchaus einheitliches und zwar recht ungünstiges Bild. Die Taubstummen konnten sich kaum mit den Personen des engsten Familienkreises unterhalten und auch bei diesen Gesprächen spielte das Winienspiel eine weit größere Rolle als die Lautsprache. Wo das Winienspiel aufgeschaltet wurde, fielen die Gespräche vollständig. Der schriftliche Verkehr entwickelte sich dagegen ganz gut. Diese Ergebnisse stehen in einem ziemlich schroffen Gegensatz zu den Schulergebnissen der beiden fraglichen Anstalten. Diese Zeugnisse geben die Zahl der normal veranlagten Schüler, die nach einem Unterricht von sechs bis acht Jahren mittelmäßig sprechen können, auf 77 und 94 Proz. an. Worauf diese auffallende Verschiedenheit der Ergebnisse beruht, ist aus dem Berichte des „Archives für die gesamte Psychologie“ (1911, III), dem wir diese Angaben entnehmen, leider nicht zu erfahren.

Theater.

Zuspieldhaus: „Die grüne Reune“, Musik von Jampeloven, Musik von Breitshneider. Der ebenso unbestreitbare als unverständliche Erfolg, den Meinhard und Bernauer mit ihrer Ausgrabung und Auspolierung der alten, jetzt in „Dummelstudien“ umgetauften Röhrlischen Wasse erzielten, hat wohl zu diesem unglücklichen Experiment angestachelt. Reminiszenzen an ein idyllisch primitives Sommertheater aus dem Berlin der fünfziger Jahre, eine Geburtstagsfeier der handfesteren Direktorin unter dem Aufmarsch von Akteuren und Gesangsdirektoren, Wiederholungsstücke wie in den „Dummelstudien“ und obenrein noch eine parodistische Anleihe bei ihnen — warum sollte es nicht möglich sein, in Ausnutzung der offenbar für solche Sachen günstigen Konjunktur volle Häuser zu machen? Aber ein so intelligenter Komiker Herr Jampeloven selbst in guten Mollen ist, seine komische Kraft im Rollenverstand blieb sehr beträchtlich selbst hinter dem gewöhnlich nicht starken Vorbilde zurück. Die verzweifelt pointlose Breite der Schlußreden, die die Auslösung des Spreewasser-getauften Schierenkomödianten Bahig — er soll so eine Art utomischer Wendig sein — mit Wutter Weisser von der grünen Reune feiern, gab endlich auch der bis dahin unerschütterlichen Weisheitsredigkeit der Mehrzahl einen merkwürdigen Stoß. Die als Surrogat der Handlung aufgetischten Winienscherze hatten respectables Alter. Eine noch der vorhergehenden Langweile doppelt angenehme

Abg. Dr. Runge (Sp.) erörtert ausführlich die Verhältnisse der verschiedensten Beamten- und Arbeiterkategorien der Eisenbahn. Abg. v. Hennig-Zehlin (L.) stellt gegenüber dem Abg. Dr. Friedberg fest, daß seine Freunde für eine Schwächung des Extraordinariats des Eisenbahnetats nicht zu haben seien würden. Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Abg. Leinert (Soz.): Ich bedauere sehr lebhaft, daß die konservative Fraktion auch bei der dritten Beratung des Eisenbahnetats einen Schlußantrag eingebracht hat. Die dritte Beratung dieses großen Etats hat gerade eine Stunde und 50 Minuten gedauert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die konservativen keine Zeit haben, können sie ja die Erledigung der Geschäfte den anderen Fraktionen überlassen. Es ist bald soweit gekommen, daß immer erst bei dem Oberpräsidenten der konservativen Partei Erlaubnis eingeholt werden muß, ehe der Präsident es wagt, einem Redner das Wort zu erteilen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Bauetat

interpelliert Abg. v. Krenim (L.) den Minister wegen eines Beschlusses des westfälischen Provinziallandtages gegen das Schleppmonopol und wegen der Haltung Hannovers zum Bau eines Hafens für den Kanal.

Minister Dr. v. Breitenbach: Dem Wunsche des westfälischen Provinziallandtages in bezug auf das Schleppmonopol wird kaum entsprochen werden können. Der Bau des Hafens in Hannover ist nach Meinung der Staatsregierung Sache der Stadt.

Abg. v. Hagen (Z.) bespricht die Verhältnisse am Dortmund-Ems-Kanal.

Abg. Dr. v. Bohma (H.): An dem Schleppmonopol halten wir fest. Die Aussichten der Schiffsahrtabgaben sind erfreulicherweise besser geworden.

Abg. Schmedding (Z.) wendet sich gegen die Einführung eines Schleppmonopols.

Abg. Leinert (Soz.):

Der Minister hat in der Kommission die Sache so dargestellt, als sei der Bau des Kanals bis Hannover ein Geschenk, für das die Stadt Hannover dankbar sein müßte. Davon kann aber keine Rede sein, der Kanal müßte vielmehr eigentlich bis Magdeburg gebaut werden. Auf diesem Standpunkt, daß der Kanal auf die Dauer doch nicht in Hannover enden kann, steht auch die Stadt Hannover und daraus ergeben sich die ganzen Schwierigkeiten zwischen ihr und dem Minister. Der Kanal schreit förmlich nach dem anderen Stück bis Magdeburg. Unter diesen Umständen ist aber der Osthafen, dessen Bau man von Hannover verlangt, vollständig wertlos, er liegt wesentlich im Interesse des Fiskus, der daher auch verpflichtet ist, ihn zu bauen. Wenn der Minister in der Kommission gedroht hat, man werde den Kanal nicht auf hannoverschem Gelände enden lassen, sondern in Müßburg, weil dort die Zementfabriken seien, so muß lebhaft dagegen protestiert werden, daß ein solcher Gebanke überhaupt aufsteht, denn die ganze Länge des Kanals ist gesetzlich festgelegt. Der Staat sollte eine Genossenschaft aller derjenigen bilden, die ein Interesse an diesem Osthafen haben, dabei wird sich herausstellen, daß der größte Interessent dabei der Fiskus ist. Bei genügender Beteiligung des Staates ist die Stadt bereit, sich an dem Bau zu beteiligen. Das beste wäre, wie gesagt, gewesen, man hätte von vornherein den Weiterbau des Kanals bis Magdeburg beschloffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bäumer (natl.) spricht gegen die Absicht, ein Schleppmonopol einzuführen.

Abg. Wallenborn (Z.) wünscht, daß die Bauverwaltung einheimisches Material bei Staatsbauten verwendet.

Ein Regierungsvertreter gibt eine entgegenkommende Erklärung ab.

Es folgt der

Justizetat.

Abg. Bartscher (Z.) wünscht eine Milderung des Stempelsteuergesetzes im Interesse der Kleingewerbetreibenden.

Abg. Dr. Wicorski (Pole) fordert bessere Ausbildung der polnischen Dolmetscher in der Dismark.

Abg. Dr. Lieblneth (Soz.) tritt für eine Besserstellung der unteren Justizbeamten, der Gerichtsdiener und vor allem der Hilfsgerichtsdienner ein, deren Entlohnung vielfach unter dem ordentlichen Tagelohn steht. — Unzulässig der Verhandlungen über den Noabiter Prozeß hat der Justizminister dieses Haus aufgefodert, die Fraktionen im Reichstage sachgemäß für eine Abänderung des § 244 der Strafprozeßordnung im Sinne einer Einschränkung der Beweisaufnahme. Der bekannte Verteidiger, Justizrat Dr. Sello, hat sich im „Berliner Tageblatt“ mit großer Entschiedenheit gegen eine solche reaktionäre Absicht ausgesprochen,

er bezeichnet den Paragraphen als eines der heiligsten Güter unseres Volkes. Gerade der Noabiter Prozeß hat bewiesen, wie notwendig eine umfangreiche Beweisaufnahme ist, denn das Gericht ist durch diese umfangreiche Beweisaufnahme zu den Widerungsgründen für eine Reihe von Angeklagten gekommen. Wenn also nach dem Wunsche des Justizministers verfahren wäre, wäre die Folge ein ungerechtes Urteil gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es gäbe für den Justizminister wahrhaftig bessere Anlässe, um dieses Haus zu Reformen des Strafprozesses anzuregen. Statt gegen das Palladium der Verteidigung und der Angeklagten grundlos vorzugehen, hätte der Justizminister lieber an der Hand des Essener Prozesses darlegen sollen, wie notwendig eine Vermehrung und Erleichterung der Garantien für Wiederaufnahme des Verfahrens ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre eine Aktion gewesen, die der Gerechtigkeit gedient hätte. Der Justizminister hätte auch allen Anlaß, sich um die höchst merkwürdige Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtshofes im Dreuer-Prozeß zu kümmern. Möge die Justizverwaltung den verschiedenen Appellen der Verteidiger Dreuer nachgeben und dafür sorgen, daß ein Justizirrtum, der in diesem Falle naheliegt, nicht zur Wirklichkeit wird. Die Staatsanwälte beklagen sich vielfach über das Verhalten der Verteidiger, aber häufig sind es auch gerade sie, die der Verteidigung Schwierigkeiten bereiten. Aber sie fählen sich als Staatsgewalt, der Verteidiger ist für sie das fünfte Rad am Wagen, solch' unbehagliche Leute sucht man möglichst so schnell zu behandeln. Der Verteidiger kann eben nicht so leicht bürokratisch geschnitten werden, wie die anderen Organe der Rechtspflege. Eine wichtige Aufgabe der Justizverwaltung wird die

Verfolgung der Beamten in Noabit

sein, die bei den Noabiter Stravaßen über ihre Amtsbefugnisse hinausgegangen sind. Ich habe gefordert, daß die Untersuchung dieser Sache nicht in den Händen der interessierten Berliner Polizei bleiben dürfe. Nun scheint ja sich die Staatsanwaltschaft der Sache angenommen zu haben, aber die Akten sind doch immer wieder in die Hände des Polizeipräsidenten gelangt. Das dürfte am allerwenigsten geschehen nach der bekannten Kaisergeburtstagsrede des Herrn v. Jagow, wo er behauptete, nach der von ihm vorgenommenen eingehenden Untersuchung sei der Schuld der Polizei blank. Selbstverständlich darf in die Hände eines derartigen Beamten eine solche Untersuchung nicht gelegt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wundert mich ja nicht, wenn es bis heute nicht gelungen ist, einen von den schuldigen Beamten zu fassen, einmal angeht dieser Rede des Berliner Polizeipräsidenten, und dann, weil auch der Minister des Innern und der Justizminister nur Entschuldigungen für alles gefunden haben, was die Polizei in Noabit getan hat, aber nicht ein Wort der Anklage. Wenn in dieser Weise von den höchsten Spitzen der Strafverfolgungsbehörden das Vorgehen der Polizei bemängelt wird, so muß der Eindruck entstehen, daß man eine wirkliche Auffklärung an diesen Stellen nicht wünscht. Wenn das nicht der Fall ist, dann beweise man angeht des ermordeten Arbeiters Herrmann, daß man gewillt ist, mit aller Mühseligkeit und Energie gegen die schuldigen Beamten vorzugehen.

Der Breslauer Handhacker ist ja freilich bis heute nicht gefunden und im vorigen Jahre mußte ich es bei einem Prozesse in Breslau erleben, daß der Vorsitzende bei der Zeugenbelehrung die Aeußerung tat, die Erregung der Deffentlichkeit im Falle Verwald sei ganz unmotiviert, er sei überzeugt, daß wenn auch dieser Polizeibeamte den Mord begangen hätte, sich selbst zu nennen, er dann nicht vernestelt wäre, ja daß nicht einmal Anklage gegen ihn erhoben worden wäre, weil man angenommen hätte, daß er in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Justizminister sollte ferner vorgehen gegen die Dezenternenten der Schulverwaltung, die trotz der Entscheidung des Reichsgerichts noch immer mit gesetzwidrigen Verfügungen gegen die Leiter von Gesang- und Turnvereinen vorgehen, wie ich das beim Ministerium des Innern eingehend dargelegt habe. Es handelt sich hier um einen bewußten Mißbrauch der Beamten. (Präsident v. Arndt ruft den Redner zur Ordnung.) Man behauptet immer, die Politik habe in Gerichtsachen nichts zu suchen. Daß das Gegenteil der Fall ist, hat sich z. B. bei einem Anarchistenprozeß vom 11. November v. J. gezeigt, wo plötzlich eine ganz schlechte Auffassung der Noabiter Vorgänge in das Urteil hineinbezogen ist. Redner kommt dann ausführlich auf den

Denker Landfriedensbruchprozeß

zu sprechen. In diesem Prozeß sind 23 Jahre 2 Monate verhängt worden, die höchste Strafe hat den Werkschaftssekretär Fröhlich getroffen, obgleich er von verschiedenen Zeugen als ordentlicher an-

Kandidat: Ein Gemeinwesen, in dem dieser Produktionszweig jeden anderen überwiegt.

Professor: Welcher Staat ist der höchste?

Kandidat: Derjenige, der die größte Zahl von Paragraphen besitzt.

Professor: Wie viele Paragraphen besitzt das Deutsche Reich?

Kandidat: — — —

Professor: Wozu dienen die Paragraphen?

Kandidat: Zum Auswendiglernen, zum Bittieren und zum ... zum Liebertreten.

Professor: Was ist das Recht?

Kandidat: Der allgemeine Wille.

Professor: Wodurch unterscheidet sich dieser vom Willen der Einzelnen?

Kandidat: Dadurch, daß er von niemandem getollt wird.

Professor: Welche Gesetzgebung ist die vollkommenste?

Kandidat: Diejenige, die dem Willen des Einzelnen am wenigsten Spielraum läßt.

Professor: Was ist Freiheit?

Kandidat: Freiheit ist die staatlich abgestempelte Berechtigung, staatlich abgestempelte Lieberzeugungen zu haben.

Professor: Was verstehen Sie unter Privatinitiale?

Kandidat: Ein notwendiges Uebel: der vom Staat gebildete Rotzbeißer der Einzelnen in allen Fällen, wo ihre Handlungsweise noch nicht staatlich geregelt ist.

Professor: Und was ist der Zweck des Rechts?

Kandidat: Diesen Rotzbeißer überflüssig zu machen. („Simplicissimus“)

Notizen.

— Die Deutsche Opernhaus A. G., die in Charlottenburg eine Oper bauen will, wählte in einer Generalversammlung den Aufsichtsrat, in dem trotz eines Protestes aus der Versammlung nicht ein einziger Hochmann aufgenommen wurde. (Da das Unternehmen wesentlich kapitalistischer Natur ist, darf dies ja nicht weiter wunder nehmen.) In der „Allg. Musik-Zeitung“ behandelt der bekannte Musikkritiker Paul Morlop das Unternehmen vom kulturellen und künstlerischen Gesichtspunkte aus. Er kommt zu dem Schluß: „Die Stadt Charlottenburg überlasse es den Finanzmännern, die sich jetzt so geflissentlich an sie herandrängen, das Theater aus eigenen Mitteln zu bauen und die Führung des Opernunternehmens völlig aus eigener Tasche zu bestreiten. Ist es dann verbracht, so erwerbe sie es um billiges Geld und verwalte es in städtischer Regie unter der Leitung eines gegen festes Gehalt, ohne Gewinnbeteiligung angestellten Direktors, dem sie eine reichliche Subvention gewährt. Auf diese Art wird sie sehr erhebliche Summen sparen und instande sein, dem Volk wie der Kunst wesentliche Dienste zu leisten.“

Humor und Satire.

Juristische Doktorprüfung.

Professor: Können Sie mir sagen, was ein Staat ist?

Kandidat: Ein Staat ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Massenproduktion von Gesetzesartikeln.

Professor: Was nennen wir einen Rechtsstaat?

händiger Mensch geschäftlich ist, der seinen Pflichten aus peinlichster Nachkommung und ruhig und geordnet sein Leben führt. Dies schmerzliche Urteil ist erfolgt wegen einer Verurteilung, die er getan haben soll: in Preußen darf man alles tun, nur darf man sich nicht erwischen lassen, die er aber bestreitet, getan zu haben. Man hat in dem Prozeß von dem Terrorismus des Verbandes gesprochen, obgleich nur ein ganz kleiner Teil der betreffenden Leute überhaupt organisiert gewesen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Urteil in diesem Prozeß beweist wieder, daß wir mit Recht von einer Klassenjustiz in Deutschland reden müssen. Ich hielt es für notwendig, dies noch in dritter Lesung vorzubringen. Freilich glaube ich ja nicht, daß von diesem Hause irgend welche Anregungen, die der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprechen, ausgehen werden, wie können an einem Dornbusch Heilgen wachsen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten!) Von diesem Hause, das durch seine Verhandlungen gezeigt hat, daß es jede Klugeckigkeit dreht, jeden schuldigen Beamten in Schutz nimmt, kann man keine Gerechtigkeit erwarten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Weseler: Auf die Angriffe des Abg. Liebknecht kann ich in dem gleichen Tone nicht antworten. (Sehr wahr! rechts.) Das Reichsgericht hängt mit dem Justizetat nicht zusammen, und solche Angriffe können auch seinem Ansehen nicht schaden. (Bravo! rechts.) Ueber die als Straftaten der Beamten bezeichneten Mordfälle hat der Staatsanwalt Erhebungen eingeleitet, hat sie an die Polizei weitergegeben, sie jetzt wieder erhalten und die Sache geht nun ihren Gang. Das Urteil im Deutzer Landfriedensprozeß ist noch nicht rechtskräftig, wir können es hier nicht materiell nachprüfen. Eine weitere Auseinandersetzung darüber hätte also keinen Zweck. Verstehen werde ich mich mit dem Abgeordneten Liebknecht doch niemals. (Bravo! rechts.) Auf seinen Ton kann ich nicht eingehen, sonst müßte ich ganz anders sprechen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Böhm (L.) protestiert gegen die Angriffe der Linken im Reichstag auf die Richter im Veder-Prozeß. Ein Schlußantrag wird angenommen. Abg. Gysling (Sp.) bedauert, durch den Schluß verhindert zu sein, auf die Angriffe des Abg. Böhm antworten zu können. Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Der Justizminister hat geglaubt, den Ton rügen zu dürfen, in dem ich die Justizverwaltung angegriffen habe und wodurch ich das Reichsgericht nicht herabsehen könne. Auf mich macht eine derartige Verurteilung nicht den allermindesten Eindruck. Auf die Sache kommt es an, und da hat der Minister nichts widerlegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Nach dem Beschlusse der Erziehung des Staatsgesetzes und des Anleihegesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ist die dritte Staatsberatung beendet.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Kleine Vorlagen, erste Beratung des Gesetzes, betreffend die Pflichtfortbildungsschulen. Schluß 6¹/₂ Uhr.)

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.
Die Budgetkommission tagte am Montag den ganzen Tag, um die Staatsberatung zu Ende zu führen. Beim Etat des Auswärtigen Amtes brachte Abg. Seebauer die Ausweisung eines russischen Staatsbürgers zur Sprache, der seit 43 Jahren in Berlin wohnte, dort auch die Schule besucht hat und ohne jede Veranlassung ausgewiesen worden ist. Der Ausgewiesene war selbständiger Geschäftsmann und gehörte zu den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft. Auf Veranlassung des Polizeikommissars vom 115. Revier wurde der Mann auf der Straße verhaftet, sechs Tage gefangen gehalten und dann, ohne daß er Zeit hatte, seine geschäftlichen Angelegenheiten zu ordnen, nach Rußland ausgeliefert, wo er jetzt noch in Haft ist. Der Mann hat sich politisch niemals betätigt und Strafen wegen bürgerlicher Vergehen nie erlitten. Der Rechtsanwalt hatte den Mann völlig in Stich gelassen. Abg. Seebauer forderte, daß das Auswärtige Amt beim Polizeipräsidium nähere Erkundigungen über den Vorfall einholt und event. Abhilfe schafft. Die Angelegenheit wird noch im Plenum zur Sprache kommen.

Für den Geheimfonds des Auswärtigen Amtes werden 1,8 Millionen angefordert. Das Zentrum beantragt, die Summe zu spezialisieren. Abg. Scheidemann wendet sich scharf überhaupt gegen jeden Geheimfonds, die Summe wird aber mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen, mit Ausnahme des Abg. Elshoff, bewilligt. In der Debatte über das Auswärtige Amt vertritt Abg. Hecker den Standpunkt, daß der Reichstag sich nicht in die auswärtigen Angelegenheiten einzumischen habe, gegen welche Auffassung die Sozialdemokraten lebhaften Einspruch erhoben. Der Reichstag habe im Gegenteil eine große Verantwortung auf sich, daß er das Reichsamt der auswärtigen Angelegenheiten immer erst ganz zum Schlusse der Staatsberatung behandle. Beim Pensionsfonds, der die Summe von 14,5 Millionen erfordert, gab es eine längere Aussprache über die zahlreichen und hohen Pensionen im Bereiche der Militärverwaltung. Die Regierung wurde zu sparsamerer Wirtschaft aufgefordert.

Der Staatssekretär Bermuth gibt bekannt, daß neue Bestimmungen über die Gewährung von Veteranenbeihilfe ausgearbeitet worden sind und daß den Veteranen 5 Millionen aus der Wertzuwachssteuer zugute kommen sollen. Die Sozialdemokraten beantragten 1.400.000 R. zur Unterstützung arbeitsloser Tabak- und Zündholzarbeiter in der Ost einzugießen; der Antrag wird vom Abg. Geher begründet. Bermuth bestreitet, daß in der Tabakindustrie noch eine besondere Notlage vorhanden sei. Viele Arbeiter hätten übrigens zu unrecht die Unterstützung bezogen. Das Zentrum lehnte eine weitere Unterstützung der Tabakarbeiter ab, für die nur noch die Rationalisierungs- und die Freisinnigen eintreten. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen und die des Freisinnigen Dohrn wurde der sozialdemokratische Antrag, eine Million für die Tabakarbeiter zu bewilligen, abgelehnt. Gegen die durch den Abg. Geher begründete Forderung, 400.000 R. für die arbeitslosen Zündholzarbeiter zu bewilligen, führte Staatssekretär Bermuth aus, daß nur noch 25 Arbeiter brotlos seien. Abg. Pichler (Z.) meint, die Zündholzarbeiter wollen gar keine Unterstützung vom Reich. Abg. Geher bemerkt demgegenüber, daß man den Arbeitern für die erlittene Not sehr wohl eine Unterstützung gewähren könne. Der sozialdemokratische Antrag wurde indessen mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Soziales.

Reichskonferenz der Krankenkassen Deutschlands.
Am Sonntag tagte in Berlin eine Reichskonferenz der Krankenkassen Deutschlands, um zu dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Vertreten waren 43 Verbände durch 60 Delegierte aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die im ganzen etwa 8 Millionen Versicherte vertreten. Herr Endow referierte über die Abänderungsbeschlüsse der Reichstagskommission zum 1. Buch der Reichsversicherungsordnung und über das Einführungs-gesetz, Ab. Kohn über die Abänderungsbeschlüsse zum 2. Buch der Reichsversicherungsordnung, Jul. Brändorf über die Abänderungsbeschlüsse zur Reichsversicherungsordnung bezüglich der Arzt- und Apothekertarife und Gustav Bauer über die Abänderungsbeschlüsse zum 6. Buch der Reichsversicherungsordnung sowie über die Hinterbliebenenversicherung und das Heilverfahren. Sämtliche Diskussionsredner und alle Referenten waren einig darin, daß die von der Reichstagsmehrheit ausgearbeitete Reichsordnung die Abtötung des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten völlig beseitige. Für alle wichtigen Entscheidungen im Vorstand soll bekanntlich nach dem Beschluß der Kommission getrennter Kapazitätsbeschlüsse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verlangt werden. Wenn dieser Beschluß mit doppeltem Votum nicht zustande kommt,

dann soll die Bureaokratie, das Versicherungsamt oder das Ober-Versicherungsamt, entscheiden.

Den breitesten Raum in der Debatte nahm ein Vorschlag ein, nunmehr in Konsequenz der Kommissionsbeschlüsse, die den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Gleichberechtigung in den Kreisen geben, auch die Halbierung der Beiträge zu fordern. Eine Reihe von Delegierten bekämpfte den Antrag aus prinzipiellen Gründen, und er wurde schließlich gegen eine große Minderheit abgelehnt.

Die Zeit bis zum Beginn der zweiten Lesung im Plenum soll durch eine lebhafteste Agitation ausgenutzt werden. Der geschäftsführende Ausschuss der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen erläßt ein Flugblatt, in dem auf die wesentlichen Abänderungen der Reichsversicherungsordnung, deren Bestimmungen und Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Krankenversicherungsgesetz hingewiesen wird. Die Krankenkassenvereine im Deutschen Reich soll für die Verbreitung des Flugblattes unter den angeschlossenen Krankenkassen sorgen. Weiter wird eine kleine Schrift herausgegeben, in der alle Verschlechterungsbeschlüsse zusammengestellt sind. In der Zeit vom 18.—29. April sollen im ganzen Deutschen Reich an allen Orten Versammlungen von Krankenkassenmitgliedern und Arbeitgebern abgehalten werden, um gegen die Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Zu diesen Versammlungen sollen auch die Reichstagsabgeordneten der betr. Kreise eingeladen werden. Alle Versammlungen sollen eine gleichlautende Resolution annehmen, die dem Reichstag überhandt wird. Schließlich soll am Sonntag, den 20. April, also unmittelbar vor Beginn der zweiten Lesung im Plenum des Reichstages, in Berlin ein allgemeiner Krankenkassenkongress abgehalten werden. Die für diesen Kongress in Aussicht genommene Tagesordnung lautet:

1. Die Reichsversicherungsordnung.
2. Die Familienversicherung als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrisen.
3. Praktische Verwaltungsfragen.

Die Vertreter des Vorklages der Halbierung der Beiträge, die auf der Konferenz unterlegen sind, stellen in Aussicht, daß sie ihre Forderung auf dem Kongress von neuem vertreten werden.

Schuhmannsdröde bei Woch- und Schließgesellschaften.
Der Wächter Brändlein klagte vor dem Gewerbegericht (Kammer 8) gegen die Woch- und Schließgesellschaft vorm. Kradtke auf Herauszahlung seiner restlichen Kautions von 7 R. 3 M. hatte sich Dr. schon für die Hofe in Abzug bringen lassen. Von den restlichen 7 R. sollte ein Teil für Beschädigung des Mantels bezogen. Uniformdröde in Abzug kommen. Drei Zeugen bezeugten, daß Dr. sich eigentlich hätte schämen müssen, mit einem derartigen schlechten Kleidungsstück auf die Straße zu gehen. Da der Vertreter der beklagten Firma den Kod zum Termin am letzten Sonntagabend mit zur Stelle hatte, konnte sich das Gericht von der „Güte“ desselben überzeugen. Der Vertreter der Firma erklärte auf Befragen, daß diese (wie einige andere Firmen) „ausgediente“ Schuhmannsdröde aufkaufe und ihren Wächtern zur Benutzung übergebe. Der „ausgediente“ Schuhmannsdröde hatte aber schon demnach ausgedient, daß das Gericht einmütig einen Kautionsabzug ablehnte und die Firma zur Herauszahlung der 7 R. verurteilte. — Bei dieser Gelegenheit kam auch zur Sprache, daß der Wächter Dr. einmal ununterbrochen 62 Stunden Dienst machen mußte. — Ob die Polizeibehörde die ausgedienten Röde zu solchen Zwecken verkauft? Das sollten jedenfalls nur Fußlappen werden, denn wenn ein Schuhmann einen Kod abgibt, hat er als solcher nach unserer Ansicht wirklich „ausgedient“.

Ländliche Wohnungsverhältnisse.
Ein bezeichnendes Licht auf die Praxis der agrarischen Sittlichkeitsreformer werfen oft die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande. So schlafen beim Hofbesitzer H. Meyer in Saarfurt (Kreis Uelzen) in einer 3/4 Meter breiten und 4 Meter langen Kammer 16 (sechzehn) polnische Arbeiter (Frauen, Vurschen und Mädchen). Die Stube für diese 16 Leute ist 3 mal 4 Meter, die Küche 3 mal 3 Meter und der Raum, der zur Aufbewahrung ihrer Sachen dient, 2 mal 2 Meter groß.

Gerichts-Zeitung.

Vom Jugendgericht.
Die dringend notwendig eine gründliche Reform der Strafprozessordnung, namentlich in bezug auf eine besondere gerichtliche Behandlung jugendlicher Angeklagter ist, lassen auch die Zahlen über die bei dem Charlottenburger Jugendgericht im letzten Jahre ergangenen Urteile erkennen.

Von 222 Straftaten, welche den Grund zur Anklage bildeten, entfielen 114 Fälle auf Diebstahl. Ob es sich dabei um schwere Straftaten oder um kindlichen Leichtsinns oder Uebermut handelte, lassen die Mitteilungen nicht erkennen. 18 Fälle betrafen Polizeiverletzungen, 18 Unterdrückungen, 13 Körperverletzungen und wiederum 13 Uebertretungen der Fortbildungsschulverordnungen. Einen politischen Einschlag hatten 2 Fälle wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, während man hinter den einen Straffall: „Aufscheidung gegen die Amtsgewalt“ wohl mit Recht ein Fragezeichen setzen darf.

Zur gerichtlichen Entscheidung kamen 205 Fälle, von denen 43 mit einem Freispruch erdient, während in 54 Fällen den jugendlichen Angeklagten ein Beweis erteilt wurde. 28 Mal wurden Geldstrafen, viermal Haftstrafen verhängt und in 78 Fällen wurde auf Gefängnisstrafen erkannt. Und zwar betragen die letzteren in 41 Fällen 1 Tag bis zu einer Woche, in 29 Straffällen eine Woche bis zu einem Monat, in 7 Fällen bis zu 5 Monaten und einmal über fünf Monate. Von den 217 Jugendlichen, die angeklagt waren — 5 waren doppelt Straftaten bezichtigt —, waren 15 vorbestraft, von denen noch drei schulpflichtig waren.

Von den Angeklagten standen 89 im Alter von 12—14 Jahren, 68 waren 14—16 Jahre und 110 über 16 Jahre alt. Von den angeklagten nicht schulpflichtigen Knaben waren 39 als Arbeitsburschen, 5 als Lehrlinge beschäftigt, während die übrigen sich auf die verschiedensten Berufe verteilten. Die Mädchen waren in 11 Fällen als Arbeiterinnen tätig, 10 waren im Dienst, andere im Hause der Eltern oder als Verkäuferinnen beschäftigt, während 27 noch die Schule besuchten.

Die wichtigste Aufgabe ist nun, für die jugendlichen Verurteilten auch noch nach Verbüßung ihrer Strafe zu sorgen. Leider beurteilt unser heutiges Strafrecht einen Jugendlichen für seine Straftaten so hart wie den Erwachsenen. Nicht einmal eine bedingte Verurteilung existiert für die Jugendlichen, sondern im günstigen Falle wird die bedingte Verurteilung angewendet. Um so notwendiger ist es, durch eine weitere ernste Fürsorge für diese Jugendlichen, die zumeist nur das Opfer ihrer mangelhaften Erziehung und elenden wirtschaftlichen Verhältnisse sind, tätig zu sein. Die berüchtigte preussische Fürsorgeerziehung ist aber zur Erreichung dieses Zieles das allerungeeignete Mittel, sondern in erster Linie muß man das Kind in der Familie lassen, und es muß beständig auf die Eltern und deren wirtschaftliche Verhältnisse eingewirkt werden.

Es ist von Interesse, daß sich auch der Vorstehende des Charlottenburger Jugendgerichts in einem jüngst gehaltenen Vortrag in diesem Sinne aussprach und dabei hervorhob: Erites Bestreben in der Jugendfürsorge muß natürlich sein, den Bestand der Familie zu erhalten, kein Kind aus ihr herauszunehmen; dieses darf erst das letzte sein, wenn alle anderen Mittel versagen. Vorher aber ist es auf andere Weise zu versuchen. Und da kommt es darauf an, sich immer vor Augen zu halten, daß häufig nicht böser Wille der Eltern vorliegt, der bekämpft werden muß, sondern mangelnde Einsicht, wirtschaftliche Kollage, Krankheit mit ihren Folgeerscheinungen sind es, die häufig die Tatkräft lähmen. An der Jugendfürsorge, die leider, trotz der Forderung unserer Genossen in der Stadtverordnetenversammlung, nicht von der Stadt übernommen, sondern einem Privatverein überlassen wurde, den die Stadt mit einigen Tausend Mark unterstützt, sind jetzt 57 Personen beteiligt. Es ist zu wünschen, daß sich auch Angehörige der Arbeiterschaft an diesen Arbeiten beteiligten; denn es sind ja die Kinder der ärmeren Klassen, denen diese Fürsorge zu widmen ist.

Polizeikampf gegen eine Zeitungsfrau.

Am 7. März berichteten wir, daß die Zeitungshändlerin Meta Fuchs in neun Fällen, wo sie vom Schöffengericht freigesprochen war, von der Strafkammer wegen Einnehmens einer festen Handelsstelle verurteilt worden ist. Im Gegensatz zum Schöffengericht und zur gefundenen Logik hat die Strafkammer angenommen, daß Frau Fuchs an der Ecke der Invaliden- und Chausseestraße zwar fortwährend hin- und herging, aber doch eine feste Handelsstelle einnahm. Inzwischen hat die Polizei ihren Kampf mit Strafmandaten gegen Frau Fuchs fortgesetzt. Dreißig neue Strafverfügungen der Polizei hat Frau Fuchs schon wieder in Händen. Die Frau, die bereits 62 Jahre alt ist und sich durch den Zeitungsverkauf kümmerlich ernährt, setzt auch ihrerseits den Kampf für ihr Recht fort, der wohl in diesem Falle gleichbedeutend ist mit dem Kampf für die Erhaltung ihrer ohnehin recht dürftigen Existenz. Frau Fuchs führt in allen Fällen richterliche Entscheidung herbei. Gestern waren es fünf Fälle dieser Art, über welche die 142. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte zu entscheiden hatte. Sieben Schupleute traten als Zeugen gegen die Zeitungsfrau auf, um auszusagen, daß die Frau hin- und herging, aber nur eine so kurze Strecke, daß sie noch polizeilicher Anschauung eine feste Handelsstelle eingenommen habe. Frau Fuchs berief sich darauf, daß alle Berliner Zeitungshändler den Verkauf in derselben Weise betreiben wie sie und daß die von der „B. Z. am Mittag“ angestellten Zeitungsverkäufer vom Verlage angewiesen sind, sich täglich von 1—1/4 Uhr an bestimmten Plätzen aufzuhalten und dort ihre Zeitungen feilzubieten und daß sie dazumit von Angestellten der „B. Z.“ kontrolliert werden. Das wurde von einem Kontrolleur der „B. Z.“, den Frau Fuchs als Zeugen geladen hatte, bestätigt. Frau Fuchs sah es als eine Schikane an, daß gerade sie mit Strafanzeigen verfolgt wird, während in allen Gegenden der Stadt in ganz derselben Weise ungehindert gehandelt werden kann. — Das Gericht sprach in allen Fällen die Angeklagte frei. Es stellte sich auf den einzig richtigen Standpunkt: Wer sich ständig hin und her bewegt, nimmt keine feste Handelsstelle ein.

Noch ein sechster Fall wurde gegen Frau Fuchs verhandelt. Diejenige folgender Tatbestand zugrunde: Als sich Frau Fuchs auf kurze Zeit von der Straße entfernen mußte, da sie eine gerade vorüberkommende Bekannte, Frau Pitera, auf ihren Zeitungsfeld, der in einer Türnische stand, Obacht zu geben. Frau Pitera tat das. Als gleich darauf ein Kunde der Frau Fuchs hertrat und eine Zeitung verlangte, verkaufte ihm Frau Pitera eine solche. Die Frau — sie ist 72 Jahre alt — ahnte wohl nicht, daß sie damit etwas Unerlaubtes getan habe. Aber das Auge des Gesetzes wachte. Sofort trat ein Schuhmann aus Frau Pitera zu mit den Worten: „Sie verkaufen hier Druckschriften, haben Sie dazu Erlaubnis?“ Zu aller Harmlosigkeit holte nun Frau Pitera den polizeilichen Erlaubnischein der Frau Fuchs, der unter den Zeitungen im Korbe lag, herbor und zeigte ihn dem Schuhmann. Die Folge war eine Anzeige wegen unbefugten Handels gegen Frau Pitera, und gegen Frau Fuchs wurde Anklage erhoben, weil sie ihren Erlaubnischein der Frau Pitera übergeben hatte. — Das Gericht überzeugte sich, daß Frau Pitera, gegen die das Verfahren noch schwebt, ohne Zutun der Frau Fuchs den Schein vorgezeigt hatte. So wurde Frau Fuchs auch in diesem Falle freigesprochen.

Erhebend wirkt es gerade nicht, wenn man sieht, daß die Polizei wegen einer Lappalie eine so anhaltende Tätigkeit gegen eine arme Zeitungsfrau entfaltet. Würde die Polizei nur halb so viel Eifer, wie sie gegen Frau Fuchs bekundet, zur Ermittlung der Mägen des Arbeiters Hermann aufwenden, dann müßten diese längst ermittelt und zur Rechenschaft gezogen sein.

Berliner Rahtwach- und Schließgesellschaft.
Ein auf schwindelhafter Basis gegründetes Unternehmen, welches unter einem ähnlich klingenden Titel der Berliner Woch- und Schließgesellschaft Konkurrenz zu machen beabsichtigte, gab die Veranlassung zu einer Anklage wegen Betruges, Urkundenfälschung und Unterdrückung und Unterschlagung, welche in einer zweitägigen Sitzung die 2. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt war der Kaufmann Artur Haselmann und der Akquisiteur Ernst Schumann. — Die beiden Angeklagten, welche bei der Schneiderschen „Berliner Woch- und Schließgesellschaft“ als Akquisiteure angestellt gewesen waren, kamen eines Tages auf die Idee, ein ähnliches Institut zu gründen und in ihrer Stellung erlangten Verbindungen zu einem Konkurrenzmandat zu verwenden. Einen Geldmann fanden sie bald in der Person eines Kaufmanns Paul Hag, der dann später Geschäftsführer der neugegründeten „Berliner Rahtwach- u. Schließgesellschaft“ wurde. Schumann ging dann in der Uniform der Berliner Woch- und Schließgesellschaft auf Abonnementfang aus. Es gelang ihm, mehrere Firmen zum Abonnement zu verleiten, da diesen vorgezeigt wurde, es handle sich um die bekannte erste Gesellschaft. Diesen Schwindel unterführte Schumann noch dadurch, daß er Vertragsformulare der Berliner Woch- u. Schließgesellschaft verwendete. Ein derartiges Formular wurde von Haselmann mit dem Namen „Erdmann“, dem Mädchennamen seiner Ehefrau, unterschrieben. Die „Bureauräume“, die angeblich in der Göbenstraße sich befinden sollten, bestanden in einem Zimmer in der Privatwohnung des Haselmann in der Gothenstraße in Schöneberg. — Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagte für überführt und beantragte, da derartige Schwindelgründungen als direkt gemeingefährlich zu bezeichnen, gegen Haselmann 1 1/2 Jahre und gegen Schumann 1 1/2 Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Haselmann auf 6 Monate und gegen Schumann auf zwei Monate Gefängnis.

Verfammlungen.

Protestversammlung gegen das Kurpfuschergesetz.
In einer im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltenen Versammlung nahmen auch die Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe auf das scharfste Stellung gegen die Gesetzesvorlage gegen die Kurpfuscherei und gegen die Schädigungen, welche die Annahme dieser Vorlage für die graphischen Berufe im Gesolge haben würde. Genosse Dr. Behl hielt das einleitende Referat über die Vorlage. Seitdem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich ein Referat von Hag an, der die Ausführungen des Vorredners nach der fachtechnischen Seite ergänzte. Hinweisend auf die große Abhängigkeit der graphischen Branchen von dem Prosperieren der Kasse schilderte er die aus der ganzen politischen Lage der letzten Jahre sich ergebenden Bedrückungen unseres Berufes durch die Jollpolitik und die sich daraus ergebenden Handelsverträge. Die Ausführungen wurden ständig erwidert, nach einzelnen Ländern unmöglich gemacht. Dazu kamen die häufigen Reumäßigungen durch den Entwurf der Posttarifsteuer 1906, die Posttarifsteuer 1909, welche aber dank der energischen Proteste wieder in der Versenkung verschwinden mußten. Ferner haben die Tabak- und Zündholzsteuer durch die Verschärfung der Ausfuhrungen und viel Arbeitslosigkeit gebracht. Im vergangenen Jahre wogte sich das mit unseren Erzeugnissen förmlich überschwemmte Amerika durch einen Zolltarif mit exorbitant hohen Sätzen gegen einen weiteren unerlösten Absatz unserer Waren. Und kaum hatte sich das graphische Gewerbe einigermaßen mit dieser traurigen Sachlage abgefunden, da kommt die Regierung mit diesem Entwurf, der wiederum geeignet ist, einen Teil der Kollegenlosigkeit brotlos zu machen. Durch das Verbot des freihändigen Verkaufs vieler medizinischer und chirurgischer als auch durch die eigenartige Auffassung der Fernbehandlung gehen den graphischen und anderen Branchen ein großer Teil der Ausfuhrungen dieser Waren, deren jährlicher Gesamtwert 30.000.000 R. beträgt,

verloren. Würde die allgemeine Volksgesundheit Maßnahmen im Sinne der Regierungsvorlage erfordern, so würden die Angehörigen der großhändlerischen Berufe sich keinen Moment dagegen sträuben. Sie haben aber keine Veranlassung, zugunsten einer geldhungrigen Kasse auf Brot und Arbeitsgelegenheit zu verzichten. Wegen dieser Vorlage haben sich auch die Unternehmer und die in Betracht kommenden Handelskammern usw. geschlossen gebündelt. Aber gerade die Stellungnahme der Unternehmer, welche dort, wo sie in der Lage wären, für allgemeine Berufsinteressen tätig einzutreten — in den Parlamenten —, jede Gelegenheit benutzen, um sich gegen die Arbeiterkraft zu wenden, sollte die großhändlerischen Arbeiter erst recht veranlassen, sich immer härter politisch und gewerkschaftlich zu betätigen und damit diesem Treiben einen Damm entgegenzusetzen. Auch diesen Ausführungen wurde starker Beifall gezollt.

Nach einer kurzen Diskussion, in der Sillier nochmals einen kurzen Überblick über die Verhältnisse in den letzten Jahren gab, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe fordert nach Anhören von zwei sachmännischen Referenten über die Gesetzesvorlage gegen Kurpfuscherei die Ablehnung der Regierungsvorlage vom Standpunkt der allgemeinen Interessen der Volksgesundheit.“

Die Versammlung vertritt diesen Standpunkt um so mehr, als die Vorlage in ihren §§ 5-8 auch die Interessen des Klein- und Handwerks bedroht.

Sie erachtet die bestehenden Gesetze gegen Schwindel, Betrug und unlauteren Wettbewerb für ausreichend, die bestehenden Verhältnisse im Handwerksberufe zu treffen.“

Zentralverband der Schuhmacher. Die Jahrestelle Berlin hielt am Mittwoch bei Doerfer in der Weberstraße eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Genossen Reumann über die wirtschaftliche Seite der Alkoholfrage, der allgemeinen Beifall fand. Sodann stand der Jahresbericht für 1910 zur Diskussion, der in einer 82 Seiten starken Broschüre gedruckt vorliegt. Der Geschäftsjahr lag auch im verflochtenen Jahre sowohl in der mechanischen Schuhindustrie wie auch in der Schuhbranche noch viel zu wünschen übrig, wenn auch die Arbeitslosigkeit nicht so groß war wie 1909. Ein günstiger Geschäftsjahr herrschte im Berichtsjahre nur in der Schuhindustrie. Wie es im allgemeinen mit dem Mangel an Arbeitsgelegenheit in diesem und dem vorhergehenden Jahre bestellt war, zeigen die folgenden Zahlen, wenigstens soweit die Mitglieder der Jahrestelle in Frage kommen. Im Jahre 1909 erhielten 1009 Mitglieder für 18.005 Tage 18.951,20 M. Arbeitslosenunterstützung, im Jahre 1910 637 Mitglieder für 8823 Tage 11.651,10 M. Hierzu kommen noch im verflochtenen Jahre 1258,10 M. Arbeitslosenunterstützung aus der lokalen Zuschußliste. Kronenunterstützung wurde 1909 an 613 Mitglieder für 14.915 Tage 14.203,56 M. gezahlt; 1910 waren es an 618 Mitglieder für 14.067 Tage 13.427,56 M.

Innerhalb der Organisation herrschte im verflochtenen Jahre reges Leben, und die Agitation wurde ebenfalls mit großem Eifer betrieben, was schon daraus herborgeht, daß nicht weniger als 432 Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen abgehalten wurden. Die Mitgliederzahl ist von 2504 auf 2686 gestiegen. Leider ist die Situation innerhalb der Mitgliedschaft immer noch ziemlich groß. Aus den Berichten der einzelnen Branchen ist zu entnehmen, daß in der mechanischen Schuhindustrie bei einem Teil der Arbeitgeber die Ängste herrschen, die Arbeiter kurz vor Weihnachten zu entlassen, angeblich, um die Zeit bis Neujahr zur Inventur zu benutzen, obgleich es sich meist um verhältnismäßig kleine Betriebe handelt, wo die Inventur ohne viel Umstände leicht erledigt ist. Offenbar ist es manchem dieser Fabrikanten nur darum zu tun, für diese Zeit die Kosten der Kranen- und Invalidenversicherung von sich abzuwälzen. In nicht wenigen Fällen wird aber auch die Gelegenheit obendrein dazu benutzt, Arbeiter, die sich mißliebiger gemacht haben, zu mahrgen. Mit dem Verband der Berliner Schuhfabrikanten ist es infolge eines Streiks bei der Firma Jacobs & Söhne zu Verhandlungen gekommen, wobei die Fabrikanten die Auffassung vertreten, daß zwischen den Organisationen beider Parteien bestimmte Abmachungen getroffen werden sollten, um, bevor zu irgend welcher Arbeitsminderung gegriffen wird, die vorliegenden Streitigkeiten einer Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Untersuchung und Schlichtung zu überweisen. Die Vertreter der Arbeiter hatten hiergegen grundsätzlich nichts einzuwenden, äußerten jedoch, daß derartige bindende Abmachungen wohl ein Vertragsverhältnis zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Voraussetzung hätten. Zu bindenden Vereinbarungen führten die Verhandlungen nicht. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten sich zu weiteren Verhandlungen gern bereit. Ferner wurde mit dem Fabrikantenverbanden Herrn Borinski über die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises gesprochen, wobei jedoch ebenfalls ein praktisches Ergebnis nicht herauskam. An den Streiks des verflochtenen Jahres war die mechanische Schuh-

industrie in 9 Fällen beteiligt, an den Bewegungen ohne Arbeitsniederlegung in 8 Fällen. Meist handelte es sich um Lohnstreiks, in mehreren Fällen auch um Mahrgelungen. Lohnstreiks sind eine ständige Erscheinung in den Schuhfabriken. Das beruht hauptsächlich darauf, daß fortlaufend Neuerungen in der Maschinentechnik eingeführt werden, und die Fabrikanten die Akkordfrage dann ein gut Teil mehr herabzubringen suchen, als es die verbesserte Arbeitsmethode rechtfertigen könnte. In der Ballschuhbranche fand eine allgemeine Lohnbewegung statt, die sich auf 21 Betriebe erstreckte und ohne Arbeitsniederlegung zu gutem Erfolge führte. Es wurden auf die verschiedenen Artikel 5 bis 10 Proz. Lohnhöhung erzielt, und namentlich wurden auch die Akkordfrage für die am schlechtesten bezahlten Massenartikel aufgebessert. Es kamen dabei 300 Schuhmacher in Betracht. Infolge dieser Zahl von Gehilfen war an der Lohnbewegung in der Schuhbranche bei den Kleinmeistern und in den Besohls- und Reparaturwerkstätten beteiligt. In 206 solcher Kleinbetriebe mit 802 Gehilfen wurde die Anerkennung des neuen Tarifs ohne Streik erreicht. Weitere 62 Gehilfen traten in den Streik. Inzwischen hat die Bewegung weitere Fortschritte gemacht, so daß jetzt in 300 Werkstätten zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird.

Im ganzen waren im verflochtenen Jahre an den Streiks 328, Gehilfen und 28 Arbeiterinnen beteiligt; an den Bewegungen ohne Streik 948 Gehilfen und 88 Arbeiterinnen. Die Streiks hatten für 78 Personen Lohnhöhung, für 20 Abwehr von Lohnherabsetzungen zur Folge. Durch die streiklosen Bewegungen erzielten 752 Personen Lohnhöhung, 18 Abwehr von Lohnherabsetzung, 350 Verkürzung der Arbeitszeit. Die Streiks erforderten 5021,65 M. Ausgaben.

Die Jahresabrechnung schließt für die Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 68.735,90 M. ab. Eingesandt wurden an die Hauptkasse 18.382,21 M. Die Einnahmen der Lokalkasse waren, den alten Bestand mitgerechnet, 30.574,17 M., die Ausgaben 21.405,82 M. Die Zuschußliste hatte 8098,50 M. Einnahmen und 1870,12 M. Ausgaben zu verzeichnen. Die gesamten reinen Einnahmen der Jahrestelle beliefen sich auf 84.081,42 M., die Ausgaben auf 66.213,63 M. Für die verschiedenen Unterstützungsabteilungen wurden im Berichtsjahre 34.971,01 M. ausgegeben.

Von der Bibliothek wurden 576 Bände ausgeliehen, so daß im Berichtsjahre jedes fünfte Mitglied die Bibliothek einmal in Anspruch nahm. — In dem Jahresbericht werden ferner die Ergebnisse der zu Anfang des Jahres 1910 aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schuhmachergewerbe Berlins mitgeteilt, über die der „Vorwärts“ bereits in seiner Nr. 290 von 1910 berichtet hat.

Zu dem gedruckten Bericht gab der Bevollmächtigte Hamann mündlich eine Reihe Ergänzungen und Erläuterungen. Es folgte dann eine rege Diskussion, in der jedoch Einwendungen gegen den Bericht nicht erhoben wurden. Ein Antrag, wonach der Vorstand auf eine Abkürzung des Trinkzwanges bei Sitzungen und Versammlungen durch direkte Entschädigung der Birne hinzuwirken soll, wurde dem Vorstand zur Verächtlichung überwiesen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin, hielt am Donnerstag eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche zunächst den Bericht über das dritte Vierteljahr 1910 und über das Geschäftsjahr 1910 entgegennahm. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Klassenverhältnisse sehr günstige sind, auch die Zahl der Mitglieder hat in der Berichtszeit eine beträchtliche Steigerung gehabt. Das Verbandleben war im dritten Vierteljahr 1910 außerordentlich reger. Neben den regelmäßigen Bezirksversammlungen fanden 5 öffentliche Versammlungen, die die Forderungen der Handlungsgehilfen propagierten sowie 3 Betriebsbesprechungen mit den Angestellten der Victoria, des Warenhauses A. Wertheim und der Konsumgenossenschaft. Die Wechselhaltung des für die Kaufmannsgerichtswahlzeit erhöhten Ortsbeitrages wurde gegen nur wenige Stimmen beschlossen. Hierzu fand die Kommittee zur Ortsverwaltung statt. Zum 1. Bevollmächtigten wurde Fritz Schmidt, zum 2. Bevollmächtigten Andresen, zu Schriftführern wurden Gröndorff und Margarete Selner, zu Delegierten für die Gewerkschaftskommission Urban, Grete Neutel und Weinberg gewählt. Die in den Bezirken gewählten Bezirksführer wurden sodann bestätigt. Ferner fand in Sachen der Privatbeamtenversicherung eine Entschliebung einstimmige Annahme, welche den Vorschlag der Regierung als völlig unzulänglich bezeichnet und erneut den Ausbau der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fordert.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Aus der Frauenbewegung.

Frauen-Wahlrechtsversammlung in Mariendorf.

In einer gut besuchten öffentlichen Frauenversammlung referierte am letzten Sonntag bei Löwenhagen Genossin Matzke unter Beifall über das Thema: „Warum fordern wir das Frauenwahlrecht?“ Im Schlußwort unterstürzte Genossin Fejerich die

Ausführungen der Referentin und forderte zum Eintritt in den Wahlverein auf. Die Resolution vom 19. März wurde angenommen. Viele Frauen erklärten ihren Eintritt in den Wahlverein.

Für das Frauenstimmrecht

erklärte sich kürzlich in drei Staaten der nordamerikanischen Union, in Iowa, Michigan und Montana, eine Majorität in den Staatsparlamenten, und zwar in beiden Häusern der Parlamente. Die Majoritäten waren aber nicht stark genug, um die von den Freunden des Frauenstimmrechts gewünschte Forderung der Verfassungen der Staaten einzutreten zu lassen. Die Frauen werden weiter kämpfen müssen, um die Reste der noch bestehenden Vorurteile zu besiegen; der Erfolg in den Parlamenten wird ihnen dabei von großem Nutzen sein.

Beseabend.

Brü-Budow. Heute abend 7/8 Uhr findet bei M. Menisch, Rudow, im Saal des Hannemannstr. der Frauenleseabend statt.

Aus aller Welt.

Schneestürme und Unwetter.

Der sehnlich erwartete Frühling scheint sich schlecht einzuführen. Winterliche Kälte statt lockenden Sommers. Schneegestöße statt Frühlingspracht. Seit 48 Stunden herrscht im gesamten Schwarzwald ein gewaltiges Schneetreiben bei 4 Grad Kälte. Der Schnee liegt teilweise einen Meter hoch. Um den Verkehr aufrecht zu erhalten, mußte der Wagenschlitten eingestellt werden. In der Eifel, am Hundsrück und im Moseltal schneit es seit vorgestern und gestern bei heftigem Sturm ohne Unterlaß.

Auch aus dem nördlichen und östlichen Frankreich werden starke Schneestürme gemeldet. Bei Belfort haben die Schneestürme zahlreiche Telegraphenbrüche zerrissen. Die Verbindungen mit Deutschland sind teilweise gestört.

Kleine Notizen.

Rettung aus Seenot. Die Rettungsstation Cuxhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat am Sonntag von Bord des gestrandeten Schiffes „Anna“ zwei Personen gerettet.

Schweres Touristenunglück. Auf einer Skitour in den Stiermärker Alpen wurden drei Wiener Touristen in einer Höhe von 1600 Metern von einer Schneelawine verschüttet. Mehrere andere Mitglieder der Touristengesellschaft mußten, ohne Hilfe bringen zu können, das Schicksal ihrer Kameraden mit ansehen. Es ist zu befürchten, daß die drei ihren Tod gefunden haben.

Kleiner Münzenfund. Bei Ausgrabungsarbeiten unweit des Ortes Saini Vrelade in Jexen stießen Erdarbeiter auf eine Reihe großer Gefäße mit Goldmünzen. Der Sammlerwert des Münzenfundes wird auf 6 Millionen Mark geschätzt.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Wahre Jacob“ hat seine neueste Nummer unter dem Spezialtitel „Der deutsche Jodel“, Probenummer eines Zentrumsorgans erschienen lassen. Der ganze Inhalt der Nummer ist daher der Zentrums-politik gewidmet.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und soeben Nr. 13 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Unter Tag. — Von den Anfängen der Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz. Von Marie Walter. — Die Reichstagswahl der österreichischen Wähler. II. Von Ernst Oberholzer. — Aus der Arbeiter- und Wählerkonfession. Von m. w. — Sozialismus und Genossenschaftsbewegung. Von h. d. — Tachenerinnerungen in der Holzindustrie. Von K. — Der sozialdemokratische Frauentag in Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz. — Internationale Grüße zum sozialdemokratischen Frauentag aus Amerika und aus Indien. — Aus der Bewegung.

Mit den Beilagen für unsere Mütter und Hausfrauen und für unsere Kinder. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig.

Kunstler Marktbericht der Köpflerischen Markt-Halle-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zuliefer stark, Geschäft rege, Preise für Rindfleisch anziehend, sonst unbedeutend. Wild: Zuliefer unbedeutend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zuliefer ausreichend, Geschäft rege, Preise fest. Fisch: Zuliefer mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise fest unbedeutend. Gemüse, Obst und Gebäck: Zuliefer reichlich, besonders in Blumentohl, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Außerordentliche General-Versammlung der Pieperschen Sterbe- und Kranken-Unterstützungs-Kasse Nr. 23 zu Berlin am Dienstag, den 4. April 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Kaiserhof, Lindenstraße 8. Tagesordnung: Beschlußfassung über den Nachtragsentwurf zu den Satzungen. Der Vorstand.

Frauen-Begräbniskasse der in Schriftgildevereinen beschätt. Arbeiter Berlins. Zum 25jährigen Bestehen der Kasse. Jahres-Generalversammlung findet am Donnerstag, 30. März, abends 6 Uhr, im Lokal des Kollegen W. Zimmermann, Wilhelmstr. 2, statt. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Kassensbericht. 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Princesstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Von der Reise zurück: **Dr. med. Sternberg** Homöopathischer Arzt Turmstr. 79. 270/20*

Lesen hier! Da die große Goldbuttscherei jetzt hier angegangen ist, bin ich in der Lage, Ihnen prima lebendige, gepaarte Goldbutts zu einem Preise von 19-20 Pf. pro Hund nach Größe zu liefern. Ferner habe ich über ganz Deutschland gegen Übernahme vom Hühnerarzt J. C. Sörensen, Göttinger-Dänemark. Telegr.-Adr.: Sörensen, Fernsprecher Nr. 25.

Lege-Hühner, garantiert junge, beste Lege, empfiehlt F. Wegner, Berlin 50., Mariannenstr. 34.

1 Mark wöchentliche Teilzahlungen. Herren-Garderoben. Julius Fabian Schneidermeister Gr. Frankfurter Strasse 37, II. Eingang Strauburger Platz. II. Geschäft: Turmstr. 18 nur erste Etage, kein Laden.

Hygienische Bedarfsartikel Drogerie Zarenba. Beselbergweg 1. die. a. Rosenfelder Tel. 270/20. Billigste Bezugsquelle! Versuch! zur dauernden Zufriedenheit.

Prachtvoller Blumen-Flor wird erzielt durch Düngen mit echtem **Dr. Landmann's Blumen-Dünger.** Fachmännisch langjährig erprobt. 10 und 25 Pf. — 25 und 50 Pf. 1/2-Ritz-Zeile 1 Pf. — 2 1/2-Ritz-Zeile 3 Pf. Nur echt in Original-Verpackung in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Dr. E. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1A.

Ohne Anzahlung! liefert an jedermann **Möbel auf Kredit** bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung. **Komplette Wohnungseinrichtungen** sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Kissen, Perlen, Teppiche, Gardinen, Leib- und Bettwäsche, Stoppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner **Garderobe f. Herren, Damen, Kinder** neueste Fasson, größte Auswahl. Wochensatz v. 1 M. an **S. DORN** Alte Schönhauserstr. 3, Ecke Linienstr.

Kardinal Malz-Kaffee Ist das beste Cacaogetränk für jedermann. Magenleidenden, Herzkranken, Nervösen etc. kann er nicht warm genug empfohlen werden. Er schmeckt u. riecht angenehm, würzig u. kräftig u. ist fast überall zu haben. **Nur in roter Packung.**

Die reellsten und billigsten Möbel and Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenspreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie **A. Schulz,** Reichenberger Strasse 5. 647*

Plasmon-Cacao Bester Cacao der Welt. Erhältl. in Apotheken, Drogerien u. Nahrungsmittelgeschäften.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen Sandelholz.) **Dr. H. Unger in Würzburg.** In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Grelt-Apothek, Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/9

DICHT DACHER! auf Lauben, Restaurants etc. erzielt man durch Dachpax und Dachpaxpappen. weiß - grau - rot - grün leuchtend, garantiert wetterbeständig - streichfertig - sofort trocken - billiger als Oelfarbe. Prospekt, Muster usw. gratis. Telephone IV. 1936. **Dachpax-Ges.,** Berlin S. 61, Plan-Ufer 39.

Möbel liefert auf Teilzahlung bequem bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

Todes-Anzeigen

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
 Durch den Tod ist uns einer unserer Mitkämpfer, der Kollege
Schadrack
 von der Gassanstraße Müllerstraße entzogen worden.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kloster-Gemeinde, Müllerstr. 44/45, aus statt.
 35/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Rixdorf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bauhilfster
Hermann Scholz
 am 24. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Charité-Kirchhofes, Müllerstraße aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 80/20 Die Ortsverwaltung.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Filiale Berlin.
 Allen Kollegen zur Nachricht, daß am 21. März unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Paul Ziebarth
 im Alter von 39 Jahren an Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung in Rummelsburg, Kantstr. 1, aus nach dem Rummelsburger Friedhof, Rüdstraße, statt.
 100/2 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 Der Filialvorstand.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bruder
Friedrich Neubauer
 am 26. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 169/10 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
 (Bezirk Ost I.)
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer
Erdmann Enseleit
 am 24. März 1911 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stralauer Kirchhofes, Lunnellstraße aus statt. 137/15
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 25. d. M., erlitt ein nach langem schweren Leiden im Alter von 47 Jahren mein lieber Mann, der Schriftfeger
Karl Krömer
 um stille Teilnahme bittet die Witwe H. Krömer eb. Wandt, Berlin, Nöhlstr. 1. 9385
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Michael-Kirchhofes, Rixdorf, Wartendorfer Weg, aus statt.

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unseres Vaters und Großvaters, des früheren Gastwirts
Karl Neitmann
 allen Verwandten und Bekannten herzlichsten Dank. 9535
Die Hinterbliebenen.

Dankfagung.
 Für die vielen zahlreichen Kranzspenden und Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres guten Vaters, Schwagers, Schwiegers, und Großvaters
August Tscharniel
 sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, den Kollegen vom Konsumbau-Verein, vom Kranken- und Begräbnis-Unterstützungsverein, des Bauarbeiterverbandes, des Hilfsklub Nord-Ost Berlin, den Genossen des 4. Wahlkreises und dem Sängerkwartett, insbesondere dem Genossen Jachsch für die tröstlichen Worte am Sarge unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Bräutigams
Paul Grasse
 sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Direktion und Inspektion der Eisenbahn-Spellenwagen-Gesellschaft sowie dem Personal und Kollegen der Eisenbahn-Spellenwagen-Gesellschaft sämtlicher Bahnhöfe, ganz besonders den Turnvereinen Freie Turnerschaft Friedrichsfelde, Rummelsburg und Lichtenberg, dem Sängerkreis „Baldbrauschen“ und dem Wandolinklub „Halla“ unsern herzlichsten Dank. 26072
Die trauernden Hinterbliebenen.
Familie Grasse.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.

Mittwoch, den 29. März 1911
 in den Prachtzügen „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10 (gr. Saal):
Großer Lichtbilder-Vortrag
 „Märkische Wanderungen“, 125 farbige Kunstlichtbilder, nach eigenen Aufnahmen des Vortragenden Ferdinand Krause. 1/5
 Anfang präz. 8 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pf.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Achten Sie genau auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**
 Amt IV, 3014.

Ausstellung in Charleroi (Belgien) 1911.

Die große Ausstellung, welche Ende April in Charleroi ihre Tore öffnet, wird die Aufmerksamkeit aller derjenigen erregen, die für den Fortschritt in der ganzen Industrie Interesse haben.
 Die Lage der Ausstellung in Charleroi in einer reichen, außerordentlich dicht besiedelten Gegend, hat naturgemäß eine große Beteiligung zur Folge gehabt und wird eine große Zahl von Besuchern aus allen Ländern anziehen.
 Der Hügel, auf dem sie liegt, beherrscht die ganze Stadt. Man hat den schönsten Blick auf eine einzigartige Gegend und genießt ein großartiges und überwältigendes Schauspiel. Es bietet sich dem Besucher ein unvergleichliches Panorama von riesigen Fabriken, Eisen- und Glashütten, Eisfabriken, Hochöfen, Stahl- und Walzwerken, Bräuden usw.
 So ist die Ausstellung zu Charleroi berufen, den kolossalen industriellen und wirtschaftlichen Aufschwung einer Nation zu verherrlichen.
 Großartige Gebäude, Gärten, Attraktionen und Wasserspielenhallen werden alles auf früheren Ausstellungen Gebotene übertreffen.
 Aber ein Platz wird vollständig dazu reserviert werden, den wirtschaftlichen Aufschwung zu zeigen, und hierbei machen wir unsere Leser darauf aufmerksam, daß eine der bedeutendsten Gruppen die Ausstellung der Lebensmittel darstellt, welche einen vollkommen internationalen Charakter tragen wird. Alle Nationen: Frankreich, England, Deutschland und Holland — viele Länder haben die Bedeutung der Ausstellung schon erkannt — deren Fabrikanten und Produzenten in Belgien so reichliches Absatzgebiet haben, wollen an der Ausstellung in Charleroi teilnehmen. Sie werden dort ein günstiges Arbeitsfeld, ein ausgezeichnetes Mittel zur Ausdehnung ihres Absatzgebietes, zur Erhöhung ihres Verdienstes und ihres Umlages finden.
 Wir werden an anderer Stelle noch hierauf zurückkommen.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos Zahnziehen. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bälowsstr.) 8-7.

Robert Baumgarten

Damen-Konfektion
Engros Export
Hausvogteiplatz 11
 1. Etage (kein Laden)
 schrägüber Untergrundbahnhot (an der Jerusalem Straße)
 verkauft auch einzeln
 Paletots
 Kostüme
 Kostüm-Röcke
 Blusen
 Kimonos
 Golf-Jacketts
 Mädchen-Paletots.
 Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5% Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.



Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Adlershof und Umgegend.

Die in der Generalversammlung vom 29. November 1910 beschlossene Änderung der Beiträge und Leistungen nach Wohnstätten hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden und geben wir dieselben gemäß § 66 des Kassenstatuts in folgendem bekannt:

Für die Bemessung der Kassenleistungen und der Beiträge werden die Kassenmitglieder in 6 Klassen eingeteilt:
 1. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 2,75 bis 3,24 M. beträgt.
 2. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,25 bis 3,74 M. beträgt.
 3. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,75 bis 4,24 M. beträgt.
 4. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 4,25 bis 4,74 M. beträgt.
 5. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 4,75 bis 5,24 M. beträgt.
 6. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 5,25 bis 5,74 M. u. weniger beträgt.

Der durchschnittliche Tageslohn ist bis auf weiteres festgesetzt für die 1. Klasse 4,- M.
 2. „ 2,50 „
 3. „ 2,50 „
 4. „ 2,- „
 5. „ 1,50 „
 6. „ 1,- „

Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen 4 Proz. und zwar: für Mitglieder 1. Klasse 0,96 M.
 2. „ 0,72 „
 3. „ 0,60 „
 4. „ 0,48 „
 5. „ 0,36 „
 6. „ 0,24 „

Diejenigen, welche Mitglieder der Kasse werden, haben ein Eintrittsgeld wie folgt zu zahlen: für Mitglieder 1. Klasse 3,- M.
 2. „ 2,50 „
 3. „ 2,- „
 4. „ 1,50 „
 5. „ 1,- „
 6. „ 1,- „

Krankengeld wird bezahlt: für Mitglieder 1. Klasse 2,- M.
 2. „ 1,50 „
 3. „ 1,25 „
 4. „ 1,- „
 5. „ 0,75 „
 6. „ 0,50 „

Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse ein Sterbegeld im fünfundsamzigsten Betrage des durchschnittlichen Tageslohnes, und zwar: für Mitglieder 1. Klasse 100,- M.
 2. „ 75,- „
 3. „ 62,50 „
 4. „ 50,- „
 5. „ 37,50 „
 6. „ 25,- „

Die vorstehenden Änderungen treten mit dem 3. April 1911 in Kraft.
 272/14
Der Vorstand.
 Max Rappé, Vorsitzender.

Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet, zweifelhafte Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; bezgl. Darm (Spez. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Spulium-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Mohrenstr. 1, 8724. Vert. Rüdpr. bistr. u. Postnl. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

Blumen- und Franzbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Str. 2.

Prima Qualität

und trotzdem am billigsten... im Gebrauch nämlich!... Das gilt vom bewährten Franck-Gries.* Deshalb fordern praktische Frauen nur ihn und nichts anderes.

* mit der Kaffeemühle

Augen auf!

Wer sicher sein will, die echten **MAGGI'S Bouillon-Würfel**

zu erhalten, verlange beim Einkauf ausdrücklich **MAGGI'S Bouillon-Würfel** und achte auf den Namen **MAGGI** sowie auf die Schutzmarke **Kreuzstern**.

Kaiser's Malz-Kaffee unübertroffen das Pfund nur 25 Pf.

Kaiser's Kaffee-Geschäft, G. m. b. H.
 Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Korrespondenz-Redaktion: Albert Wags, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wied, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Den Mitgliedern, welche an den Vorträgen des Genossen Eickhorn teilzunehmen wünschen, zur Nachricht, daß dieselben jeden Mittwoch mit Ausnahme des Jahrsabends in Willes Festhallen, Sebastianstraße 39, stattfinden. Anfang abends 8 1/2 Uhr. Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Charlottenburg. Am Mittwoch, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr: Gruppenversammlung der vierten Gruppe im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Tagesordnung: Vortrag und Gruppenangelegenheiten. Der Vorstand.

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, in den Neuen Rathhäusern, Reintiger Str. 8: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie“. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Lehmann-Wiesbaden. 2. Diskussion. 3. Stellung zu den Anträgen der Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Eintrittskarten für das Theaterstück „Kasernenluft“ am 8. April in der Schloßbrauerei, Hauptstr. 122, sind vom 1. April ab nur beim Genossen R. Herter, Brunenwaldstr. 30, zu haben. Der Vorstand.

Steglitz. Heute, Dienstag, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schellhals, Hornstr. 15.

Tempelhof. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Str. 9: Solierversammlung. Vortrag des Reichstagsabg. Eufold-Friedberg: „Die gegenwärtige politische Lage.“ — Gemeindeangelegenheiten.

Wiesdorf. Jahrsabend am Dienstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Berlin, Margahner Str. 24. Die Gewerkschaftsbücher sind mitzubringen.

Berliner Nachrichten.

Samariter an der Arbeit.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin hielt am Sonntagvormittag auf dem Turnplatz Richte an der Mendelstraße in Pantow unter Leitung ihres Vorsitzenden die große Frühjahrsübung ab. Die Ungunst der Witterung hatte nicht den erwarteten Besuch gebracht, immerhin waren etwa 150 Arbeiter-Samariter zur Stelle, darunter Angehörige der fünf Abteilungen Groß-Berlins, ferner von Friedrichshagen, Spandau, Nowawes und anderen entlegeneren Vororten, besonders viele Teilnehmer am Samariterkursus, auch einige Sommer der Kolonnenbestrebungen. Der Märzwind setzte eifrig in böigen Stößen über den mitten auf freiem Felde gelegenen Turnplatz, der durch einen eingegrabenen ausrangierten Eisenbahnwagen schon von weitem kenntlich ist, und machte den Aufenthalt nicht sonderlich angenehm. Um so anerkennenswerter war es, daß die Erschienenen mit größtem Eifer und Ernst der Sache dienten. Das gar nicht nach Frühling anmutende Wetter brachte sogar den Vorteil, daß unter schwierigen Umständen, wie sie vielleicht mal der rauhen Wirklichkeit entsprechen können, gearbeitet werden mußte. Die Leitung hatte zwei größere, noch nicht gelöste Aufgaben gestellt, den Aufbau eines ziemlich großen Lazarettzeltes in ungeschützter Lage und den Verwundetentransport auf Fahrrädern. Wie eine halbentleerte Luftballonhülle bäumte sich die Zeltdecke unter dem Sturm. Es war ein hartes Stück Arbeit, sie nur von sechs Mann unter Dach und Fach bringen zu lassen, aber schon nach einer knappen halben Stunde flatterte auf der Höhe lustig im weißen Felde das rote Kreuz der Genfer Konvention. Das an allen Seiten geschlossene, mit Luftklappen versehene Zelt, auf einem Dutzend Stangen ruhend und am Boden von Stricken festgehalten, bestand seine erste Sturmprobe glänzend. Inzwischen waren zahlreichen „Verwundeten“ auf Feldbetten, Strohschütten und hoher Erde sowie in dem als Verbandstätte improvisierten Eisenbahnwagen kunstgerecht Rotverbände angelegt worden. Gebrochene Beine und Arme wurden über-raschend schnell und sicher in den verschiedensten Formen gesichert, so daß auch der penibelste Arzt seine Freude daran gehabt hätte. Andere „Verunglückte“ erhielten erst Kopp- und Kumpferverbände, manche waren als „Schwerverletzte“ am ganzen Körper bandagiert. Ohne Ausrüstung kam jeder Blessierte mit den verschiedenartigsten Transportmitteln nach dem Zelt, und die Illusion war so gut gespielt, daß man sich tatsächlich vor ein Massengruft veretzt glauben konnte, wenn nicht neben den künstlich schmerzverzogenen Mienen der Blessierten auch der Humor, um sich bei dem häßlichen Wetter die gute Laune zu erhalten, durchgebrochen wäre. Innerhalb des Zeltes hätten wir etwas mehr Ordnung gewünscht. Es waren zeitweise zu viele Personen darin, die sich im Ernstfall nur behindern. Gerade hier, an der Verbandszentrale sozusagen, wo erst der Arzt entscheiden soll, ist eine umsichtige und energische Leitung, die Reingelinge in gebührender Entfernung hält und die Träger sofort zu anderen Aufgaben entsendet, besonders geboten. Interessant waren die Transportversuche auf Fahrrädern. Je zwei und je vier Fahrräder wurden in möglichst kurzer Zeit, die bei größerer Übung vielleicht noch mehr verringert werden kann, so durch Stangen verbunden, daß auf einem darüber gelegten Brett mit und ohne Strohschütten der Verunglückte im Notverband unter aller Schonung nach dem Zelt transportiert werden konnte. Die Verbindung von vier Fahrrädern scheint uns jedoch in der Praxis etwas zu umständlich und zeitraubend zu sein. Zum Schluß schwärmten sämtliche Abteilungen aus, um Verwundete, die bald an allen Ecken des weiten Platzes lagen, aufzusuchen und zu verbinden, wobei auch die weiblichen Samariter sich hervortaten. Sogar Ueberfahrne und Verbrannte wurden gemeldet, aber wir vermehnten Ertrunkene und Erhängte. Eine Kritik des Leiters bedeutete die wohlgeungene und auch für Nicht-Samariter lehrreiche Veranstaltung. Der Zufall fügte es, daß auf der Fahrt nach Pantow einige Kolonnenmitglieder am Alexanderplatz einen wirklichen Verwundeten, der sich bei einem dort passierten Autobusunfall eine erhebliche Kopfverletzung zugezogen hatte, verbinden und nach der Unfallstation in der Reibelstraße schaffen konnten. Leider fehlten mindestens dreißig „Aktive“, die hoffentlich nur durch wichtige Dinge von der Übung abgehalten waren. Es wäre wünschenswert, daß bei der nächsten großen Übung jeder einzelne der Ausgebildeteren zur Stelle ist, damit die Ausrüsteteilnehmer bessere Direktiven haben und gleich von Anfang an alles „Klappt“. Die nächste große Feldübung im Herbst sieht vielleicht auch mal einige Herren aus dem roten Hause als Gäste, damit sie sich persönlich überzeugen,

was hier mit vorläufig noch keinen Mitteln, aber in großer Eingabe geleistet wird.

Telegraphische Glückwünsche gehen jetzt öfter als früher aus dem Rathaus in die Welt. Neulich telegraphierten Magistrat und Stadtverordnete (Kirchner und Mischelet) die Stadtvertretung Münchens an, die aus Anlaß des 90 jährigen Geburtstages ihres Prinzregenten beim Braten und Wein saßen und schickten Glückwünsche, die natürlich anstandslos erwidert wurden. Jetzt kommt die Nachricht aus dem Rathaus, daß Kirchner und Mischelet im Namen des Magistrats und der Stadtverordneten den Bürgermeister von Rom an telegraphiert haben, weil vor 50 Jahren das „ewige Rom“ zur Hauptstadt des neu errichteten Königreichs proklamiert worden ist. Man nähme in Berlin innigen Anteil an der Festfreude in Rom, wobei man der treuen Freundschaft gedenke, die beide Reiche seit ihrem Entstehen innig verbinde.

Weite Kreise der Berliner Bevölkerung werden uns zustimmen, wenn wir sagen, daß in Berlin von einer innigen Anteilnahme wenig zu merken ist. Dieses Antelegraphieren wirkt mit der Zeit direkt widerlich.

Eine Prügelei, die wir der städtischen Schulverwaltung zur Beachtung empfehlen, wird uns aus der 240. Gemeindegemeinschaft (Waldenferstraße) bekannt. In Klasse IIM hat in der vorigen Woche der Lehrer Benzlaff einen Schüler D., als er im Rechnenunterricht eine Zinsrechnungsaufgabe nicht nach Wunsch leistete, so ausgiebig mit dem Stock geschlagen, daß ein Arzt folgendes zu bescheinigen hatte:

„Quer über das linke Schulterblatt verlaufen in einer Breite von 12 Zentimeter eine Anzahl stark blutrüthiger breiter Streifen; die Haut dazwischen ist bläulich verfärbt. Ueber die rechte Gesichtshälfte ziehen sich circa 12 rötliche Streifen, ebenso mehrere über die Hinterfläche des linken Oberarmes, die schwierig angesehene sind.“

Augenzeugen dieser Prügelei haben sie und in einer Weise geschildert, daß wir dazu nur den Kopf schütteln konnten. Lehrer Benzlaff soll den Jungen, der die Ansaufmerksame nicht vor-schriftsmäßig angucken wollte, immer wieder mit dem Stock geschlagen haben, so daß D. nur noch mehr in Verwirrung geriet. Ein Schüler hat die Hiebe gezählt, zunächst aus müthiger Neugier, dann aber im Ernst und im wachsenden Staunen über die Ausdauer, die er Herrn Benzlaff dabei entwickeln sah. Gegenüber dem Rektor Walter, bei dem am folgenden Tage die Mutter des geprügelten Schülers sich besuchte, hat jener andere Schüler erklärt, daß er 61 Hiebe gezählt habe. Und bei dieser Angabe ist er geblieben, trotz allen Zweifeln, die der Rektor äußerte. Ob das Zählungsergebnis zutrifft oder irrig ist, können wir nicht wissen, aber schließlich kommt's auf diese Zahl nicht an. Sicher ist mindestens, daß Lehrer Benzlaff in einer weit über das Maß hinausgehenden Weise geprügelt hat; das ergibt ja schon der Wortlaut des Arztbescheides.

Um diese Prügelei recht würdigen zu können, muß man auch ihren Anlaß berücksichtigen. Welches war das Vergehen des Jungen, das nach der Ueberzeugung dieses Pädagogen eine so reichliche Bestrafung bediente? Bei den von uns angestellten Ermittlungen ist es uns nicht möglich gewesen, volle Klarheit hierüber zu schaffen. Man versicherte uns immer wieder nur, daß D. die Rechenaufgabe nicht begriffen habe. Aber vielleicht wird Herr Benzlaff selber, wenn er von der ihm vorgesetzten Behörde zur Rechenschaft aufgefordert wird, noch über irgend ein besonderes Vergehen des Jungen zu berichten wissen. Daß D. sich etwa widerpenstig benommen und dadurch den Lehrer gereizt hätte, immer weiter zu prügeln, erscheint uns ausgeschlossen. Wir haben uns sämtliche Jenseiten des jetzt im 14. Lebensjahr stehenden Jungen vorlegen lassen und haben in allen sein Betragen mit „gut“ oder „sehr gut“ beurteilt gefunden. Danach darf man doch wohl annehmen, daß es sich um einen willigen Schüler handelt, und im übrigen hat er auch persönlich auf uns den Eindruck eines gutartigen Jungen gemacht. Seine Eltern haben gewiß den Wunsch, in Frieden mit der Schule zu leben. Aber das, was sie jetzt mit Lehrer Benzlaff erleben haben, kann allerdings selbst den Friedlichsten in Hornisch bringen.

Ueber diesen Herrn Benzlaff wird uns noch gesagt, daß er überhaupt oft prügelt, und daß er monatelang seine Prügelektionen mit sehr sonderbaren Reden begleitet. Redefach ist es vorgekommen, daß Lehrer Benzlaff, wenn ein zu bestrafender Schüler die Hände mit dem Stock darboten mußte, ihm die Hiebe verabschiedete mit den Worten: „Da hast Du ein paar Scher, steck sie Dir ein!“ Man weiß in der Tat nicht, was man zu dieser Manier sagen soll. Wir sind von vornherein bereit, Herrn Benzlaff ohne weiteres zu glauben, daß er solche „Späße“ für sehr harmlos hält und „sich nichts dabei denkt“. Er wird sich aber nicht wundern dürfen, wenn Schüler, denen er sie zu hören gibt, sich doch allerlei dabei denken. Der „Humor im Recht“, der bei unseren Vorfahren so beliebt war, ist der modernen Rechtspflege abhanden gekommen. Nur wenn Pädagogen über ihre Pöhlunge richten und das Urteil vollstrecken, findet man manchmal noch eine humorvolle Auffassung der Strafe. Versteht sich: bei dem strafenden Pädagogen, nicht bei dem bestrafenden Zügel! Aber eben darin liegt das Bedenkliche der „humorvollen“ Auffassung der Strafe, daß der Bestrafte gar zu leicht sie als Verhöhnung empfindet.

Mißgriffe und Ausschreitungen der Lehrer gegenüber ihren Schülern tragen wahrlich nicht dazu bei, die Beziehungen zwischen Schule und Haus zu bessern. Gerade weil wir wünschen, daß diese Beziehungen möglichst gute sind, müssen wir fordern, daß solche Lehrer maßträglich zur Rechenschaft gezogen werden. Hierin wissen wir uns mit allen wahren Freunden der Schule.

Die Lustbarkeitssteuer und die Krone.

Für das Schicksal der Lustbarkeitssteuer ist nicht unerheblich die Frage, ob auch die königlichen Theater die Willektsteuer bezahlen werden. Die „Vossische Zeitung“ erörtert diese Frage in einem „Vogel-Strauß-Politik“ überschriebenen Leitartikel. Darin wird dargelegt, daß es vollkommen verkehrt sei, eine Steuerordnung zu machen und erst nach ihrer Annahme zu sehen, ob die königlichen Theater die Steuer zahlen. Man wisse doch, daß der Generalintendant Graf Hülsen-Häßeler ein Feind der Willektsteuer sei und daß auch der Leiter des Hausministeriums Hofmarschall Graf Eulenburg sich entschieden weigere, sich der Steuer zu unterwerfen. Ueberhaupt bezahlten die preussischen Hofbühnen nirgends die Willektsteuer, weder in Kassel noch in Hannover noch in Wiesbaden. Aber Hofbühnen steuerfrei lassen und andere Bühnen zu belasten, sei unangänglich. Die „Vossische Zeitung“ schließt ihre Betrachtung mit den treffenden Worten:

„Die Lustbarkeitssteuer in der Fassung, wie sie aus dem Ausschuss herausgekommen ist, ist bildungs- und gewerbschädlich,

enthält eine Besteuerung und Verteuerung der geistigen Nahrung, überbürdet große Berufe, die schwer ums Dasein zu kämpfen haben, mit neuen Lasten, hemmt die Entwicklung einzelner Industrien. Aber schon die dringende Gefahr, daß die Hofbühnen steuerfrei bleiben, sollte genügen, jedem die Annahme der Steuerordnung unmöglich zu machen, der die Privilegierung der Hofbühnen erstlich verwirft, den Vogel Strauß nicht als Erzherzog bewundert und nicht als Gipfel politischer Weisheit betrachtet, vor der Willkür den Kopf in den Busch zu stecken.“

Der Berliner Polizeipräsident als Protektor. Diesmal ist es nicht das Theater oder dessen Angehörige, denen Herr von Jagow sein Interesse zutwendet, sondern es ist die Hutnadel-Frage, deren Lösung er schon durch seinen bekannten Erlaß an die Damenwelt in Angriff genommen hatte. Die Bekannmachung in den Wagen der Großen Berliner Straßenbahn, die die Beseitigung der langen hervorstehenden Hutnadeln anstrebt, ist auch auf Herrn von Jagow zurückzuführen. Der Polizeipräsident fördert aber auch praktisch die Bekämpfung dieser unschönen Sitte, wie man aus folgendem ersieht: Ein hiesiger Fabrikant, der seinen Hutnadeln auf den Namen des Berliner Polizeipräsidenten taufen wollte, erhielt auf eine Anfrage an Herrn von Jagow nachstehenden Bescheid: „Euer Wohlgeboren erwidere ich auf auf das gefällige Schreiben vom 6. d. Mts. ergebenst, daß ich gegen Bezeichnung eines von Ihnen in den Handel zu bringenden Hutnadeln mit dem Namen „Jagowator“ nichts einzuwenden habe. Hochachtungsvoll ergebenst Jagow.“

Unregelmäßigkeiten in Höhe von 18 000 M. werden dem im Berliner Rathaus beschäftigten Bureauclerk R. zur Last gelegt. Als städtischer Beamter bezog er ein Jahresgehalt von 2500 M. Daneben verwaltete er als Rentant die Spar- und Darlehenskasse des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preussens. Er erhielt hierfür eine jährliche Remuneration von 1200 M. In seiner Eigenschaft als Rentant soll er den Verband um 18 000 M. geschädigt haben. Außerdem soll er sich ohne Vorwissen des Vorstandes bei der Abwicklung von Darlehensgeschäften unregelmäßigweise Provisionen haben zahlen lassen. Die Manipulationen waren einer Reihe Vereinsmitgliedern seit Wochen bekannt, weshalb sie den Vorstand drängten, eine Generalversammlung einzuberufen, um in der Angelegenheit Klarheit zu schaffen. Diese Generalversammlung fand gestern im Berliner Lehrervereinshaus statt und verlief sehr kürzisch. Vom Vorstand wurden die Unregelmäßigkeiten zugegeben. R. soll sie dadurch bewirkt haben, daß er Gelder, die von Banken oder durch die Post eingingen, gar nicht buchte. Seine Vorsehlungen seien auch beim Oberbürgermeister Kirchner zur Anzeige gebracht worden, worauf R. vom Amte suspendiert wurde. Die Versammlung wählte eine Kommission, die für die Liquidation der Kasse und für die Deckung des Fehlbetrages die geeigneten Schritte unternehmen soll. — Es wird abzuwarten sein, was an den Beschuldigungen stichhaltig ist.

Der Magistratssekretär Lüdtke war dieser Tage wegen desüchter Unterdrückung verhaftet und wieder freigelassen. Es haben sich aber neue Unregelmäßigkeiten ergeben so daß L. von neuem verhaftet worden ist.

Uns scheinen diese Verfehlungen zum Teil zurückzuführen zu sein auf den Umstand, daß viele städtische Beamte in nicht unerheblichem Maße Nebenbeschäftigung nachgeben. Diese Nebenbeschäftigung ist an die Genehmigung des Oberbürgermeisters geknüpft und hat recht viel Nützliches im Gefolge. Wir halten dafür, daß städtische Beamte so befristet werden sollten, daß sie auf Nebenbeschäftigung nicht angewiesen sind. Erhebliche Beschäftigung außer der Dienstzeit ist nicht ohne Einfluß auf die Ausübung des Dienstes. Dazu kommt, daß solche Beamte sich sehr früh aufreizen und in letzter Linie den Pensionsetat der Stadt belasten.

Eine Kasseffrennende Diebesjagd spielte sich am Sonntagvormittag in der Alten Schönhauser Straße ab. In das Schirmgeschäft von Schmidt, Alte Schönhauser Str. 40, kam mittags gegen 1 Uhr ein sehr eleganter Herr von etwa 25 Jahren, der einen Schirm zu kaufen wünschte. Die im Laden anwesende Verkäuferin legte dem Fremden einige Schirme im Werte von 25—30 M. vor, doch fand der Käufer anscheinend nicht das Gesuchte. Schließlich bog sich die Angestellte in den hinteren Teil des Ladens, um dem Fremden einen besonders wertvollen Schirm zu zeigen. Als sie zurückkam, sah sie den Käufer mit einem der bereits vorgelegten Schirme den Laden verlassen. Das Mädchen schlug sofort Alarm und der Hausdiener des Geschäfts eilte dem Fremden nach. An der Ecke der Ringstraße gelang es ihm, den Gauner zu erreichen. Als dieser sah, daß er nicht mehr entkommen konnte, warf er den Schirm weit von sich. Der Hausdiener bückte sich und hob den gestohlenen Gegenstand auf. In diesem Augenblick schoß der Gauner auf ihn zu, packte ihn an der Brust und schrie: „Sie haben mit meinen Schirm gestohlen!“ Mehrere Postanten packten nun den Hausdiener, um ihn unter der Eskorte des Diebes zur Polizeiwache zu bringen. Sowie auch der Hausdiener protestierte und den wahren Sachverhalt darzulegen versuchte, ihm wurde nicht geglaubt. Der feingekleidete Gauner bestand auf die Verhaftung und nahm seinen angeblich gestohlenen Schirm wieder an sich. Auf dem Wege zum Polizeirevier kam der Inhaber des Schirmgeschäfts hinzu und vermachte erst nach langer Verhandlung seinen Hausdiener zu befreien. Als man sich nach dem eigentlichen Diebe umfah, war derselbe spurlos verschwunden.

Selbstmord eines Barons. In einem Anfall von Erbdenneuerung verläßt am Sonnabendabend ein russischer Baron Hahn in dem Augenblick Selbstmord, als er von einem Arzt nach der Charité abgeholt werden sollte. Hahn, der aus Kurland stammt, war erst vor einiger Zeit nach Berlin gekommen und wohnte in einem Pensionat in der Hindersinstraße. Da sich sein Zustand — der Baron litt an einem Erbdenneuer — in den letzten Tagen zusehends verschlimmerte, sollte er in der Erbdenneuer der Charité behandelt werden. Am Sonnabendabend fuhr ein Arzt der Charité vor dem Pensionat vor, um den Kranken abzuholen. Als der Baron die Automobildrosette bestiegen hatte, jagte er sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Der Schuß war sofort tödlich. Die Leiche kam nach dem Schauhaus.

Eine falsche Spur hat die Kriminalpolizei verfolgt, der dieser Tage gemeldet wurde, daß in einem Reinigungsinstitut im Süden der Stadt ein blutgetränkter Anzug zum Reinigen abgegeben worden sei. Sie wartete auf den Besitzer des Anzuges und nahm ihn bei Abholung des Anzuges fest. Die Kriminalpolizei glaubte, den Mörder der Frau Schramm ergriffen zu haben; es stellte sich jedoch bald die Unschuld des Mannes heraus.

Todesprung eines jungen Mädchens. Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern früh in dem Hause Alexandinenstr. 51 ab. Als mehrere Arbeiterinnen einer dort befindlichen Seifenfabrik die Treppe emporgingen, um ihre Arbeitsstätten aufzusuchen, stürzte sich plötzlich eine von ihnen, die sechszehnjährige Arbeiterin Frida Erdmann aus der Franzosstr. 45, in einen neben der Treppe liegenden Lichtschacht. Das Mädchen fiel durch ein Gitterdach und blieb unten mit zerquetschten Gliedern tot liegen. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt. Der Grund des Selbstmordes ist noch unbekannt.

Vom Dampferfest in die Havel gesprungen und ertrunken. Ein aufregender Vorgang spielte sich Sonntag nachmittag auf der unteren Havel ab. Von dem in der Nähe von Trebbin-Horn gelegenen Dampferfest stürzte sich ein unbekanntes, etwa zwanzigjähriges

Mädchen mit einem lauten Aufschrei in die kalten Fluten. Die Lebensmüde verschwand sofort in der Tiefe, so daß die Rettungsversuche, die bald darauf vorgenommen wurden, leider erfolglos blieben. Auch die Leiche der jugendlichen Selbstmörderin konnte nicht geborgen werden. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Verleumdung.

Eine wesentliche Erweiterung der Tätigkeit der Säuglingsfürsorgestellen

Am 1. April in Charlottenburg ein. Auf Antrag der Deputation für die Waisenpflege hat der Magistrat beschlossen, die Aufsichtsführung über die städtischen Waisenkinder, Heilkinder und unter Generalvormundschaft stehenden Minder durch die Säuglingsfürsorgestellen bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre auszuweiten. Ferner wird auf Beschluß der städtischen Körperschaften versucht werden in jeder Säuglingsfürsorgeeinrichtung eine besondere Wochenprechstunde für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre einzurichten. Damit ist der Anfang mit einer Fürsorge für die vor- und nachschulischen Kinder gemacht, um die sich bisher weder Staat noch Gemeinden kümmern, obwohl gerade in dieser Altersstufe die Grundlagen für die körperliche und geistige Entwicklung gelegt, gerade in ihr aber auch die Keime zu manchen späteren schweren Erkrankungen aufgenommen werden. Daß für diese Altersstufe eine sorgfältige ärztliche Überwachung dringend geboten ist, ist einleuchtend. Es soll nun für jedes die Fürsorgestellen besuchende Kind mit dem vollendeten ersten Lebensjahre ein Gesundheitschein angelegt werden, der bis zum vollendeten 6. Jahre weitergeführt und dann an den Schularzt weitergegeben wird. Bei einer großen Zahl von Kindern wird so vom Säuglingsalter ab bis zur Schulzeit, die Schulzeit hindurch, und später vielleicht auch durch die Fortbildungsschulzeit hindurch, eine ununterbrochene Beobachtung in gesundheitlicher Beziehung möglich werden, die sich hoffentlich als dauernd nutzbringend erweisen wird. Endlich soll zunächst mit der Fürsorge IV in der Rehringstr. 11 eine kleine, für 10 Kinder bestimmte Säuglingskrippe verbunden werden, die von der Fürsorgeeinrichtung verwaltet und ärztlich beaufsichtigt werden soll. In ihr sollen möglichst Kinder solcher ledigen Mütter Aufnahme finden, die tagsüber auf Arbeit gehen und ihr Kind selbst füttern. Den Müttern soll so ermöglicht werden, mit ihren Kindern zusammenzuleben, statt sie in Pflege zu geben, und für die Kinder soll auf diese Weise noch Möglichkeit der Vertrautheit gesichert werden. Die Krippe bildet so zugleich einen Ersatz für die anderwärts bestehenden sogenannten Stillstuben in Fabriken, deren Einrichtung sich bisher in Charlottenburg nicht hat ermöglichen lassen. Für die Aufnahme in die Krippe wird von arbeitenden Müttern ein Betrag von 25 Pf. für das Kind und den Tag erhoben. Die Aufnahmen in die Krippen erfolgen ausschließlich durch die Säuglingsfürsorgestellen.

Ein Zusammenstoß mit einem Automobil und einem Straßenbahnwagen, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich am Sonnabend abend gegen 8 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee. Dort fuhr in der Nähe der Rehringstraße die Kraftdrosche Nr. 8028 gegen den Vorderrand eines in der Richtung nach dem Kupfergraben verkehrenden Straßenbahnwagens der Linie T der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. Bei dem Anprall wurde das Auto schwer beschädigt und die Insassen desselben, ein Herr Harry Weste, Schöneberger Ufer 11 wohnt, und dessen Begleiterin durch umherfliegende Glassplitter verletzt. Die beiden Verunglückten erhielten in der Charité-Krankenanstalt und konnten sich dort nach ihrer Wohnungen begeben.

Das Sechstagerrennen nimmt seinen Fortgang. Die sinnlos faulen die auf den Rädern wie angehängt sitzenden Fahrer um die Holzbahn in fortgesetzter Wiederholung und werden zeitweise von Freunden zu neuen Vorstößen angefeuert. Zahlreiche Zuschauer finden an dieser Heißjagd Gefallen und entwickeln oft eine Ausdauer, die kaum noch verständlich ist. Der Stumpfsinn feiert wahre Orgien. Die Preise der Plätze sind gepfeffert. Der Stehplatz kostet 3 M., Stühle 5, 10 und 20 M. Schon kommt auch die Nachricht von einer Schiedung. Wegen einer anscheinend vorliegenden Kombination zwischen Klitz-Stol und Moran-Nag Farland wurde den Paaren eine Verwarnung erteilt.

Gemeinnütziges Gartenstadternehmen in Sicht. Die Bauingenieurgesellschaft Gartenstadt-Groß-Berlin sieht nicht vor dem Erwerb eines Geländes in Schwabau an der Görlicher Bahn. Die Gesellschaft veranstaltet am Mittwoch, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker und Neue Jakobstraße Ecke, eine öffentliche Versammlung, in der sowohl der vorgesehene neue Bauplan, wie die geplanten Haustypen in Lichtbildern vorgeführt werden sollen.

Arbeiter-Bildungsschule. Die beiden letzten Unterrichtsstunden in „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ finden heute Dienstag und morgen Mittwoch statt. Der Vorstand.

Ein Protokollbuch der Schraubendreherbranche ist am Sonnabend zwischen 7 und 8 Uhr in einem Straßenbahnwagen der Linie 13 in der Richtung von Moabit nach der Glogauerstraße verloren gegangen. Der Finder wird um Abgabe im Verbandsbureau, Charlottestr. 3, Zimmer 3, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Mit der Arbeitslosenversicherungsvorlage der Stadt Charlottenburg beschäftigt sich die letzte Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Zuvor erstattete der Obmann den Jahresbericht. Bei der hierauf erfolgten Wahl wurde als Obmann Genosse Richter, Werkzeugmacher, Köpenickerstr. 7, wiedergewählt. Dem Ausschuss gehören die Genossen Ahrens, Storch, Nordmann und Wiese an. Sodann referierte der Obmann in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Stadtverordneter über das oben angegebene Thema. Nach einer eingehenden Überlegung über die allgemeine Entwicklung der Arbeitslosenversicherungsvorlage unterwarf der Referent die für Charlottenburg geplante Einrichtung einer eingehenden Kritik. Wer sich der Hoffnung hingibt, daß die Vorlage in ihrem Kern der grundsätzlichen mehrjährigen Bewandlung entspricht, werde schwer enttäuscht. Trotzdem aus der Begründung der Vorlage zu ersehen sei, daß eine durchgreifende Arbeitslosenversicherung bisher nur von den Gewerkschaften durchgeführt sei, ziehe sich durch die Vorlage wie ein roter Faden das Bestreben, jede Verbindung mit den Gewerkschaften zu vermeiden. Man könne sich auch in Charlottenburg von dem oft wiederholten Vorurteil nicht freimachen, daß die Zahlung von Zuschüssen an die Gewerkschaften diese in ungebührlichem Maße stärken würde. Von diesem Vorurteil befreit, hat man sich auch nicht entschließen können, das gesamte Zuschußsystem in Charlottenburg einzuführen. In den Etat soll alljährlich die Summe von 10 000 M. eingesetzt werden, aus der diejenigen Arbeitslosen, die den umfangreichen Kontrollbestimmungen genügen, ein Zuschuß von 50 Proz. zu dem Betrag gewährt werden soll, den sie auf Grund eigener Fürsorge entweder von ihrer Gewerkschaft oder von der städtischen Arbeitslosenversicherung oder aus einem Sparguthaben bei der städtischen Sparkasse beziehen. Der Zuschuß darf 1 M. täglich nicht überschreiten und wird innerhalb 12 Monaten für höchstens 60 Tage gewährt. Die Summe von 10 000 M. zu genanntem Zweck erscheint für eine Stadt von über 300 000 Einwohnern sehr niedrig. Aus dem § 2 der Vorlage ersehe man jedoch, daß nur derjenige Arbeitslose etwas bekommen soll, der ein Jahr ununterbrochen in Charlottenburg wohnt, wenn seine letzte Arbeitsstelle bei einem Charlottenburger Arbeitgeber war. Wenn diese Bestimmung von der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung angenommen werden sollte, so sei selbstverständlich bei den besprochenen wirtschaftlichen Verhältnissen Groß-Berlins für den größten Teil der Charlottenburger Arbeiter die Vorlage bedeutungslos geworden. Eine derartige einschränkende Bestimmung sei weder in Schöneberg noch in irgendeiner anderen Gemeinde Deutschlands getroffen, die bis jetzt eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben. Was für ein Ausgang

fürlich auf den Stufenplan der Arbeitslosenversicherungslasse ein. Diese Klasse solle Arbeitern eine Gelegenheit geben, sich durch Zahlung eines wöchentlichen Beitrages von 25 Pf. gegen Arbeitslosigkeit zu versichern, ohne daß sie dazu die Gewerkschaften in Anspruch nehmen müssen. Der Artikel 4 schließt von vornherein alle Saisonarbeiter aus, er bestimmt nämlich, daß nur derjenige Mitglied der Klasse werden könne, der in den letzten 2 Jahren mindestens jedes Jahr 48 Wochen beschäftigt war. Für organisierte Arbeiter also, deren Verbände keine Arbeitslosenversicherung zahlen und die ständig unter periodischer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, sei also diese Einrichtung nicht bestimmt. Für diese Klasse soll die Stadt einen Reservefonds von 20 000 M., außerdem einen jährlichen Zuschuß von 3000 M. hergeben. Eigenartig ersehe auch die Bestimmung, nach denen Arbeitgeber und Vereine Gesamtversicherungen für einen bestimmten Personenkreis abschließen können. Im großen und ganzen biete also die Vorlage nicht das, was man von einer Stadt, wie Charlottenburg, erwarten kann. Wenn Charlottenburg seinen Ruf als sozialpolitisch fortgeschrittene Stadt erhalten wolle, sei es dringend notwendig, daß die zahlreichen Mängel von der Stadtverordnetenversammlung beseitigt werden. In der anschließenden regen Diskussion, an der sich die Genossen Bölla, Lindenblatt, Vollenstein, Wiese, Kano und Storch beteiligten, stellten sich sämtliche Redner auf die Seite des Referenten.

Rixdorf.

In zwei einander folgenden Sitzungen wird sich die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag und Freitag nachmittags 6 Uhr im Rathaus, Berliner Str. 63, mit den Stadtverordneten beschäftigen. Außerdem steht als letzter Punkt der öffentlichen Sitzung die Vorlage des Magistrats betreffs Erlass einer Schenkungssteuer zur Beratung. Diese Vorlage dürfte jedoch, wenn in der Aufstellung der Tagesordnung keine Änderungen erfolgen, erst am Freitag zur Beratung kommen.

Heute, Dienstag abend findet das dritte von der Stadt Rixdorf veranstaltete holländische Konzert im großen Saale der Neuen Welt in der Hakenstraße statt. Billets hierzu sind zum Preise von 50 Pf., 75 Pf. und 1 M. in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Groß-Dichterfeld.

Zur Gemeindevahl! Morgen Mittwoch, den 29. März, findet im Westen die Wahl zur Gemeindevertretung statt. Wahllokal: Wolffs Kasino, am Viktoriaplatz. Wahlzeit: 2 bis 8 Uhr nachmittags. Wir fordern die Arbeiterschaft in letzter Stunde nochmals auf, ihrer Pflicht eingedenk zu sein, ausnahmslos zur Wahl zu erscheinen und dem sozialdemokratischen Kandidaten Zeitungsgespedient Wenzel ihre Stimme zu geben.

Die Parteigenossen in den umliegenden Orten, die mit Lichterfelder Arbeitern zusammenkommen, werden ersucht, diese auf die Wahl nochmals aufmerksam zu machen. Da nur zwei Kandidaten einander gegenüberstehen, fällt die Entscheidung im ersten Wahlgang; es muß daher alles aufgegeben werden, den Sieg unseres Kandidaten herbeizuführen.

Das Wahlbureau befindet sich bei L. Wrotnicki, Ring-, Ecke Holbeinstrasse. Alle Genossen haben die Pflicht, sich dort einzufinden und an den Wahlarbeiten teilzunehmen.

Schöneberg.

Die Einführung unentgeltlicher Lernmittel in den Gemeindefschulen scheint seit kurzem auf außerordentliche Schwierigkeiten zu stoßen. Als die entschiedenen Liberalen im Stadtparlament noch in der Minderheit waren, traten sie recht lebhaft für die unentgeltliche Lieferung ein, nachdem sie später aber die wärmste Fraktion wurden, machte sich ein Abflauen für diese Forderung bemerkbar. Es wurde nur noch darauf eingetreten, daß wenigstens die drei Oberstufen die Lernmittel frei haben sollten. Der Magistrat, der die Wandlungen der Liberalen wohl kannte, war vorsichtig genug, erst einmal eine Verrechnung aufzustellen und kam zu folgendem Ergebnis: In der dritten Knabenklasse werden gebraucht an Lernmitteln: eine Bibel, ein Religions-, Lese-, Sprach-, Rechen-, Meilen- und Liederbuch, ein Atlas, Schreib- und Rechenhefte, Zeichen- und Schreibmaterialien sowie Reitzzeug. An Kosten würden entstehen pro Kopf 16,60 M. Die dritte Mädchenklasse erhält mit Ausnahme des Reitzzeuges Sonderarbeitsmaterial; hier beträgt die Ausgabe pro Kopf 15,10 M. Da die dritten Klassen 800 Knaben und 916 Mädchen besuchen, wäre eine Ausgabe von 17 211,20 M. erforderlich. Die zweite Knabenklasse besuchen 683 Schüler, hier stellt sich die Ausgabe auf 20,90 M. pro Kopf und bei den 704 Mädchen auf 20,10 M. pro Kopf; das macht eine Gesamtausgabe von 18 581,70 M. für die 800 Knaben und 885 Mädchen, die die erste Klasse besuchen, würden insgesamt 26 845,20 M. entstehen. Die Anschaffungskosten belaufen sich demnach im ersten Jahre auf 82 688,10 M. für insgesamt 4442 Kinder der drei Oberstufen. An Abatit würden ungefähr 10 Proz. gleich 2688,61 M. in Abzug zu bringen sein. Die laufenden Ausgaben würden gegen 49 887,50 M. betragen, da verschiedene Gegenstände der dritten Klasse auch für die zweite und erste Klasse benutzt werden können. Allerdings sind diese Summen als die Beträge anzusehen, wie sie von den Kleinrentnerbetreibenden erhoben werden. Die Ausgaben würden sich erheblich niedriger stellen, wenn der Bedarf an Lernmitteln zu Engrösspreisen bezogen würde. Hinzu kommen die außerordentlichen Vorteile, die in dem einheitlichen Bezug für das gesamte Schulwesen liegen. Andererseits muß in Betracht gezogen werden, wie schwer es vielen Eltern fällt, die mehrere Kinder in die Schule entsenden, derartige hohe Beträge für Lernmittel auszugeben. Jeder Fortschritt des Kindes bedeutet für die Eltern neue Ausgaben und Sorgen. Bis die Möglichkeit geschaffen, die Lernmittel unentgeltlich abzugeben, erhalten nur diejenigen Kinder die Mittel, deren Eltern an den Lehrern einen dahingehenden Antrag stellen.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren und schwer verletzt wurde am gestrigen Montag nachmittags der 33jährige Gustav Wanden aus der Dueselstraße 32. Als das Fuhrwerk die Kaiser-Allee passierte, entfielen dem W., der wahrscheinlich eingeschlafen war, die Bügel und als er sich bückte, um die Leine wieder zu fassen, fiel er kopfüber vom Bod und geriet unter den Wagen, dessen Vorderachse über ihn hinwegging. Von Augenzeugen des Unfalls wurde das Gelpann zum Stehen gebracht und der Verunglückte aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Der Aufseher, der einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, erhielt auf der Rettungswache der Feuerwehr die erste Hilfe und wurde von dort aus nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht.

Steglitz.

Bei den am Sonntag festgesetzten Wahlen der Weisiger zum Gewerbegericht wurden von 956 Wählern 483 Stimmen abgegeben. Es erhielt die Liste der Gewerkschaftskommission 443 Stimmen, während die des katholischen Arbeitervereins 40 Stimmen auf sich vereinigten und somit keinen Weisiger. Daß es noch vor den Toren Berlins gelang, soviele Stimmen für die schwarze Liste aufzubringen, beweist, daß für die Steglitzer Genossen noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten bleibt. Auch muß die Wahlbeteiligung als absolut ungenügend bezeichnet werden.

Wilmerdorf.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittags auf dem Grundstück Hahndorf 81, auf dem gegenwärtig ein Neubau errichtet wird. Als der mit dem Ausheben der Gräben für die Fundamente beschäftigte 20jährige Arbeiter Robert Grippentrog aus der Lübecker Straße 29 in Berlin in einer Tiefe von 8 Metern arbeitete, gab plötzlich das anscheinend nicht genügend abgesteifte Erdreich nach und der Arbeiter wurde von den nachströmenden Erdmassen begraben. Obwohl die alarmierte Feuerwehr schon nach

wenigen Minuten an Ort und Stelle eintraf, konnte sie doch nur die Leiche des Verschütteten aus Tageslicht befördern. Dem Verdauernswerten war von der schweren Last der Sandmassen der Brustkorb eingedrückt worden. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus geschafft.

Ober-Schönebeide.

Die von unseren Genossen beantragte Veränderung des Amtsbezirks ist von der Gemeindevertretung abgelehnt worden. Die in Aussicht stehende Bildung eines Amtsbezirks Wuhlheide, welcher von der Polizeiverwaltung des Ortes mitverwaltet werden soll, spielte bei diesem Beschluß eine wesentliche Rolle. Speziell gab man sich der Erwartung hin, durch diesen Zustand die kommunalen Interessen des Ortes beeinflussen zu können; wenn dies vielleicht durch die sehr in Mode gekommene freundschaftliche Schlichterei erreicht werden sollte, wäre es allerdings sehr zu bedauern. Jedoch darf man annehmen, daß die Stadt Berlin als Besitzerin der Wuhlheide ihre Rechte in dem Amtsausgleich genügend wahrzunehmen verstanden wird. Der jetzige Zustand, bei dem das Stadt Wuhlheide von der Grenze des Ortes bis zum Gießteich vollständig Ober-Schönebeide untersteht, ist völlig unhaltbar; ganz abgesehen davon, daß dadurch der Gemeindevertretung das Bestimmungsrecht entzogen ist, erscheint es doch absurd, daß z. B. neben den 64 000 M. Amtskosten, welche Ober-Schönebeide aufzubringen hat, der Ortsteil ganz 15 M. dazu beiträgt. Ein Grund, warum dies Vorstand vom Amtsausgleich abgelehnt ist, kann wirklich nicht gefunden werden, umso mehr muß auf die Aufhebung dieses unwürdigen Zustandes gedrängt werden.

Adlershof.

Heute, Dienstag, den 28. März, findet nachmittags von 6 bis 7 1/2 Uhr, im Lokale von Eschner, Bismarckstr. 60, die Wahl für die zweite Abteilung statt. Arbeiter, Parteigenossen! In dieser Abteilung wird ein harter Kampf geführt werden. Die Bürgerlichen setzen alles daran, um die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern. Finde sich daher jeder Genosse und Genossin 5 1/2 Uhr nachmittags im oben genannten Lokale zur Schleppearbeit ein. Wenn wir unsere ganze Kraft einsetzen und alle unsere Schuldigkeit tun, dann muß der Sieg unser sein.

Bei der gestern festgesetzten Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung in der dritten Abteilung wurde unser Genosse Georg Müller mit 770 Stimmen gewählt. Die Gegner hatten keinen Kandidaten aufgestellt.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Von der Mandatsüberlegung des Stadtverordneten Göße wurde Kenntnis genommen und hierauf als Beisitzer zur Ergänzungswahl die Stadtverordneten Haase und Genosse Schöneke gewählt. Bei der Fortsetzung der Stadtverordnetenversammlung wurde nach einmündiger Abstimmung die Vertriebssteuer in Höhe von 415 M. mit neun gegen fünf Stimmen gestrichen. Die Grund- und Gebäudesteuer ergab die Summe von 18 885 M.; die neu zu erhebende Grundwertsteuer soll nach dem Etat nur 600 M. mehr ergeben. Genosse Richter erklärte hierzu, wenn man gewußt hätte, daß diese Steuer nicht mehr erübrigte, hätte man sie besser abgelehnt. Daß es zu nichts führe, wenn behaute und unbebaute Grundstücke mit dem gleichen Prozentsatz herangezogen würden, dürften die Herren nun wohl einsehen. Beim Titel „Schule“ führte Genosse Richter an, daß der Kantor Wohl wegen falschen Sings und ungeheurer Strafarbeiten ausgedie; so habe ein Mädchen deswegen 200mal „O Lieb, solang Du lieben kannst“ aufschreiben müssen. Der Bürgermeister gab seiner Verwunderung hierüber Ausdruck. Im übrigen habe Herr Rektor Prohna Mitteilungen an die Eltern verhandelt, wonach er die körperliche Jüchigkeit ganz aus der Schule verbannen will. Genosse Richter monierte alsdann, daß die bewilligten 200 M. für Desinfektionskosten bedürftiger Bürger im Etat nicht eingestellt sind. Stadtverordneter Haase gab dem Wunsch Ausdruck, daß der Bürgermeister seinen Kosten als Amtsanwalt niederlegen möge, da sich beide Beamter schwer bereinigen ließen. Am Schluß der Sitzung wurde mitgeteilt, daß Genosse Kortenrot wegen Verzug sein Amt als Stadtverordneter niederlegt.

Pankow.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission berichtete der Obmann über den Anschlag der Schönhauser Gewerkschaften. Es sind von Schönhausen 8 Delegierte gewählt. Der Bericht über Gründung der Ratifonds getrigte eine lebhafte Debatte, nach der sich die Kommission mit den gestrichelten Beschlüssen einverstanden erklärte. Es soll aber nur derjenige die Karten haben, der am 1. Mai gearbeitet hat. Bei der nun folgenden Wahl wurde Genosse O. Gültig, Bismarckstr. 5, zum Obmann, Genosse Schelle, Rieder-Schönhausen zum Stellvertreter und Genosse Kaufmann zum Beisitzer gewählt. Alle Anfragen, die Kommission betreffend, sind an den Obmann zu richten.

Eine von der Unterkommission eingebrachte Beclamation nahm nach einem beifällig aufgenommenen Referat über die Reichsversicherungsordnung die Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse vor. Die von der Kommission gemachten Vor schläge wurden gegen eine Stimme angenommen. Die Kommission wurde ermächtigt, wenn nötig eventuell die Liste zu ergänzen. Zum Schluß der Versammlung wurde auf die am 3. April stattfindende Delegiertenwahl aufmerksam gemacht.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Die vor einiger Zeit erfolgte Wahl eines zweiten Stadtbaurats, bei welcher der Stadtbaurat Herr Gehrensleben aus Wranowitz die meisten Stimmen erhielt, war vom Regierungspräsidenten wegen eines Formfehlers beanstandet. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich beschwerdend an den Bezirksauschuss gewandt. Man glaube, die Sache würde in kürzester Zeit erledigt werden, da die Einstellung des zweiten Stadtbaurats drängt. Bis heute hat sich der Bezirksauschuss aber noch nicht mit der Sache beschäftigt. Um nun die Sache zu beschleunigen, hat der Stadtverordnetenvorstand die Wahl einstweilen noch mal vornehmen lassen. Gewählt wurde wieder der Herr Gehrensleben. Nach dieser Vorlage beschäftigte man sich mit der Verlegung des Ngl. Gymnasiums. Ueber diese Sache wird schon seit circa 4 Jahren verhandelt, das Gymnasialgebäude ist in einem schlechten Zustand und es macht der Regierung wirklich keine Ehre, daß sie so lange in einem so wenig geeigneten Gebäude unterrichtet. Auf Drängen der Stadtverwaltung und anderer Organe entschloß sich die Unterrichtsverwaltung, einen Umbau vorzunehmen. Die Stadt hatte ein Interesse an einem doppelstöckigen Gymnasium. Ein solches kann aber auf dem alten Gymnasialgrundstück nicht errichtet werden. Die Stadt hat der Unterrichtsverwaltung an drei verschiedenen Orten Gelände an und freu gleichzeitig nach dem Preise, wenn sie das alte Gymnasialgebäude übernehmen. Die Schulverwaltung wie überhaupt der ganze Pankow zeigte sich in altbekannter Weise entgegenkommend. Die Schulverwaltung stellte für das alte Gymnasialgebäude eine Lage auf in Höhe von Lage und Fläche 460 000 M. Der Militärischland in einem Gelände an der Köpenickerstraße, auf dem die alte Munitionskanalanlage steht und welches von der Stadt gekauft werden mußte, 200 000 M., außerdem sollte die Stadt für die Funktionsanbahn in Rieder-Neudorf ein Gelände für 6000 M. kaufen. Die Unterrichtsverwaltung fordert außerdem noch einen Vorkauf von 100 000 M. und den Erlös der Anliegerbeiträge, die auch 40 000 M. betragen. Das zweite Grundstück, welches die Stadt anbot, liegt in der Feldstraße. Es ist der Turnplatz für das Gymnasium und Eigentum der Stadt. Der Stadt wurden bei diesem Grundstück auch circa 415 000 M. Kosten erwachsen sein. Das dritte Grundstück am Hohenzollernring wäre der Stadt noch teurer geworden, da hier wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse auch die Nachbarn für die Fundamentierungsarbeiten gefordert wurden. Der Magistrat hatte der Versammlung die Vorlage gemacht, der Schulverwaltung das Gelände in der Feldstraße sowie

100.000 M. Vorschuss zu geben. Zu der gestrigen Versammlung hatte man den Reichsfinanzdirektor Dr. Neuf zu einem Vortrage über die Gestaltung des höheren Schulwesens gewonnen. Dieser Herr kam zu dem Resultat, daß Spandan in Aussicht darauf, daß durch das neuebaute Lehrerseminar eine Mittelschule errichtet wird und ferner das Johannisstift, welches ein Realgymnasium und ein Realprogymnasium hat, auch Tageschüler annimmt, d. h. solche, die nicht in der Anstalt sein brauchen, im nächsten Jahrzehnt noch ein doppelzelliges Gymnasium einberichtet werden kann. Nach diesem Vortrage lehnte die Versammlung dann die Vorlage ab und überließ es der Schulverwaltung, auf ihrem alten Gymnasialgrundstück einen Umbau vorzunehmen. Dadurch erspart die Stadt viel Geld. Die überaus hohen Forderungen der Schulverwaltung wie des Militärkassas haben die Versammlung endlich einmal von ihrer Nachsichtigkeit kuriert. — Ein Ueberbauer von 15.000 M. ist bei dem noch im Bau begriffenen Hallenschwimmbad gemacht worden. Der Magistrat verlangt, daß die Versammlung die Mehrkosten bewilligen sollte. Darauf biß dieselbe aber noch nicht an. Die Vorlage wurde zurückgegeben mit dem Beschlusse, daß der Referent, Kgl. Baurat Bender, das Material nachprüfe. — Eine längere Mittelstandsdebatte rief die Vorlage betreffend Genehmigung des Ortsstatuts über die Zusammenfassung der Verwaltungsdeputationen und über die Ausführung und Vergütung von städtischen Arbeiten und Lieferungen hervor. Das Referat hierüber hatte das Mittelstandsvereinsmitglied Stadt. Reusch. Die der Versammlung vorgelegte Neuordnung über das Submissionswesen soll die jetzigen ungesunden Verhältnisse beseitigen. Was an der Vorlage fehlt, wurde durch den Genossen Pieper hergestellt. Er könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Magistrat und die Deputation unter fünf Submittenten eine freie Auswahl treffen darf. Die Arbeit müsse stets der Mindestforderung entsprechen. Ferner müsse in dem Entwurf noch die Bestimmung aufgenommen werden, daß nicht der ortsübliche, sondern der zwischen Gewerkschaften und Unternehmern vereinbarte tarifmäßige Lohn gezahlt wird. Des weiteren wolle man in dem neuen Ortsstatut die hiesigen Unternehmer berücksichtigen. Dazu verlange er, daß dann auch die hiesigen Arbeiter berücksichtigt werden. Auch dürfe bei Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern die Arbeit nicht liegen bleiben. Ferner verlange er, daß nicht bloß die Magistrats- und Deputationsmitglieder, sondern auch die Stadterordneten städtische Arbeiten nicht übernehmen. Zum

mindesten müßten aber dafür die Deputationsmitglieder aus der betreffenden Deputation ausscheiden. Die Ausführungen des Genossen wurden natürlich und am meisten von den Mittelstandsrettern beifällig. Die Debatte wurde mitunter sogar ziemlich heftig, namentlich dann, als der Stadterordnete Buchdruckereibesitzer Schöb sich darüber beschwerte, daß der Magistrat eine städtische Druckerei an eine auswärtige, Lehrlinge züchtende Druckerei, welche 800 M. billiger war als die hiesigen Drucker, vergeben hat. Die Vorlage wurde an die Kommission zurückgegeben. In der geheimen Sitzung wurde der vom L. Kuschnig empfohlene Einkauf der Rüstwagen mit 21 gegen 19 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die drei sozialdemokratischen Stadterordneten waren bei dieser Abstimmung nicht mehr anwesend. Zweifellos haben die Genossen andere dringende Sachen zu erledigen gehabt, sonst würden sie sich sicher nicht entfernt haben. Die hiesige Spandauer Zeitung scheint dem Entfernen der Genossen besonderes Gewicht beizulegen, denn sie tritt diesen Umstand besonders breit. Legen wir es zu dem übrigen.

Mit dem 1. April 1911 verlegen wir unsere „Vorwärts“-Ausgabestelle von Jagowstr. 9 nach Breitestr. 84 (Laden). Die Morgenausgabe am Streifenplatz 18 wird mit dem Tage eingestellt. Die Abonnenten, welche bis dahin dort ihren „Vorwärts“ erhalten, können die Zeitung vom 4. April an in der neuen Ausgabestelle, Breitestr. 84, in Empfang nehmen. Die Hauptexpedition.

Bruchmühle-Redebräu.

In Automobiltaxis wurde in der letzten Vertreterversammlung der Etat erledigt. Er bilanziert mit 71.500 M. Bemängelt wurde beim Schulentat der trostlose Zustand des Schulhofes. Umherliegende Scherben und Steine bilden eine große Gefahr für die Kinder. Für die Reinhaltung der Schule hat der Lehrer Strube zu sorgen. Sonst fanden die Herren Vertreter am Etat nichts auszusagen.

Potsdam.

Eine eigenartige Lohnverhöhung hat die Stadt Potsdam für die Angestellten der städtischen Straßenbahn vorgenommen. Jetzt beträgt das Anfangsgehalt 85 M. pro Monat und das Endgehalt 105 M. für Schaffner. Die Fahrer erhalten 100 bis 120 M. monatlich. Die „große Zulage“, die stattfinden soll, besteht in ganzen 5 M. auf das Endgehalt. Das Anfangsgehalt ist unter-

ändert geblieben. Es ist bedauerlich, daß man sich nicht hat zu einer Erhöhung des Anfangsgehalts entschließen können, um so mehr, da der Betrieb doch einen ganz ansehnlichen Ueberschuß für den Stadtschatz abwirft.

Witterungsübericht vom 27. März, 1911.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G.	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G.
Swinemünde	765 DSD		4 bedekt	3	Daprunbe	748 BSB		6 bedekt	3	2	
Damburg	763 D		5 bedekt	3	Petersburg	764 RSD		1 wolken	3	3	
Berlin	763 D		2 bedekt	3	Sein	779 RSD		6 bedekt	3	4	
Frankfurt	760 S		2 heiter	2	Bremen	771 RSD		3 Regen	3	5	
München	763 SB		3 wolfig	1	Wien	756 SSB		3 bedekt	3	1	
Wien	761 DSD		2 bedekt	9							

Wetterprognose für Dienstag, den 28. März, 1911.
Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend heiter aber neblig bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 26. 3.	am 27. 3.	Wasserstand	am 26. 3.	am 27. 3.
Memel, Mühl	—	—	Saale, Großküh	129	0
Regel, Zisterberg	99	+6	Saale, Spandau	133	—
Reichel, Döbn	502	-26	Muldenau	174	-1
Ober, Ratibor	260	+6	Spre, Sörsenberg	115	0
Krofen	250	-5	Heeslow	108	-3
Hanflurt	254	-1	Weser, Wünnen	—	+3
Sartitz, Sörinum	224	-4	Weser, Wünnen	78	-4
Zandberg	260	-2	Rhein, Roggenkolk	—	—
Rege, Gerdamm	122	-8	Kauba	—	—
Sida, Zettmeritz	94	+15	Röln	—	—
Dredde	-31	+16	Weser, Heilbrunn	—	—
Dachs	237	-5	Rhein, Wehrheim	—	—
Wagdeburg	192	-6	Weser, Triese	—	—

+) + bedeutet Sturz, — Hoch, — ?) Unterpaßel.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 28. März.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Der Schrenk.
Theater. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Die grüne Neune.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Dr. O. Bongard: Mit dem deutschen Kronprinzen durch Indien.
Hörssaal 8 Uhr:
Professor Dr. B. Donath: Wellenlehre und Schall.

Kaiser-Panorama.
Luftschloß Schönbrunn u. Gemächer. Letzte Woche im Bannkreise des Vesuv. 1 Karte 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnements 1 M., Tauf. Abonnement.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, den 28. März, 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Mittwoch: Wilhelm Tell.
Donnerstag zum erstenmal: Eine Ehe.
Freitag: 2 x 2 = 5.

Berliner Volksoper
Selle-Wallacestraße 7/8. — 7/8 Uhr:
Der Troubadour.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die grüne Neune.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Aus erster Ehe.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Fernands Ehekontrakt.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Jungfrau v. Orleans.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe und das große neue März-Programm.
14 Varieté-Neubellen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Baltzer-Theat.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Schauspiel in 4 Akten v. Oskar Wilde.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gabriele der Fischer.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer. G. 10 1/2 U.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Heute: Gastspiel
des K. K. Hofball-Musik-Direktors
C. M. Ziehrer
mit seinem aus
65 Wiener Künstlern bestehenden Orchester.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor
Größter Konzertsaal Berlins
Am 28., 29., 30. und 31. März 1911:
Gastspiel von
Johann Strauß wien
mit seiner vollständigen Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Platz 75 Pf.

Excelsior - Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße).
Von jetzt ab bringen wir jede Woche
etwas Außergewöhnliches.
Wir beginnen ab 25. März — bis 31. März einschließlich — mit
Locusta, die Giftmischerin.
Ab 1. April wird: **Großstadtverurteilung.** Sittengemälde in 3 Akten, das Tagesgespräch Rixdorfs sein.
Anfang Wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachmittags.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Sechste Tage
des phänomenalen Märzprogramms.
Abends 9 1/2 Uhr:
Berliner Tagesgespräch:
Alwin Neuß
Tony Tetzlaff
in Begleit.

Herrnfeld Theater
Sensations-Erfolg
der drei Novitäten
mit Anton Herrnfeld
Donat Herrnfeld
Martin Bandix
in den Hauptrollen:
Das Scheidungs-Souper
von Julius Hertz.
Ein Verlobungsgeschäft
von Anton und Donat Herrnfeld.
Die Bar-Schwester
von Anton und Donat Herrnfeld.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 Uhr Theaterkasse.

WINTERGARTEN
765
Letzte Woche
Olga Desmond
Robert Steidl
und eine Anleso
hervorragender
Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Soll
und
Haben.
Ein lediger Herrmann.
Casino-Theater
Zehnter Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 30. März:
Julie Wippchen.
28. 31. März: **Zwei Wappen**
von Hummerthal und Radeberg.
Sonntag, 9 1/2 Uhr: **Oh und Wie.**

Zirkus A. Schumann.
Dienstag, den 28. März 1911,
abends 7 1/2 Uhr:
Die größte Attraktion der Zeitzeit:
Automobilrennen
Ueberholung
im Sprung
ausgeführt mit 2 Automobilen
von La belle Georgina und ihrem
Partner. 9 1/2 Uhr:
D. gr. Comp. d. Schmuggler
und die übrigen Spezialitäten.

Zirkus Busch.
Dienstag, 28. März, abds 7 1/2 Uhr:
Ganz Berlin spricht v. Nordinis Rätsel.
Herr Georg Burkhardt - Footitt, Schulreiter. **The 3 Clacors.** Herr Ernst Schumann, Fröhlichdresuren. Franz Stollner, ruffahrender Bauchredner. 3 Gebr. Fratellini, urk. Clowns. **Die Fredianis,** Akrobaten zu Pardo.
Um 9 1/2 Uhr um 100. Male:
„Armin.“

Karl Haverland-
Anfang Theater Kommandanten
brüg. 8 Uhr. Straße 77/79.
Heute neue Burleske
sowie
erstklassige Spezialitäten.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Ott.
Berlin N., Brannenstraße 16.
Die Millionenbrant.
Lebensbild mit Gesang in 5 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. 6. 1. 2. 3.
Vorzugskarten gültig.
Mittwoch zum letztenmal: Staatsanwalt Alexander.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwester Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 2-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Volgt-Theater
Gesundbrunnen, Bodstraße 58.
Dienstag, den 28. März 1911:
Gastspiel in Puhlmanns Theater,
Schönhauser Allee 148:
Der Vampyr von London.
(Shelock Holmes 2. Teil.)
Sensations-Elektrisch-Schauspiel in vier Akten v. Rudolf Schwarz-Neßlingen.
Kasseneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 30. März 1911:
Der Trompeter
von Säckingen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Burgtheater.
Festsäle und Kinematograph
vom. Großer Ansb.: Rud. Herz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9853
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Preis werth. Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhliches
Varleté-Theater
Anfang
montags
8 Uhr
sonntags
7 Uhr.

Öffentliche politische Versammlungen.

4. Wahlkreis. 4 Volks-Versammlungen

Dienstag, den 28. März, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

Wen wählen wir in den Reichstag?

Freie Diskussion.

Referenten: Otto Büchner, Adolf Hoffmann, Hermann Müller, A. Stadthagen.

Lokale: Urania, Brangelstraße 10; Litzin, Remeler Straße 67; Elysiun, Landsberger Allee 40/41; Keller, Koppenstraße 29.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Für die Einberufer: Paul Hoffmann, Straßauer Platz 1/2.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 29. März 1911, abends 8 1/2 Uhr, in der „Mhambra“, Ballner-Theater-Straße 15:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Was steht für die Gewerkschaften bei der nächsten Reichstagswahl auf dem Spiel?

Referent: Landtags-Abgeordneter Genosse Lelnert.

2. Diskussion.

Um vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Achtung! Putzerträger! Achtung!

Mittwoch, den 29. März, abends 6 Uhr, gleich nach Feierabend, bei Obiglio, Schwedter Straße 24:

Öffentliche Putzerträger-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Lage der Putzerträger, und wie ist diese zu verbessern?

2. Diskussion. Die Sektionsleitung. Wir ersuchen alle Putzer, ihre Träger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und sie zum Besuch derselben anzuhalten. Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col III. Amt 3, 1987.

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter und Arbeiterinnen

im Lokal von H. Fieh, Warschauer Straße 61 (Nähe Bahnhof Warschauer Brücke)

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Versammlung der chirurgischen Branche

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Robert Wahn: „Märzkrise“.

2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Regere Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Gemeinnützige Baugenossenschaft Gartenvorstadt Groß-Berlin, E. G. m. b. H.

Mittwoch, den 29. März 1911, abends 8 1/2 Uhr in Keller „Neuer Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97:

Öffentliche Versammlung.

Vortrag von H. Kampffmeyer und H. Otto über: „Gartenplan, Bauanfrageplan und allgemeine Ziele der geplanten Siedelung“.

Dazu Lichtbilder. — Hieraus: Freie Aussprache. 10/10 Ein Besuch der Versammlung ist von besonderer Wichtigkeit, da die Entscheidung über die Geländewahl unmittelbar bevorsteht und die Vorträge auf die Möglichkeiten des in Aussicht genommenen Geländes Bezug nehmen. Die Einberufer: Albert Sohn, H. Köpcke, G. Zimanowski.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den Infereatenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Gewerkschafts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW.

Orts-Krankenkasse der Nadler und Siebmacher zu Berlin.

Sonnabend, den 8. April cr., abends 8 Uhr, im Lokal von Bollschläger, Waldstr. 21:

Ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Verlesen der Protokolle.
2. Kassenbericht.
3. Bericht des Rechnungsausschusses.
4. Beschluß über den Herzervertrag pro 1912.
5. Abänderung der §§ 13, 14 und 21 des Statuts.
6. Verschiedenes.

Berlin, im März 1911.

Der Vorstand.

H. O. Schmidt, Vorsitzender.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Mittwoch, den 29. März 1911, abends 8 1/2 Uhr in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal. — 2. Vortrag des Kollegen Ritter: „Der gegenwärtige Stand der Reichsversicherungs-Verordnung in der 16. Kommission des Reichstags“. — 3. Regelung der Krankentouren. — 4. Kassenangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Achtung! Werkstattdienstleistungen!

Die Kollegen, welche noch keinen Jahresbericht erhalten haben, können ihn durch die Vertrauensleute vom Bureau abholen lassen.

Stock- u. Zelluloid-Arbeiter.

Mittwoch, den 29. März 1911, abends 6 Uhr, in den „Rittersälen“ (Zuh. Bercht), Ritterstr. 75:

Branchen-Versammlung.

Haarschmuck-Arbeiter.

Mittwoch, den 29. März 1911, abends pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Arbeitslosen-Saal) Engelsufer 15:

Branchen-Versammlung

aller in der

Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Mahler über: „Die Organisation der Jugendlichen und der Holzarbeiterverband“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Stellmacher.

Donnerstag, den 30. März 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Nitschke über: „Die Bedeutung der Genossenschaft in der Arbeiterbewegung“. 2. Branchenangelegenheiten.

Freitag, den 31. März,

im Gewerkschaftshaus (Saal 4):

General-Versammlung.

Fortsetzung der Tagesordnung vom 17. März.

3000

Zentner

Bettfedern

und Daunen

im Jahre 1910

also wieder erheblich mehr als im Vorjahre

hat umgesetzt die

Erste Bettfedern-Fabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S Prinzen-Strasse 46 und 47.

Bettfedern

in Matr. 0.55, 1.-, 1.35, 1.50, 1.75, 2.-, 2.25, 2.50, 3.-, 3.50 bis 6.- Matr per Pfund.

Daunen

in Matr 2.25, 3.50, 4.50, 5.-, 6.50, 9.-.

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen in Matr 12.-, 15.-, 19.-, 24.-, 28.-, 31.50, 38.-, 45.-, 54.-, 61.-, 75.-, 90.- bis 120.-.

Monopol-Daunen

(gesetzl. gesch.) beste Bettenfüllung Pfund Mark 2.85

Besondere Ausnahmepreise für Metall-Bettstellen

nur gegen Vorzahlung des Ingerats



Nr. 1001.

Mit Zugfeder-Matratze, schwarz oder weisslackiert, 190 x 80 cm

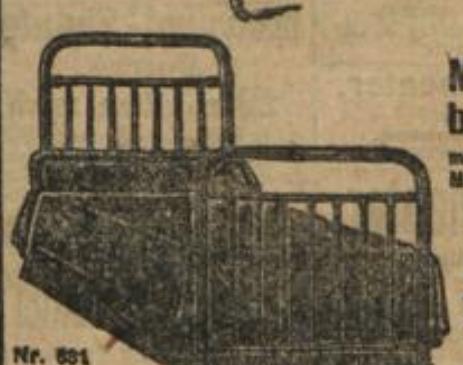
Mark 13.-



Nr. 1002.

Mit Zugfeder-Matratze, schwarz oder weisslackiert, Kissen, Trallice im Kopf- und Fußteil von Messing, Pfosten 30mm stark, 190 x 90 cm

Mark 25.00



Nr. 601

Hochelegante Messingbettstelle mit Zugfeder-Matratze in Holzrahmen

195 x 90 cm

52.00 M.

Unstreitig größtes Bettfedern-Spezial-Geschäft Deutschlands

Entsetzliche Brandkatastrophe in New York.

Gegen 150 Menschen getötet.

Am Sonnabendabend war New York der Schauplatz einer der furchtbarsten Brandkatastrophen der Neuzeit. In einem zehnstöckigen Wolkenkratzer am Washingtonplatz brach im siebenten Stockwerk in einer Zelluloidfabrik aus bisher unbekannter Ursache ein Brand aus. Die schnell entzündeten Zelluloidmassen trugen die Flammen mit ungeheurer Geschwindigkeit weiter, so daß der Brand sehr bald die oberen Stockwerke, in denen sich eine Wulstfabrik befand, erfaßte. In dem Fabrikgebäude waren gegen 1500 Personen, meist Frauen und Mädchen beschäftigt, unter denen sich infolge der entstandenen Panik entsetzliche Szenen abspielten. Die Unglücklichen, die durch die Flammen den rettenden Ausgang versperrt sahen, sprangen zum Teil aus der schwindelnden Höhe auf die Straße hinab, wo sie in gräßlich verstümmeltem Zustande liegen blieben. Die Zahl der durch Absturz Getöteten wird auf etwa 100 angegeben, gegen 50 fanden in den Flammen den Tod und wurden nach Ablösung des Feuers in halbverkohltem Zustande aufgefunden.

Die große Mehrzahl der Verunglückten besteht aus Frauen und Mädchen, etwa 80 Proz. sind deutscher oder italienischer Herkunft.

Ueber die Einzelheiten der Katastrophe melden uns New Yorker Telegramme folgendes:

New York, 28. März. Sobald sich infolge des Brandes eine starke Rauchentwicklung zeigte, eilten die Arbeiter und Arbeiterinnen in die oberen Stockwerke zu den Feuermotoren. Viele retteten sich auf diese Weise, doch erwießen sich die Leitern bei dem Anbrange als unzureichend und unter den 600 Arbeitern der Wulstfabrik, die gerade ihren Lohn erhalten hatten und sich anschliefen, fortzugehen, entstand eine entsetzliche Panik, die zu einem wilden Gedränge auf den Feuerleitern

führte und die verzweifelten Menschen schließlich herabspringen ließ. Die Brandstätte zeigte furchtbare Bilder.

Ganze Reihen junger Mädchen und Männer liegen auf den angrenzenden Straßen.

Die Nachricht von der Katastrophe verbreitete sich mit Blitzesschnelle, so daß die Angehörigen in Scharen den von der Polizei um die Brandstätte gezogenen Kordon sprengen wollten. Viele Personen haben dadurch den Tod gefunden, daß sie bei dem Sprunge aus der großen Höhe die von der Feuerwehr ausgebreiteten Sprungnetze durchschlugen.

New York, 27. März. Einer der Geretteten, ein Fahrstuhlführer des Hauses, gab über die von ihm gesehenen Szenen eine dramatische Schilderung. Er sah in den Korridoren und Stockwerken dichtgedrängte Menschenmassen in wahnsinniger Angst miteinander kämpfend, um in den Fahrstuhl zu springen, während er vorüberfauste. Einzelne krallten ihm, den Fahrstuhlführer,

in ihrer Angst ins Gesicht und an den Hals. An den vorderen und hinteren Fenstern rangen Männer und Frauen, um heranzukommen und in den sicheren Tod hinunterzuspringen. Ein Hundert wagten den wahnsinnigen Absprung und trachten zumeist durch die von den Feuerwehrleuten heftig ausgebreiteten Netze. Fünfzig davon blieben sofort tot, der Rest wurde entsetzlich verstümmelt, von Ambulanzen in die Hospitäler geschafft.

Die Fahrstuhlschächte waren mit Leichen vollgepfropft, da die verzweifelten Opfer sinnlos in die Tiefe sprangen, um den sie umzingelnden Flammen zu entfliehen. Zwanzig Mädchen lagen in einem Hause auf dem Boden eines Luftschafes, auf den sie aus dem neunten Stock, wo sie in der Wulstfabrik arbeiteten, gefallen waren. Sie hatten sich zuerst auf einen schmalen Vorsprung oben am Schacht vor der Höhe zu retten gesucht. Dort waren sie von nachdrängenden Mädchen heruntergestoßen worden, und in Gruppen von zweien oder dreien abgestürzt. Ein halbes Dutzend Mädchen versuchte auch an einem starken, vom neunten Stock aus nach dem Nachbarhause hinübergespannten elektrischen Kabel entlang zu klettern. Das Seil riß aber unter ihrem Gewicht und die Unglücklichen stürzten sämtlich auf die Straße, wo sie augenblicklich zerschmettert tot liegen blieben. Eine Anzahl der Mädchen versuchte sich durch Abspringen auf die nächst gelegenen Gebäude zu retten. Doch diese waren unglücklicherweise so niedrig, daß sie ebenfalls dabei umkamen.

New York, 27. März. Die Tageszeitungen bringen spaltenlange Berichte über die Einzelheiten der furchtbaren Brandkatastrophe. Wie die Geretteten erzählen, waren plötzlich alle Räume der drei obersten Stockwerke mit einem erstickenden Rauch erfüllt, in dem die Menschen wie wahnsinnig umherirrten, bis sie eine Tür oder ein Fenster erreichten, wo ihnen der Tod in anderer Art entgegenging. Auf der einen Seite des Gebäudes wurden die Gesimse der Fenster mit Reihen von verzweifelten Mädchen umfüllt, von denen eine nach der anderen kraftlos in die Tiefe sank und als formlose, blutige Masse auf der Straße liegen blieb. Andere, denen die Todesangst übermenschliche Kräfte verleihen zu haben schien, hingen 10 und 15 Minuten mit den Fingerspitzen an den Gesimsen, bis die Flammen aus den Fenstern leckten und die verengten Glieder ihren Halt verloren. Immer wieder kam es wie schwere Kleiderbündel durch die Luft. Die Löschmannschaften mußten sich ducken und zur Seite springen, um nicht getroffen zu werden. Wieder und wieder dieser dumpfe, nervenerschütternde Aufschlag, und die

Blutigen Berge

wuchsen. Dann und wann ging ein kleiner Schauer von Geldmünzen auf die Straßen nieder: der eben erhaltene Wochenlohn der Mädchen, den sie wohl in der dunklen Absicht, ihn zu retten, mit ihren Handtaschen, Hüten und anderen Kleinigkeiten aus dem Fenster geworfen hatten, um dann selbst nachzuspringen. Fünf Mädchen umschlangen einander und sprangen so in die Tiefe. Zwei von ihnen verloren den Halt und fielen auf ein Gitter, von dem das Erdgeschoß des brennenden Hauses auf einer Seite umgeben ist. Sie blieben ausgepießt hängen. Die drei anderen schlugen auf dem harten Pflaster auf. Ein Mann half einer Frau durch das Fenster auf das Gesims, ein kleines Mädchen folgte. Der Mann führte die Frau, dann sprangen alle

drei ab. Unten auf der Straße hatte sich eine Anzahl Feuerwehrleute mit Sprungtälchern zwischen den Feuerlod da oben und das mörderische Strahlenpflaster gestellt. Die Frau und das Kind fielen in ein solches Sprungtuch — es war eine Federdecke. — Sie riß wie Seidenpapier und bedeckte zwei neue Leichen. Der Mann hatte sich in der Luft überschlagen und mit dem Rücken die Schulter eines Polizisten gestreift. Die beiden Körper prallten auseinander. Der Polizist erhob sich mit verrenkter Schulter. Der andere stand nicht wieder auf. Auf der Green-Street-Seite des Gebäudes sah man im neunten Stockwerke einen Mann, der verzweifelt die Hände rang, als er, sich aus dem Fenster beugend, die Reihe der armen Geschöpfe gewährte, die sich an dem Gesims festgeklemmt hatten. Schon schoß dann und wann eine Flamme gierig zu des Mannes Häupten herbor. Den hilflosen Zuschauern unten in der gähnenden Tiefe schien es, als ob er den Mädchen Mut einzureden suchte. Dann aber plötzlich löste er ihre erstarrenden Hände mit kräftigem Ruck und stieß drei von einem zweiten Fenster aus noch zwei Mädchen in die Tiefe hinab, ehe er selbst ihnen nachsprang.

Alle Berichte rühmen die beiden braven Studenten Charles Kremer und Elias Kantor, die von dem nur durch einen kleinen Hof von dem brennenden Hause getrennten Gebäude der New York University Law School aus wohl an

150 Mädchen das Leben gerettet

haben. Mit einer Leiter überbrückten sie den kleinen Hof. Kremer stieg auf das Dach des brennenden Gebäudes hinüber und leitete von hier aus das Rettungswerk, während Kantor und andere Studenten den Mädchen auf das fast ein Stockwerk höhere Dach des Universitätsgebäudes hinüberhalfen. Auf der anderen Seite, wo das brennende Gebäude an ein gleichfalls noch höheres Haus anstieß, stand auch eine Leiter. Hier ging das Rettungswerk nicht so ruhig vonstatten. Männer schlugen Frauen und stießen sie von der Leiter fort, um sich selbst zu retten, und wahnsinnige Frauen bissen die wilde Liere. Trotzdem sollen sich auch auf diesem Wege gegen hundert Menschen gerettet haben. In einer halben Stunde war das Feuer gelöscht, aber den Zeugen der entsetzlichen Szenen schien es stundenlang gebauert zu haben.

Nach einem weiteren Telegramm eröffnete der Staatsanwalt eine Untersuchung der Ursachen, die zu der ungeheuerlichen Katastrophe geführt haben. Anscheinend liegen Verfehlungen gegen die Baugesetze vor; so soll beispielsweise eine Anzahl Rettungsausgänge verschlossen und verbaut worden sein.

Eine amtliche Nachlässigkeit scheint auch insofern vorzuliegen, als das Gebäude seit seiner Errichtung im Jahre 1901 nicht inspiziert worden und augenscheinlich die Befehung des Raumes mit der Luitangle-Company durch Nähmaschinen zu stark war.

New York, 27. März. Die Zahl der Toten beträgt 141; 12 schwer Verletzte liegen im Hospital. Die Mehrzahl der Ungekommenen sind Deutsche und Italiener, neunzig Prozent junge Mädchen. Zahlreiche Tote sind nach ihren Schmutzsaßen zu rekonoszieren.

Knaben-Mode

Dauer bis 2. April

Billige Ausnahme-Angebote zur Einschulung.

- Erstklass. Modell-Anzüge **50** M. Besonders gute u. feine Reismuster Für 5-8 Jahre, durchweg 9.-, 8.- u.
- Blusen- und Sport-Anzüge **450** M. darunter schöne Muster - Sachen. Für 3-8 Jahre durchweg

- Wasch-Blusen **1.85** herausragend preiswert für 5-8 Jahre, durchweg
- Knaben-Hosen **1.50** teilweise aus Keilen. Verschied. Stoffe, f. 5-8 Jahre
- Schüler-Hosen **2.-** Verschiedene Stoffe, für 8-14 Jahre
- Cheviot-Anzüge **2.90** blau und grau, für 3-8 Jahre, durchweg
- Manchester-Anzüge **3.50** verschiedene Farben für 3-8 Jahre, durchweg
- Engl. Samt-Anzüge **6.50** braun oder blau, für 3-8 Jahre, durchweg
- Kammgarn-Anzüge **6.50** blau u. Hosen ganz gefärbt für 3-8 Jahre, durchweg
- Knab.-Wasch-Anzüge **2.50** Neu, gute Wäsche, f. 3-8 Jahre, durchweg
- la Manchest. - Anzüge **6.50** Praktische Farben f. 3-8 Jahre, durchweg
- Jünglings-Anzüge **7.50** Moderne Stoffe für 8-12 Jahre, . . . durchweg
- Lodenpelerinen **10, 7.50, 6, 4.50** Impecc. Strichlod, grau od. grünlich

Zur Vorbeugung großen Andranges bitten wir die Vormittags-Stunden zum Einkauf zu benutzen

Baer Sohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
 Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenlos

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy

Gibson Girl

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher

Gastwirts-Artikel.

L. Katz & Co., Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.

Filialen: Rixdorf, Bergstr. 65, am Bahnhof. Brandenburg a. N., Hauptstr. 59-60.

Pollmanns

Bandagen.

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Ostbringer Str. 60. **Lieferant für Krankenkassen.** Eigene Werkstatt.

Gelegenheitskauf!

Schlafdecken

in Wolle, extra schwer
 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁰⁰ 6⁰⁰ M.

Pferdedecken

2⁵⁰ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ M.

Versand per Nachnahme.

Emil Lefevre,

Berlin S. Oranienstraße 158.
 Fehlerhafte Decken spottbillig!

Bettfedern

Pfund von M. 0.50 an

Echt chinesisches Excelsiordauen ganz nat. gesch. M. 2.70
 3-4 Pfd. genügen zu einem großen Oberbett

Grosse Betten Stand von 12.- Mk. an
 Brautbetten m. Daunenfüllung u. Daunenüber 26 Mk.
 Metall-Bettstellen mit Patentmattreze von M. 10.00 an
 Polster-Bettstellen von 5.50 M. an

Berliner Bettfedern-Versandhaus
 Berlin O, Warschauer Str. 73, Eing. Komintener Str.



